STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19190608

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: monatlich M. 2,90, vierteljährlich M. 8,70 frei ins Haus. Einzelnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatl. M. 5. Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson, Hamburg. Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß Buchhandlung. Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: 1. Stock. Fehlandstraße 11.

Hamburger Echo

Anzeigen die zehngespaltene Petitzeile 75 ₰, zuzüglich 33⅓ v.H. Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 70 ₰. Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) u. in allen Annoncen-Bureaus. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden auch gegen Entgelt nicht aufgenommen.

Nr. 260. Sonntag, den 8. Juni 1919. 33. Jahrgang.

Verhaftung der französischen Sozialistenführer verlangt.

Der Pfingstparteitag.

Wenn nach dem altjüdischen Festkalender der fünfzigste Tag nach dem Darbringen der Erstlingsgarben als Freuden- und Opfertag gefeiert wurde, und nach dem christlichen Mythus der fünfzigste Tag als der Tag der Ausgießung des Geistes über die Apostel des Nazarenerevangeliums gestiftet wurde, so könnte man fast beide symbolische Deutungen für unseren Pfingstparteitag anwenden. Ein jubelndes Erntedankfest wird der Weimarer Tag allerdings nicht sein. Denn nach den ersten Garben der Revolution sind viele andere, wohl die allermeisten, nicht in die Scheuer gelangt. Und ob der heilige Geist des revolutionären, aufbauenden Sozialismus restlos über die Weimarer Delegierten kommen wird — den wir nötiger denn je gebrauchen —, wer könnte das zur Stunde sagen. Und der Weimarer Geist besonders soll ja für Deutschland wundertätig sein. Ueber die deutsche Nationalversammlung ist er trotz Friedrich Eberts heißem Gebet am 6. Februar leider noch nicht gekommen. Wir haben also ein Recht, mit pessimistischem Ballast nach Weimar zu reisen. Schon türmen sich die Schwierigkeiten vor den Delegierten auf. Auch die Nationalversammlung soll gleichzeitig tagen: die Versailler Entscheidung wird erwartet. So blickt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit, und die Arbeitenden und der Sozialismus im besonderen, mit leidenschaftlicher Spannung nach dem deutschen Athen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Teilnehmer dieses Parteitages historische Tage von schwerster Bedeutung erleben. Was von Versailles kommt, wird ein schlechter Friede, oder noch schlimmeres: neuer Krieg, neue Reaktion und noch schlechterer Friede sein. Es ist denkbar, daß diese Doppeltagung für beide Parlamente zur Schicksalstagung wird, und daß der sozialdemokratische Parteitag berufen sein kann, in dieser oder jener Form auf die Beschlüsse der Nationalversammlung Einfluß zu gewinnen.

Jedenfalls ist diese erste Volltagung nach Krieg und Revolution für Volk, Arbeiterschaft und Partei von allergrößter Bedeutung. Sie geht über den Rahmen einer Parteigeneralversammlung weit hinaus. Der Parteitag soll zum Sozialismus, wie zur Revolution und zur zukünftigen Stellung unseres Volkes im Kreise der anderen Völker Beschlüsse fassen und Bekenntnisse ablegen, die geschichtliche Folgen haben müssen. Das zeitliche Zusammentreffen mit der Erwartung über die Versailler Entscheidung kann dazu beitragen, daß die große innere Aussprache über die Haltung der Partei in der Revolution in den Hintergrund gedrängt oder schließlich ganz vertagt wird. Aber wenn wir auch bei einer gekürzten Tagesordnung über den inneren Zustand unserer Partei verhandeln müssen, überall wird sich die zwingende Notwendigkeit zeigen, das Verhältnis der Sozialdemokratie als Organisation sowohl, wie als geistige Bewegung in Einklang mit der Größe dieser revolutionären Epoche zu bringen. Aus den zahlreichen Anträgen spricht ein zum Teil leidenschaftliches Drängen nach Klärung, nach einer Befreiung von Zweifeln an der Kraft des Sozialismus. Es ist ein großes Fordern nach Rechenschaft, das sich Massen und Führer geben wollen, geben müssen. Das gewaltige Wachstum unserer Organisation in der Revolution ist für die Partei zugleich auch eine Erschütterung gewesen. Es sind nicht nur nummerierte Mitglieder zu hunderttausenden aufgenommen, sondern es sind hochschlagende Hoffnungen der Armen auf die neue sozialistische Struktur der Welt gewesen, die unsere Organisation erfüllte. Man lese nur die Stichproben über den Mitgliederzuwachs im Bericht des Vorstandes: Im Bezirk Westliches Westfalen betrug am Jahresschluß die Mitgliederzahl 52 611 gegen 12 902 bei Abschluß des vorigen Berichtsjahres. Im Bezirk Pommern 26 685 gegen 1256. Der Bezirk Dresden berichtet über 39 103 Mitglieder gegen 12 037 am Schlusse des vorigen Jahres. 15 020 gegen 1479 im Vorjahre werden aus dem Bezirk Kassel gemeldet.

Das ist nur ein kleiner Auszug. Ihm entspricht vor allem die Zahl der in die Reichs- und Kommunalparlamente geschickten Vertrauensmänner und Frauen. Von den letzteren zählt die Partei gegenwärtig in den Bundesstaaten und im Reichsparlament allein 54 Verterterinnen. In der Nationalversammlung sitzen 165 Sozialdemokraten neben 22 U. S. P. In den Einzellandtagen 713 Vertreter gegen 231 im Jahre 1913. Der Hunger nach sozialistischer Literatur ist fast gleich geworden dem anderen, rein physischen Hunger. 24 neue Parteiblätter wuchsen durch die Revolution rasch empor, und trotzdem schreien die Genossen überall im Lande nach neuen sozialistischen Tagesblättern. Dieser elementare Schwung drängt selbstverständlich zu Taten auf der ganzen Linie.

Und gerade über die sozialistische Tat wird der Parteitag mit sich selbst ins Reine kommen müssen. Hier wird das Schlagwort von den wirklichen Dingen getrennt werden müssen, aber es wird auch das Tasten und das mangelnde Selbstvertrauen aufgegeben werden müssen, und es wird vor allem wieder mehr Offensivgeist in den ganzen Kampf hineinkommen müssen. In dem Augenblick, wo die Nationalwahlen uns den kleinen Berg Stimmzettel brachten, ist der große Schreck über uns gekommen und hat unsere alte Angriffslust gelähmt und uns täglich mehr in die Deffensive gedrängt. Auf dem Boden der Demokratie hat der Kapitalismus seine Truppen und vor allem seine Intelligenzen gegen uns geführt. Das können wir als Demokraten freilich nicht hindern. Aber die Strategie verlangt, daß man das nummerische Mindergewicht durch das Schwergewicht der sozialistischen Initiative, und zwar der rücksichtslosesten Initiative ersetzt. Daran hat es ohne Zweifel oft genug gefehlt. Gerade in den letzten Wochen mehr denn je. Das waren Fehler, über die wir draußen erschraken, und von denen andere lebten. Das ist unsere Krankheit geworden, die gerade jetzt unter allen Umständen wieder geheilt werden muß. Der Parteitag soll Helfer und Arzt werden. Und nicht nur für die engere Partei allein. Tausende und abertausende Genossen hoffen, daß das rechte Wort und der rechte Weg auch über künstlich aufgerichtete Parteigrenzen hinweg zur Gesundung des kranken Gesamtkörpers gefunden wird. Es ist die Sehnsucht nach dem guten Geist des Proletariats, des echten Brudertums, die diesen Weimarer Parteitag begleiten und ihm jede Stunde fühlbar sein wird. Mag dieser Geist zum Pfingstgeist, zum Erfüllungsgeist des hoffenden Proletariats werden.

Fieberstimmung in Paris.

(Eigener Drahtbericht des „Hamb. Echo".)

Lörrach (Baden), 7. Juni. Die gesamte Pariser Presse steht ausschließlich unter dem Eindruck des Streiks, hinter dem Versailles völlig in den Hintergrund tritt. Die regierungstreuen Blätter sind von größter Besorgnis erfüllt. Das „Jounal des Debats" sagt: Wenn die deutsche Regierung für einige Tage, aufrichtig oder nicht, auf dem Entschluß, nicht zu unterschreiben, besteht, so geschieht es deswegen, weil sie auf bolschewistische Unruhen in den Ententeländern rechnet. Die Streikleiter behaupten, für den Frieden zu arbeiten, aber die Bewegung bildet gerade das einzige Hindernis für die unmittelbare Unterzeichnung. Der „Temps" sagt, Frankreich befinde sich am Vorabend der Ausrufung der Diktatur des Proletariats. In der „Action francaise" bezeichnet L. Daudet als das Ziel der sozialistischen Führer, den Deutschen zu einem guten und damit Frankreich zu einem schlechten Frieden zu verhelfen, um so dem Sowjetismus eine günstige Stellung zu verschaffen. Das Blatt verlangt die Verhaftung der sozialistischen Führer und fordert die Regierung zu raschem Handeln auf. Dieser Stimmung schließt sich der Sozialist Herve an, der in der „Victoire" an die Arbeiter die Frage richtet, ob sie denn gänzlich verrückt geworden seien. Er schreibt: Wir rufen den Pariser Arbeitern und Angestellten zu: Es ist nicht Revolution, auf die Brockdorff hofft, sondern Pflichtvergessenheit und Schande, zu der Euch schlechte Führer leiten!

*

Die sozialistische Presse setzt ihren Feldzug mutig fort. Die „France libre" verhält sich gemäßigt und begnügt sich damit, auf die Ursachen der heutigen Bewegung hinzuweisen, die auf das langsame Arbeiten der Konferenz, auf die Enttäuschung über den Friedensvertrag, die unerträgliche Teuerung der Lebensmittel, die Aussicht auf gerade die Arbeiterklasse belastende Steuern und die Abneigung der Regierung gegen die Sozialisten zurückzuführen ist. Im „Journal du Peuple" veröffentlicht Henry Fabre einen Artikel mit der Ueberschrift: „Werden sie gehen?", nämlich die Regierenden, und er schreibt: Die Stunde ist ernst, ebenso wie im August 1914. Das Proletariat erhebt sich heute nicht, um diese oder jene materielle Verbesserung zu erlangen, sondern um den festen Willen kund zu tun, in der gesamten Gesellschaft die notwendige radikale Umformung zu erwirken. Es ist ein neuer Geist, der sich damit offenbart. Und in der „Humanité" betont Cachin: Millionen und Millionen Proletarier zählen heute auf Veränderung des Eigentums. Auf dieses Ziel marschieren wir von jetzt an rasch durch Unruhen und Krisen hindurch, die die Bürger mit Schrecken erfüllen.

In den Wandelgängen der Kammer bildet der Streik das einzige Gesprächsthema, vor dem alle politischen Fragen zurücktreten. Unter den bürgerlichen Deputierten ist man übereinstimmend der festen Ansicht, daß die Arbeiterbewegung politische Ziele verfolgt und scheut sich nicht, den Streik als von bolschewistischen Händen finanziert hinzustellen. In Offizierskreisen soll nach der „Action francais" mehr Ruhe und Optimismus herrschen als im Palais Bourbon. Besonders soll keinerlei Unruhe gezeigt werden. Aber, fragt sich die „Action francais", und das nicht mit Unrecht: Ist das nicht gewollter Optimismus?

Am Freitag wird Cachin in der Kammer über die auswärtige Politik sprechen. In der „Victoire" fällt Hervé dem streikenden Proletariat in den Rücken, worüber einige bürgerliche Blätter ihr Erstaunen nicht verbergen. In der sozialistischen und radikalen Presse mehren sich die Angriffe auf Clemenceau. Terry bezeichnet Clemenceau als einen Politiker mit alter Schuld und Fabre schreibt im „Populaire", daß das Volk genug Kraft habe, um den Widerstand derjenigen zu brechen, die sich gegen das Volk verbunden haben.

Warnung vor politischen Forderungen.

In einem Aufruf der „Confédération générale du travaille" werden die Arbeiter ermahnt, die politischen Forderungen nicht in den augenblicklichen Streik hineinzutragen, sondern die internationale Verständigung mit Italien und England wegen der gemeinsamen großen Aktion abzuwarten. Die Regierung und das Parlament werden vor der Anwendung von Gewaltmaßregeln gewarnt. Die Pariser Eisenbahner haben eine Tagesordnung angenommen, in der erklärt wird, daß die gegenrevolutionäre Aktion der Regierung lange genug gedauert habe. Die russischen, ungarischen und deutschen Revolutionäre täten nichts anderes, als das auch von den Franzosen verteidigte Prinzip der Expropriation der Kapitalisten zu fordern. Das Verhalten der Soldaten und Matrosen, welche ihre Mithilfe für die Regierung verweigert hätten, wird gebilligt, und es wird erklärt, man sei für eine sofortige Aktion, den Verkehr aller Truppen und Munitionszüge, mit Ausnahme der Urlauberzüge, einzustellen, um die Unternehmungen der Regierung gegen die revolutionären Völker und gegen die desertierenden Soldaten zu verhindern.

Der Streik der Grubenarbeiter in Nordfrankreich ist beendet, dagegen fordern die Angestellten der Pariser Untergrundbahn die Verstaatlichung.

Das Antistreikgesetz.

Aus der bekannten Wissellschen Denkschrift, die zunächst zur vertraulichen Lektüre für des Ministers Kabinettskollegen bestimmt war, veröffentlichte die „Freiheit" dieser Tage den Entwurf eines „Gesetzes zur Sicherung des Wirtschaftslebens" Das Gesetz hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Um das Recht auf Arbeit gegen unzulässige Eingriffe zu sichern, soll die Einstellung der Arbeit im Wege des Streiks nur stattfinden, nachdem

a) ein Schlichtungsverfahren vor dem zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zuständigen Einigungsamt oder Schlichtungsausschuß durchgeführt ist, und demnächst

b) die Arbeitnehmer in einer von den Arbeiter- oder Angestelltenausschüssen der betreffenden Betriebe herbeizuführenden geheimen Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln ihrer Gesamtzahl sich für die Arbeitseinstellung erklärt haben.

§ 2. Die Aussperrung von Arbeitnehmern durch den Arbeitgeber ist nur nach Durchführung des in § 1 unter a bezeichneten Schlichtungsverfahrens zulässig. Das gleiche gilt von der Stillegung des Betriebes, soweit sie nicht durch höhere Gewalt oder die Einleitung des Konkursverfahrens verursacht wird.

§ 3. Unbeschadet der Vorschriften des § 10 und des § 21 Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (R.-B.-Bl. S. 1456) kann die Landeszentralbehörde den höheren Verwaltungsbehörden die Befugnis übertragen, in wichtigen Fällen zur Durchführung des in den vorstehenden Bedingungen vorgesehenen Schlichtungsverfahrens besondere Schlichtungsstellen einzusetzen, in denen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl als Beisitzer mitzuwirken haben.

§ 4. Durch Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter- und Angestelltenausschuß oder, sofern mehrere Betriebe der gleichen Fachgruppe innerhalb des gleichen Wirtschaftsgebietes in Betracht kommen, durch die Arbeitsgemeinschaft der beteiligten Fachgruppe, kann eine andere als die nach den vorstehenden Bestimmungen zuständige Schlichtungsstelle mit der Durchführung des Schlichtungsverfahrens betraut werden.

§ 5. Wer unter Verletzung der Vorschriften des § 1 öffentlich oder durch Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, zum Streik auffordert oder anreizt, oder wer bei der Einleitung oder Durchführung eines solchen Streiks als Führer oder Leiter mitwirkt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der in der in Absatz 1 bezeichneten Weise dazu auffordert oder anreizt, andere an der Aufnahme der Arbeit zu hindern. Das gleiche gilt von demjenigen, der unter Verletzung der Vorschriften des § 2 zur Aussperrung von Arbeitern oder zur Stillegung des Betriebes schreitet.

§ 6. Wer öffentlich oder durch Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, andere zu Handlungen auffordert, die bezwecken, die Leiter von wirtschaftlichen Betrieben in der rechtmäßigen Ausübung ihres Dienstes zu hindern, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 7. Die Polizeibehörden sind befugt, die in § 5 Absatz 1 und 2 und in § 6 bezeichneten Personen unbeschadet der Strafverfolgung festzunehmen und für die Dauer der Streikgefahr in Gewahrsam zu halten.

§ 8. Die Landeszentralbehörden sind befugt, Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen.

§ 9. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Auch über diesen Gesetzentwurf waltet das Unheil und es ist selbstverständlich, daß es so nicht verabschiedet werden kann. Es mag genügen, wenn wir zur Charakterisierung dieses Gesetzes aus der Wissellschen „Planwirtschaft" die folgende Beurteilung aus dem bürgerlichen „Berliner Tageblatt" hierhersetzen.

„. . . . Die Vorschläge des Reichswirtschaftsministeriums dürfen dabei auf eine besondere Originalität nicht Anspruch erheben. Schon seit langen Jahren haben die Sozialisten in Neuseeland und in einigen Bundesstaaten Australiens dieses Zwangsschiedsgerichtsverfahren in Lohn- und sonstigen Arbeiterfragen mit Erfolg verwirklicht. Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Strafbestimmungen erscheinen indessen zu hart und vor allem zu kautschukartig und geben der Polizei zu weitgehende Präventivrechte.

Eine solche Beurteilung von dieser Stelle ist bitter genug. Es erübrigt sich, mehr dazu zu sagen.

Politische Nachrichten.

Vom entflogenen Vogel.

WTB. Haag, 7. Juni. Das Korrespondenzbureau erfährt, daß dem Oberleutnant Vogel, da er ohne ordnungsgemäßen Paß über die niederländische Grenze gekommen ist und daher als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit angesehen wird, ein für solche Zwecke eingerichtetes Ausländerlager als Aufenthaltsort angewiesen ist. Von seinem Rechte, das Ersuchen um Zurückbeförderung nach seiner Heimat zu stellen, hat Oberleutnant Vogel bisher nicht Gebrauch gemacht. Die niederländische Regierung hat, soweit bekannt ist, bisher noch kein Auslieferungsersuchen vonseiten der deutschen Regierung erhalten. Die Behandlung eines etwaigen Auslieferungsersuchens wird von den Tatsachen abhängen, auf die sich das Ersuchen gründet.

Die Lage in München.

WTB. München, 7. Juni. Die Abendblätter melden: Die Auflösung der Münchener Garnison ist so gut wie durchgeführt. Die Kasernen sind teilweise in trostlosem Zustand. Der Spartakistenführer Toller berief sich bei der Vernehmung darauf, daß die Entstehung der ersten Räterepublik im wesentlichen auf die Mehrheitssozialisten zurückgehe. Die Unabhängigen hätten nur widerwillig mitgetan. Mit der planlosen Verhaftung der Geiseln war er nicht einverstanden. Der angedrohte Ausstand der Münchener Gemeindebeamten und -arbeiter scheint nach der „Münchener Post" abgewendet zu sein, da die Zulagenfrage gütlich geregelt werden soll.

Belagerungszustand über Remscheid.

Ueber Remscheid und Lennep wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Regierungstruppen des Generalkommandos Münster, welche in Automobilen in die Stadt Remscheid einrückten, verhafteten 5 Führer der Kommunisten und Unabhängigen, darunter das Mitglied der Nationalversammlung Braß. Die Verhafteten wurden wegtransportiert. Gleichzeitig traten die Industriearbeiter, Straßenbahner und Buchdrucker in den Ausstand.

Der Proteststreik gegen den Belagerungszustand in Duisburg umfaßt etwa 50 000 Arbeiter. Sämtliche Betriebe in Duisburg, Ruhrort und Meiderich liegen still.

Neue Streikbewegung im Duisburger Revier.

WTB. Duisburg, 7 Juni. Der Proteststreik gegen den Belagerungszustand hat sich weiter stark ausgedehnt und droht zu einem allgemeinen Ausstand zu werden. Die meisten Industriearbeiter, ein Teil der Bergleute und alle Straßenbahner sind daran beteiligt, auch die Beamten und Angestellten eines Werkes haben sich ihm angeschlossen. Am 6. Juni nachmittags hat eine Besprechung zwischen den Vertretern der Stadtverwaltung, des Generalkommandos und dem Reichskommissar Severing mit den Arbeitervertretern stattgefunden, um die Aufhebung des Belagerungszustandes zu fordern.

Streikabstimmung in Magdeburg.

WTB. Magdeburg, 7. Juni. Die Arbeiterschaft der Magdeburger Metallindustrie war in eine Lohnbewegung eingetreten und forderte Erhöhung des Stundenlohnes um 60 ₰. Der Spruch des Schlichtungsausschusses, der der Erhöhung des Stundenlohnes um 20 ₰ zusprach, wurde nicht anerkannt, aber die heutige Abstimmung in den Betrieben ergab 8000 für und 14 500 gegen den Ausstand. Da dieser nach den Verbandssatzungen nur mit ⅔-Mehrheit beschlossen werden kann, ist damit der Ausstand abgelehnt.

Tiroler Protest.

WTB. Innsbruck, 7. Juni. Meldung des Wiener Telegr- und Korrespondenzbureaus. Eine massenhaft besuchte allgemeine Wählerversammlung der deutsch-freiheitlichen Partei Tirols nahm eine Entschließung an gegen die Friedensbedingungen, durch welche auch Nordtirol zu einem lebensunfähigen Gebilde und einem Spielball romanischer Hinterlist gemacht würde. Die Entschließung verwirft jede Preisgabe deutschen Bodens und die Scheidung Deutsch-Oesterreichs vom Mutterlande Deutschland und fordert Verteidigung alles deutschen Wesens und Bodens bis zum äußersten.

Schlacht zwischen gegenrevolutionären Bauern und ungarischen Rätetruppen.

WTB. Wiener Neustadt, 7. Juni. Meldung des Wiener Telegr.- und Korrespondenzbuerabs: Gestern haben sich bei Oedenburg in der Gegend zwischen Zinkendorf und Kollerhof ungefähr 4000 bewaffnete Bauern angesammelt, um einen gegenrevolutionären Putsch auf die Räteregierung in Oedenburg auszuführen. Im Anmarsche auf Oedenburg stellte sich ihnen die inzwischen alarmierte Oedenburger Garnison, Infanterie mit Maschinengewehren und Artillerie, bei Zinkendorf entgegen, wo es zu einer blutigen Schlacht gekommen ist. Die gegegenrevolutionären Bauern wurden zurückgeschlagen und in Kollerhof von den Rotgardisten eingeschlossen. Nach kurzer Belagerung wurde Kollerhof, welches heute in Flammen steht, von den Truppen der Räteregierung in Sturm genommen und ein entsetzliches Blutbad angerichtet. Ueber das ganze Oedenburger Komitat wurde der Belagerungszustand verhängt und die Militärdiktatur verkündet.

General Mangin bleibt neutral.

General Mangin hat an den Bürgermeister von Mainz eine Erklärung gerichtet, wonach die Frontarmee in Sachen der Rheinrepublik absolute Neutralität üben werde. Lediglich gegen Kundgebungen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung stören könnten, wird eingeschritten werden.

Zur Eröffnung der Kölner Universität.

Zur Teilnahme an der Eröffnung der Kölner Universität wollte eine Anzahl preußischer Regierungsvertreter nach Köln reisen. Es wurde jedoch nur dem Kultusminister Haenisch die Einreise gestattet, während sogar der Wohlfahrtsminister Stegerwald, der in Köln zu Hause ist, die Bewilligung nicht erhalten hat.

Kleine politische Mitteilungen.

Die „Regierung der Rheinrepublik" bringt in ihrem Vereinsorgan, dem „Mainzer Neuesten Anzeiger" eine Phantasiemeldung von einer Wiedereinrichtung der Universität Mainz.

In Kaiserslautern kam es zu einem blutigen Abschluß des Proteststreiktages. Eine französische Patrouille trieb eine Gruppe junger Leute auseinander und feuerte in sie hinein. Zwei Personen wurden getötet, zwei weitere verletzt.

In Höchst haben die Franzosen drei Arbeiter als Anstifter des Streiks verhaftet. Einer, der gestern wieder frei gelassen ist, war am ganzen Körper blau geschlagen. Die beiden andern wurden derartig mit Gummischläuchen und Reitpeitschen mißhandelt, daß man ihr Schreien auf der Straße hörte.

Das System der Privatmonopole.

Im Zentrum der deutschen kapitalistischen Organisationen sitzt die Deutsche Bank. Einer ihrer Direktoren war Herr Prof. Dr. Karl Helfferich. Bald nach Ausbruch des Krieges wurde er Staatssekretär der Reichsfinanzen. Er verwarf die englische Methode der Finanzierung des Krieges auf der Grundlage direkter Steuern und führte im Interesse des Großkapitals konsequent die entgegengesetzte durch, den Kriegslieferanten so hohe Preise zu gewähren, daß sie aus ihrem Profit beliebige Summen von Kriegsanleihe zeichnen konnten, mit der die Lieferungen bezahlt wurden. Die Kriegsanleihe wurde von vornherein konsolidiert, das heißt langfristig festverzinslich gemacht. Das feindliche Ausland sollte dann, wie Helfferich dem jubelnden Reichstag im vorzeitigen Siegesrausch verkündete, die Sklavenkette der Zinsen nach sich schleppen, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit seiner Produktion auf Menschenalter hinaus zu lähmen.

Inzwischen zog der Krieg sich endlos in die Länge. Die Schuldenlast wuchs ins Unermeßliche. Es wurde allmählich klar, daß Deutschland, trotz seiner Siege, selber an die Verzinsung seiner ungeheuren Anleihen werde denken müssen. Neue Steuerquellen mußten angebohrt werden. Eine so scharfe Steigerung der direkten Steuern wie in England würde den Interessen des Kapitals widersprochen haben. Deshalb wurde im Rate der kapitalistischen Drahtzieher beschlossen, ein neues System indirekter Steuern auszubauen. Helfferich übernahm das Reichsamt des Innern und begann, die deutsche Wirtschaft in Form einer Reihe von Privatmonopolen zu organisieren. Das Leitmotiv war, durch Aufrechterhaltung der Ausschaltung der Konkurrenz die Kriegsprofitrate zur dauernden Norm und dadurch die Produktion recht steuerkräftig zu machen, auf Kosten der Verbraucher.

Privatmonopole sind Pflanzen, die nur im Dunkeln gedeihen. Das Tageslicht können sie nicht vertragen, weil ihr Anblick so häßlich ist, daß die Menschheit gleich schreien würde: reißt sie aus, werft sie fort, verbrennt sie! Es ist daher Existenzbedingung von Privatmonopolen, daß die Oeffentlichkeit von ihnen nichts erfährt, oder wenigstens nichts, was ihnen leicht gefährlich werden könnte. Ihre Morphologie muß geheim bleiben. Deshalb gibt man dem Kind irgend einen harmlosen Namen, hängt möglichst viele lichtabsperrende Mäntelchen herum und sorgt dafür, daß außer einigen leitenden Beamten, denen vielleicht gute Posten winken, niemand etwas davon erfährt, als die interessierten Kapitalisten selbst. Der Plan war auf die Voraussetzung gegründet, daß die Reaktion die Oberhand behalten würde. Und in der Tat, er ist so gebaut und so gut gelungen, daß von den zahlreichen Privatmonopolen, die unter Helfferich und seinesgleichen vom Reichsamt des Innern und später vom Reichswirtschaftsamt ins Leben gerufen wurden, der Oeffentlichkeit bisher fast nichts bekannt geworden ist. Man braucht sich nicht zu wundern, daß hieran auch die Revolution bisher noch nichts geändert hat. In den Aemtern sitzen fast überall noch dieselben Geheimräte und Vertrauensmänner des Kapitals, die kurz vorher das Ding gedeichselt hatten. Ein Narr, wer glaubt, sie würden ihre eigenen Kinder fressen.

Anfang April gerieten einige Akten des Warenvereins der Hamburger Börse zufällig in unsere Hände. Sie trugen die Unterschrift des Syndikus der Handelskammer, Dr. Mathies, der in einer geheimen Sitzung des Warenvereins die Feststellung machte, die Firma Arnold Otto Meyer habe vom Reichswirtschaftsamt ein tatsächliches Privatmonopol auf den Pfefferimport erhalten. Unsere Enthüllung dieses Tatbestandes hat den Präses der Handelskammer und Teilhaber der Firma Meyer, Herrn F. H. Witthoefft, veranlaßt, gegen uns einen Strafantrag zu stellen, der inzwischen von der Staatsanwaltschaft aufgenommen wurde. Die Voruntersuchung gegen uns ist jetzt im Gange. Der Strafantrag gründet sich hauptsächlich darauf, daß das Vorhandensein eines Privatmonopols bestritten wird. Es steht demnach die Behauptung des Syndikus der Handelskammer gegen die Behauptung ihres Präses. Die Strafkammer wird also selbst zu prüfen haben, wie sich die Sache verhält, und der Prozeß wird Gelegenheit bieten, sie gründlich aufzuklären.

Inzwischen aber hält das Reichswirtschaftsamt es für erforderlich und zweckmäßig, in dieses schwebende Verfahren einzugreifen, indem es durch das halbamtliche WTB. den folgenden erstaunlichen Ukas verbreiten läßt:

„Eine rechtzeitige Voreindeckung von Pfeffer schien seinerzeit ratsam, da Pfeffer für die Wurstfabrikation unbedingt nötig ist und die Preise im Produktionslande niedrig waren. Es wurde deshalb in Uebereinstimmung mit den hinzugezogenen Sachverständigen beschlossen, den dringendsten Bedarf des ersten Friedens-

Jahres durch Vorkauf von 1500 To. (gegenüber einer früheren Jahreseinfuhr von mehr als 5000 To.) zu decken. Eine wesentliche Vorbedingung für das Geschäft war wegen der Wirtschaftslage Deutschlands die Beschaffung eines Kredits in ausländischer Währung mit zwölfmonatlicher Laufzeit. Die einzige Firma, die infolge ihrer engen Handelsbeziehungen zu Niederländisch-Indien in der Lage war, im Produktionslande selbst zu den dortigen Marktpreisen zu kaufen und die erwähnten Zahlungsbedingungen zu erfüllen, war die angedeutete Hamburger Großfirma, die wieder ihrerseits andere große hanseatische Gewürzimporteure an dem mit einem erheblichen Risiko verbundenen Geschäft beteiligte. Der Vorkauf wurde mit dem ausdrücklichen Vorbehalt bewilligt, daß die Firma sich den etwa bei der Einfuhr des Pfeffers bestehenden Kontingentierungs- und Ablieferungspflichten zu unterwerfen habe. Wird demgemäß die Ware bei der Einfuhr übernommen, so würde die Firma nur ihren Einkaufspreis zuzüglich eines angemessenen Verdienstzuschlags erhalten. Bei der Bewilligung des Vorkaufs hat weder die Frage des freien Handels, noch die mittelbare oder unmittelbare Schaffung eines Monopols eine Rolle gespielt, sondern lediglich die Sorge, wie unter Berücksichtigung des beschränkten Schiffraums und der finanziellen Lage des Reichs die für die Volksernährung notwendigen Gewürzmengen am besten beschafft werden könnten. Dies ist der einfache Tatbestand, der zweifellos die laute Diskussion und die Angriffe nicht erklären würde, wenn es sich dabei nicht zugleich um politische und vielleicht auch bei den nichtbeteiligten Firmen um persönliche Gründe handelte."

Ein Blinder kann mit dem Krückstock fühlen, aus welchen Ursachen heraus hier versucht wird, der Untersuchung des Tatbestandes durch das Gericht auf solche Weise vorzugreifen. Liegt ein Privatmonopol vor, dann trifft die Verantwortung das Reichswirtschaftsamt. In dem vorliegenden Rechtsstreite ist es demnach Partei. Wir werden zu verhindern wissen, daß diese seine Parteistellung wieder verschleiert wird. Die Gerichtsverhandlung wird ergeben, wie der Ukas zu bewerten ist: als objektive Darstellung, oder als Partherpfeil.

Zur Sache selbst haben wir uns früher schon so ausführlich geäußert, daß wir uns für heute kurz fassen können. Unsere Enthüllung beruht nicht auf einer Privatansicht, sondern auf den erwähnten amtlichen Akten der Börse. Der Pfefferverkauf für die Friedenszeit war nicht nötig, weil allein in London ein Mehrfaches des angenommenen Jahresbedarfs von 1500 Tonnen vorrätig war, das Pfund zu 90 ₰, und weil die in Uebersee sich anhäufenden Ernten nach Friedensschluß auch ohne Vorkauf billig zu haben waren, falls nicht solche Syndikate wie das der Ostindischen Produktenbank, deren hiesige Agentur die Firma Meyer ist, sie privatmonopolistisch verteuerten. Sollte trotzdem ein Vorkauf gemacht werden, so durfte er nicht insgeheim durch eine einzelne Firma erfolgen, sondern es mußte mindestens dem Warenverein der Hamburger Börse von vornherein Mitteilung darüber gemacht werden, damit alle Importeure Gelegenheit erhielten, sich zu beteiligen. Die Behauptung des Reichswirtschaftsamtes, nur die Firma Meyer sei in der Lage gewesen, das Geschäft zu machen, wird bündig widerlegt durch die Tatsache, daß auch andere Firmen sich um Einfuhrgenehmigung bemüht haben, aber zugunsten der Firma Meyer abgewiesen worden sind. Der Verdächtigung, daß bei unserem Vorgehen persönliche Gründe im Spiele seien, begegnen wir mit Verachtung.

Das Eingreifen der amtlichen Stelle, die für das unser Wirtschaftsleben beherrschende System der Privatmonopole verantwortlich ist, kennzeichnet den kommenden Prozeß als hochpolitisch. Er wird zum ersten Male Gelegenheit bieten, wenigstens einen Teil dieses Systems restlos zu entschleiern und dadurch aufzudecken, wer uns regiert.

Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung.

Beim Abschnitt Rechtspflege entstand eine lange Erörterung über einen sozialdemokratischen Antrag auf Abschaffung der Militärjustiz, der von den Abgeordneten Dr. Sinsheimer und Dr. Quarck befürwortet wurde. Geheimer Kriegsrat Seller wandte sich gegen den Antrag, teilte aber mit, daß eine Reform der Militär-Straf-Prozeßordnung fertig sei, die unter normalen Verhältnissen hätte vorgelegt werden können. Dr. Sinsheimer hatte in seiner Befürwortung des Antrages darauf hingewiesen, daß das Rechtsgefühl des Volkes durch die Militärgerichte erschüttert sei, wobei er unter andern auf die Fälle Liebknecht, Luxemburg und die Flucht des Oberleutnants Vogel usw. hinwies. Dr. Quarck bezeichnete die Erklärung des Geheimen Kriegsgerichtsrat Seller als sehr erfreulich, aber damit schieden die Vorgänge der letzten Zeit nicht aus, wie zum Beispiel die Flucht der Offiziere, die man bei dem so oft gerühmten Ehrgefühl der Offizierskaste nicht für möglich gehalten hatte.

Der Unabhängige Dr. Cohn befürwortete einen Antrag, der außer Aufhebung der Militär- und Ausnahmegerichte forderte, daß die ganze Gerichtsbarkeit auf Grundlage des Gesetzes durch Volksgerichte ausgebaut werde. Für die Beseitigung der Militärjustiz trat auch der sozialdemokratische Abgeordnete David mit Entschiedenheit ein. Der Demokrat Dr. Zoephel erklärte, daß die Demokraten für die Abschaffung der Militärjustiz seien, aber in diesem Augenblick könne die Frage nicht gelöst werden. Man solle, nach dem die Fraktionen sich darüber beraten hätten, den Gegenstand nach Pfingsten weiter behandeln. Der Demokrat Dr. Ablaß wies darauf hin, daß bei unveränderter Annahme des Antrages eine Lücke wegen des Fehlens eines Uebergangsgesetzes entstünde. Auffälligerweise habe die Regierung Scheidemann bisher noch keine Vorlage gemacht. Die demokratische Partei sei aber bereit, einer Resolution in der Richtung des Antrages zuzustimmen. Schließlich modifiziert Dr. Quarck den sozialdemokratischen Antrag dahin, daß die Militärjustiz aufzuheben sei, mit Ausnahme der Kriegszeiten. Das Nähere werde durch ein Reichsgesetz geregelt werden. Auch schlug der Redner eine Resolution vor, wodurch die Regierung zur schleunigen Vorlegung eines solchen Gesetzes aufgefordert wird. In dieser Form wurde der Antrag Quarck angenommen. Dafür stimmten auch Abgeordnete der Deutsch-Demokraten und des Zentrums.

In einem weiteren Abschnitt wurde hinsichtlich der Volksabstimmung die Fassung beschlossen, daß ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz vor seinem Inkrafttreten zur Volksabstimmung zu bringen ist, wenn es der Reichspräsident binnen eines Monats bestimmt. Das gleiche gilt für die Gesetze, deren Verkündigung auf Antrag von mindestens einem Drittel des Reichstags aufgeschoben ist, wenn es ein Zwanzigstel (erste Lesung ein Zehntel) der Stimmberechtigten (Wähler) beantragen.

Ueber die Grundrechte soll voraussichtlich Ende der nächsten Woche in Weimar beraten werden.

An unsere Parteimitglieder!

Die Vorfälle während der Demonstration wider die Füsilierung Levinés auf dem Heiligengeistfelde, die in dem Bericht des „Hamburger Echo" Nr. 258 vom 7. Juni dargestellt sind, und die Reden, die dort von Kommunisten und Unabhängigen gehalten wurden, gaben uns die Gewißheit, daß

eine würdige Feier zu dem Schlußakt des tragischen Schicksals Rosa Luxemburgs

gemeinsam mit den Kommunisten und Unabhängigen unmöglich ist. Die kommunistischen und unabhängigen Redner sprachen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auf dem Heiligengeistfelde das Recht ab, gegen politische Morde zu protestieren, da die Sozialdemokratie als Partei schuld sei an diesen Morden. Diese ungeheuerliche, von blindem Parteihaß geborene Anschuldigung könnten wir beantworten mit der Widerbeschuldigung, daß die Unabhängige und die Kommunistische Partei den beabsichtigten Mord an Auer, den rohen Mord an Neuring-Dresden und die unmenschliche Hinschlachtung der Geiseln in München als Parteischuld tragen. Wir tun dies aber nicht und werden es nicht tun, da wir wissen, daß alle diese Taten Folgen der unseligen Verwirrung der Geister und der Menschlichkeitsbegriffe sind, die durch den Krieg und seine Hunger- und Wucherfolge verheerend um sich gegriffen hat.

Der Tag der Beisetzung Rosa Luxemburgs soll sich nicht in Parteigezänk vertoben. Darum wird die sozialdemokratische Partei Hamburgs allein für sich am Vorabend des Beisetzungstages,

am Donnerstag, 12. Juni, abends, Mitgliederversammlungen

in großen Lokalen Hamburgs abhalten, in denen zur Feier der Beisetzung der einstigen begeisterten Kämpferin in unseren Reihen von Menschlichkeit und gesittetem Kampf geredet und gegen militaristische Brutalität protestiert werden soll, die zu den Hekatomben von hingemordeten Menschen immer noch neue fällt.

Unsere Parteigenossen und -Genossinnen ersuchen wir, sich vorzubereiten für diese Feier unserer Partei, und zugleich ersuchen wir alle unsere Anhänger, sich an dem Beisetzungstage Rosa Luxemburgs zu keinerlei unwürdigen Putschen oder dergleichen verleiten zu lassen. Rosa Luxemburg war die größte Verächterin nutzloser, verwirrender und kräftezersplitternder Putschversuche. Und daß Versuche und Pläne für Gewaltstreiche bestehen, beweist das Flugblatt der kommunistischen Betriebsräte vor einigen Tagen, das unter der Ueberschrift „Pogrom in Sicht" die Arbeiter Hamburgs vor Putschen warnt.

Genossen und Genossinnen!

Es ist unsere vornehmste Aufgabe, die Würde unserer Veranstaltungen und die Würde unserer Partei über alles zu stellen.

Seien wir in unseren Entschlüssen einig und von echter Solidarität beseelt.

Der Parteivorstand.
J. A.: M. Leuteritz.

Der Prozeß Ledebour.

Am Sonnabend beantragte die Verteidigung, den Kraftwagenführer Wendel, genannt Hoffmann, laden zu lassen, der darüber vernommen werden soll, ob er bei der Besetzung der Zeitungen und anderer Gebäude als Spitzel seine Hand im Spiele gehabt habe. Begründend bemerkt die Verteidigung, daß sich die Vertreter der Anklage besonders darauf stützten, daß die Besetzung der Zeitungen eingetreten ist, kurz nachdem der Angeklagte Ledebour die Rede vom Balkon des Polizeipräsidiums gehalten hat. Würde nun aber nachgewiesen, daß sich Spitzel in die Menge gemischt und auf die Entschließung der Menge Einfluß genommen haben, dann würde diese Auffassung sich nicht mehr halten lassen.

Es wird sodann in der Vernehmung des Zeugen Fischer fortgefahren. Fischer hat die Soldaten dahin festgelegt, daß sie, auch soweit sie dem Polizeipräsidium zugeteilt waren, in erster Linie der Kommandantur unterstellt seien und deren Befehle auszuführen hätten. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Hatten Sie dazu Eichhorns Einwilligung, dessen Kompetenzen durch Ihre Abmachungen doch berührt wurden? Zeuge: Nein. Dr. Rosenfeld: Also hinter dem Rücken Eichhorns. Zeuge: Es herrschte damals der größte Wirrwarr. Unter den Soldaten bestand auch Unzufriedenheit, weil sie eine Mark weniger Lohn bekamen als die Soldatenwehr. Wir haben ihnen die Zahlung der Differenz zugebilligt, und zwar rückwirkend bis zum 21. Dezember. Dr. Rosenfeld: Also Verrat um eine Mark pro Tag. Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck. Dr. Rosenfeld: Wer waren die Abgesandten, die am Vormittag des 6. Januar um 10 Uhr im Marstall erschienen, um sich um Sie zu kümmern? Der Zeuge verweigert auf diese Frage die Aussage. Er habe nur einen davon erkannt und diesen nenne er nicht. Vorsitzender: Das Gericht muß sich überhaupt erst schlüssig werden über diese Frage. Es beschließt nach langer Beratung, die Frage des Verteidigers nicht zuzulassen. Dr. Rosenfeld: Damit Sie wissen, daß wir über den betreffenden Mann unterrichtet sind, will ich Ihnen sagen, wer es war, es war Herr Jürgens. Oder war er es etwa nicht? Vorsitzender: Nach dem soeben verkündeten Gerichtsbeschluß braucht der Zeuge diese Frage nicht zu beantworten. Der Staatsanwalt wirft sodann die Frage auf, ob hier nicht die Paragraphen der Strafprozeßordnung über die Amtsverschwiegenheit in Geltung kämen, so daß der Zeuge über seine weitere Vernehmung erst die Erlaubnis seiner vorgesetzten Behörde erwirken müsse. Das Gericht beschließt, die Vernehmung des Zeugen Fischer zu unterbrechen, um sich erst die Befehle seiner vorgesetzten Behörde zu erwirken. Da Fischer nun angegeben hatte, er könne über seine jetzige Stellung genaue Angaben nicht machen, da diese nur „formell" bestehe, beanstandet die Verteidigung diesen Standpunkt des Gerichts. Das Gericht hält seinen Beschluß aufrecht und vertagt die Sitzung auf Mittwoch 9 Uhr.

Tages-Bericht.

Sonnabend, den 7. Juni.

Hamburg.

Entscheidungs-Pfingsten.

Viermal, in jedem Jahre seit 1914, begingen wir das althergebrachte Fest der „Ausgießung des heiligen Geistes" unter dem Eindruck der beispiellosen Schrecken des Weltkrieges. Nicht wie vor dessen Ausbruch befreite uns die neu erwachte Frühlingsherrlichkeit Herz und Gemüt von der Last der Mühe und Sorge, die der Kampf ums Dasein uns beschied. Es waren grausame, blutige Pfingsten; sie standen unter dem Fluch des Massenmordes, wahnsinniger gegenseitiger Zerfleischung der „christlichen" Kulturvölker. Aber bangend um das Schicksal unseres Volkes und der Menschheit hofften wir und hofften immer wieder auf den Frieden. Und lauter, immer lauter rang sich aus der Seele der unter der Kriegsfurie ungeheuer schwer duldenden Millionen der Schrei nach ihm. Vergebens! Die bluttriefenden, fluchbelasteten Lenker des Schicksals der Völker spotteten dieser Hoffnung und dieses Schreies. Und Deutschland wurde das Opfer ihrer Gewissenlosigkeit. Ueberwunden, niedergeworfen von übermächtigen Feinden liegt es am Boden, unsagbar geschwächt, in Ohnmacht und schrecklicher Zerrissenheit. Auf den Trümmern der wirtschaftlichen und nationalen Existenz unseres Volkes wollen die Gewalthaber der siegreichen Entente eine neue Unheilsherrschaft für alle Kulturvölker errichten, eine vernichtende Abrechnung halten mit der Demokratie und dem Sozialismus, die aus unserem Zusammenbruch sich erhoben haben mit der Aufgabe, die Liquidation der alten Staats- und Gesellschaftsordnung, der Standes- und Klassenherrschaft, des kapitalistischen und monarchistischen Systems, aus welchem der Weltkrieg geboren wurde, zu vollziehen.

Als im verflossenen Jahre Deutschlands militärischer Zusammenbruch erfolgt war und ihm keine andere Wahl blieb, als einen Waffenstillstand unter Bedingungen einzugehen, die schwer eingriffen in die letzten Reste seiner Kräfte, da klammerte sich unser Volk um so fester an die Hoffnung auf einen Frieden der Gerechtigkeit.

Und wieder ist nun das Pfingstfest gekommen. Wochenlang schon steht die Welt unter dem Eindruck der alles Gerechtigkeitsgefühl und sittliche Bewußtsein im höchsten Maße empörenden Friedensbedingungen, die unsere Gegner uns diktiert haben. Der Geist der Rachsucht, des gewissenlosesten kapitalistischen Imperialismus verkündet darin dem deutschen Volke ein Vernichtungsurteil. O, diese Pfingsttage sind für uns noch viel ernster, viel trauriger, als die der Jahre 1915 bis 1918, wo die Hoffnung auf ein wenigstens erträgliches Ende des Krieges noch bestand. Denn zwischen heute und den nächsten Tagen, vielleicht schon am Dienstag, muß das Schicksal Deutschlands sich entscheiden. Werden sie in ihrer zu erwartenden Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge festhalten an Friedensbedingungen, denen wir nur mit der Erklärung: „Unerfüllbar und deshalb unannehmbar" begegnen können? Das ist eine Frage, wie sie gewaltiger, inhaltschwerer noch niemals einem Volke aufgezwungen worden ist. Und natürlich wird diese Frage die Pfingstfeiertage über auf dem Geiste und dem Gemüt der Millionen unseres Volkes lasten. Dürfen wir noch hoffen, daß wenigstens noch ein Strahl des heiligen Geistes der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit und der Liebe über unsere Feinde kommen wird? Wahrscheinlich sind sich die Diplomaten der Entente über die Antwort auf diese Frage bereits schlüssig.

So ist es denn allerdings ein Pfingsten der Entscheidung, den wir begehen. Aber folgen wird ihm eine andere Entscheidung, die eigentlich maßgebende, nämlich die, zu der das arbeitende Volk Deutschlands und aller anderen Kulturvölker berufen ist — eine Entscheidung, die dem falschen Demokratismus unserer Feinde, ihrer abgrundtiefen Gerechtigkeitsheuchelei, der Herrschaft des mammonistischen Imperialismus ein Ende macht und die wahre Demokratie, die sich nur in engster Verbindung mit dem Sozialismus begreifen läßt, zur Geltung bringt.

Arbeitendes Volk! Siehe Du nur fest zusammen im Geiste des Demokratismus und Sozialismus, und Du darfst sicher sein der Erfüllung des an die übermütigen Triumphierer gerichteten Dichterwortes:

„Aber kommen wird ein Pfingsten
Donnernd über Euer Haupt,
Und ein Festtag der Geringsten,
Der des Hochmuts Stamm entlaubt.
Der sich lange selbst vergessen,
Ist am Ziel der Unglücksbahn,
Und der Mensch, der sie durchmessen,
Kommt beim Menschen endlich an!"

Bürgerschaftsfraktion.

Da voraussichtlich am nächsten Mittwoch eine Sitzung der Bürgerschaft stattfinden wird, versammelt sich die Fraktion am Dienstag, 10. Juni, abends 6 Uhr, im Fraktionszimmer.

Zehn Vorschläge für ein Aktionsprogramm der Sozialdemokratie

hat die Genossin Alma de l'Aigles den Delegierten und dem kommdenen Parteitag in Weimar unterbreitet. Die zehn volkswirtschaftlich äußerst interessanten Vorschläge sind im Druck erschienen und durch die Buchhandlung von Auer & Co., sowie durch sämtliche Kolporteure des „Hamb. Echo" zu beziehen.

An die Distriktsführer!

Die Plakate für die Bezirkslokale usw., sowie die Straßenverzeichnisse der Agitationsbezirke (nach der Wahl zur Nationalversammlung) sind fertiggestellt und können im Parteibureau entgegengenommen werden. Einige Distrikte haben bis heute noch unterlassen, die genauen Adressen der Distriktsleitung, der Bezirksführer und Bezirkslokale anzugeben. Wir ersuchen um sofortige Ueberreichung, damit das neue Adressenverzeichnis zusammengestellt werden kann.

Das Sekretariat.

An die Arbeiter von Hamburg, Altona, Wandsbeck und Umgegend.

Durch den zu spät gefaßten Beschluß betreffs der Demonstration am 6. Juni wegen der Erschießung des Genossen Levins war es den Angestellten der Verkehrsbetriebe nicht möglich, sich an der Demonstration zu beteiligen. Wir möchten an dieser Stelle bitten, wenn wieder einmal der Ruf an die Arbeiterschaft von Groß-Hamburg erfolgt, diesen rechtzeitig an die Betriebsräte der Verkehrsbetriebe zu richten, da die Verkehrsbetriebe in so kurzer Zeit nicht stillzulegen sind. Die Angestellten der Verkehrsbetriebe verurteilen auch sehr scharf diesen Mord und erklären sich stets solidarisch mit der Arbeiterschaft. Sobald der nächste Ruf erfolgt, werden sie sich sofort an die Seite der Arbeiterschaft stellen.

Die Vertrauensleute der Verkehrsbetriebe.

Aufhebung der öffentlichen Brennstoffverkaufsstellen.

Das Hamburgische Kriegsversorgungsamt schreibt uns:

Das Gewerkschaftskartell, das bisher die Belieferung der A- und B-Kohlenkarten an den öffentlichen Verkaufsstellen ehrenamtlich geleitet hat, wünscht diesen Verkauf einzustellen. Gleichzeitig sind dem Kriegsversorgungsamt aus den Kreisen des Kohlenhandels, der zurzeit durchweg ungenügend beschäftigt ist, zahlreiche Gesuche zugegangen, in denen gebeten wird, die Belieferung der A- und B-Karten wieder ausschließlich in die Hände des Kohlenhandels zu legen. Den übereinstimmenden Wünschen des Kartells und des Handels soll jetzt entsprochen werden. Bei den knappen Brennstoffzufuhren, die Hamburg erhält und mit denen noch auf längere Zeit gerechnet werden muß, ist das indes nur möglich, wenn das System der sogenannten festen Kundenlisten und Markenzwang eingeführt werden. Nach einer in der heutigen Nummer abgedruckten Bekanntmachung werden daher zunächst diejenigen Kohlenfirmen und Kohlenkleinhändler, die sich in Zukunft an der Belieferung der A- und B-Karten beteiligen wollen, aufgefordert, sich in der Zeit vom 13. bis einschließlich 16. ds. Mts. bei der Kohlenabteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes zu melden und dort die erforderlichen Vordrucke für die Kundenlisten in Empfang zu nehmen. Von Dienstag, den 17., bis einschließlich Donnerstag, den 19. ds. Mts., haben alsdann die Inhaber der Kohlenausweiskarten A und B sich bei den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften unter Vorlegung ihrer Kohlenkarten und ihres Meldescheines in die Kundenliste eintragen zu lassen. Es ist dabei zu bemerken, daß die Eintragungen bindend sind und nicht etwa nach Belieben der Verbraucher geändert werden können. Spätestens am 21. Juni ds. Js. haben die Händler Ausfertigungen der ausgefüllten Kundenlisten der Kohlenabteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes einzureichen. Die rechtzeitige Einreichung dieser Ausfertigungen ist notwendig, damit die Kohlenabteilung kontrollieren kann, ob die einzelnen Firmen und Kleinhändler beim Inkrafttreten des neuen Verteilungssystems den Verhältnissen entsprechend für die Belieferung der bei ihnen eingetragenen A- und B-Karten versorgt sind. Im übrigen sollen die Firmen und Kleinhändler in derselben Weise wie bisher beliefert werden. Bei der am 27. ds. Mts. beginnenden Ausgabe neuer Lebensmittelkarten werden die vorhandenen A- und B-Karten gegen neue mit Markenabschnitten versehene Karten umgetauscht. Der genaue Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Karten wird später bekanntgegeben.

Für die Versorgung der übrigen Haushaltungen und der Wohnetagenhäuser mit Zentralheizung bleiben die bisherigen Kohlenausweiskarten C und D bis auf weiteres maßgebend.

Beendigung des Streiks in der Klein- und Bundholzbranche!

Der fast fünf Wochen währende, von den Streikenden mit zäher Energie geführte Streik in der Klein- und Bundholzbranche ist, wie uns die hiesige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes schreibt, auf folgender Basis beendet worden: 46stündige Arbeitszeit pro Woche, Mindestlohn pro Stunde für Maschinenarbeiter ℳ 2,50, für Arbeiter über 18 Jahre ℳ 2,40 unter 18 Jahren ℳ 1,70, Scheibenspalterinnen ℳ 1,80, Bündlerinnen ℳ 1,70. Vorher hatten die Forderungen durch Verhandlungen ohne Streik bewilligt der Betrieb J. H. H. Goldschmidt, Osterstraße 172—174, sowie die während des Streiks entstandenen Betriebe von Brockmann, Barmbeck, Weidestraße 21 und Zeffel, Altona, Gr. Johannisstraße 59. So hat auch dieser Streik durch entschlossenes Ausharren ein den Umständen entsprechendes annehmbares Resultat gezeitigt.

An die Elternräte der Hamburger Schulen.

Wir haben in Hamburg über 300 Schulen und für alle Schulen sind Elternräte gewählt worden, die von Zeit zu Zeit Versammlungen abhalten und uns Berichte und Entschließungen zusenden. Der Papierknappheit wegen sind wir leider nicht in der Lage, Berichte von Elternratssitzungen und Elternversammlungen entgegenzunehmen. Einzig die Bekanntmachung des Bezirks, Elternrats und Entschließungen, die für die Allgemeinheit von außerordentlicher Wichtigkeit sind, können Aufnahme finden. Dies bitten wir beachten zu wollen.

Die Betriebsversammlung der Arbeiter der Reiherstieg Schiffswerft nahm, wie uns der Arbeiterrat der Werft mitteilt, am 6. Juni folgende Resolution an: „Die Arbeiter der Reiherstieg Schiffswerft erheben aufs schärfste Protest gegen die Vollstreckung des Todesurteils an Lewiné. Sie betrachten es als einen Justizmord. In der Zeit der Revolution ist Gewicht darauf gelegt worden, daß die Forderung des Proletariats „Aufhebung der Todesstrafe" zur Geltung kommen sollte und nicht daß man einen Menschen, der aus Idealismus sich mit ganzem Herzen für das Proletariat und dessen Forderungen einsetzt, hinmordet, deshalb hinmordet, weil sie einer bestimmten Clique unbequem sind. Dieses ist ein Zeichen, daß die Reaktion mit allen Mitteln am Werke ist, die letzten Errungenschaften der Revolution dem Proletariat zu entreißen, selbst scheuen sie nicht vor Meuchelmorden zurück. Sie fordern deshalb: 1. Einsetzung eines Gerichtshofes auf sozialistischer Grundlage zur Feststellung der Schuldfrage; 2. bei Herausstellung der Unschuld Lewinés schärfste Bestrafung der Schuldigen; 3. wird ebenfalls verlangt sofortige Haftentlassung des Genossen Ledebour; 4. sofortige Einleitung einer Untersuchung, von wem der Oberbefehlshaber der Landwehr, Fletcher, die Befugnisse erhalten hat, den im „Echo" veröffentlichten Erlaß, in dem es nur von Todesstrafen regnet und dernach altem reaktionären militaristischen Muster abgefaßt ist, erhalten hat. Sie hoffen, daß ihren Forderungen so bald als möglich entsprochen wird, da sie sonst gezwungen ist, ihren Forderungen mit allem Nachdruck zum Durchbruch zu verhelfen."

Mieterrat Barmbeck. Für den Stadtteil Barmbeck findet am Mittwoch, den 11. Juni, eine öffentliche Mieterversammlung statt, zu der alle interessierten Mieter eingeladen werden. Die Tagesordnung lautet: „Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Bürgerschaft im Interesse der Mieter und unsere Mieterratsforderungen." Beginn der Versammlung um 7 Uhr abends in der Turnhalle der Volksschule Amselstraße 16. Ab Freitag, den 13. Juni, wird für den Bezirk Barmbeck im Lokale des Herrn P. Schmidt, Vogelweide 25, eine Auskunftsstelle für Mieteangelegenheit eröffnet. Auskunft wird nur Dienstags und Freitags während der Zeit von 7 bis 8 Uhr abends erteilt.

Sonnenglaube.

(Briefblatt.)

„Es gibt kein Schattenreich!
Bejahend ist die Welt! aufstrebend!
und sie will stark und edel,
und sie will freudig, glücklich, sonnig sein!
Leid ist nur Schein!
Aus Leid nicht ringen sich die Freuden,
nein, alles ist schon Freude!
Leid ist nur Schein!
Nur kurzer und scheinbarer Schatten!
Die Welt ist sonnig!
Die ganze Erde ist der Sonne Werk!

Wir haben nur noch nicht gelernt
in ihre Strahlen schaun!
Wir sind so jung noch,
ja, wir Menschenkinder!
Wir kommen eben erst
hervor aus dunkler Erde Schoß
und wandern blinzelnd, tastend,
sehnend nach der Sonne!"

— — — — — — — — —

So sprichst du . . . o, wie schön
ist das, ich glaube es so gern!
Ich bin erwacht aus tiefem Grabe,
seit ich den Glauben,
deinen Sonnenglauben habe!

Georg Muschner.

Aus dem Botanischen Garten.

Gleichartige äußere Bedingungen erzeugen bei den tierischen und pflanzlichen Bewohnern einer bestimmten Oertlichkeit gleichartige Anpassungen. Wasser- oder Schattenpflanzen, Gewächse der saftigen Wiese oder des trockenen Ackers oder der ausgedörrten Wüste, Alpenkräuter oder solche hochnordischer Gebiete, mögen sie auch den verschiedensten systematischen Gruppen angehören, sind untereinander oft ähnlicher in der ganzen Tracht als Angehörige derselben Gattung, von denen die einen etwa im Hochgebirge, die andern im Tiefland, oder die einen im Polargebiet, die andern in warmen Ländern wachsen. Die Zugehörigkeit zu derselben Gattung und Familie gründet sich auf den inneren Bau der Blüten und der Früchte, die Gleichförmigkeit im Aussehen auf gleichgerichtete Anpassung an den Boden, an die Feuchtigkeitsverhältnisse, an Höhe und Art der Temperatur. Beispiele für die aufgestellten Behauptungen liefert der Botanische Garten in großer Zahl. Jeder Besucher des Gartens hat schon einmal vor den riesenhaften Blättern und Blütenständen der südamerikanischen Gunnera-Arten gestanden, die wie ungeheure Rhabarberpflanzen mit stacheligen Blattstielen aussehen; der einer gewaltigen Flaschenbürste ähnliche Blütenstand aber ist der hohen lockeren Rispe des Rhabarbers ganz unähnlich, und wenn man erst die einzelnen Blüten genauer ansieht, ist der Unterschied gar nicht zu verkennen. In der Tracht erweisen Gunnera und Rhabarber beide sich als Kinder warmer Gegenden und eines reichen, nahrhaften Bodens, der imstande ist, in einem Sommer diese Riesenmassen zu erzeugen, sie weisen auf die große Feuchtigkeit ihres Standortes hin, der so große Verdunstungsflächen zuläßt, ohne die Pflanze der Gefahr des Vertrocknens auszusetzen. Von der Gunnera stehen zwei Arten im Garten: eine unten am Teich, eine oben in der Nähe des Strohdachhauses. Unmittelbar neben letzterer, der Gunnera scabra, wächst eine dritte Art der Gattung, Gunnera magellanica aus dem Feuerlande und dem südlichsten Patagonien. Aber wenn das Namenschild uns nicht aufklärte, von selber würde man nicht auf den Gedanken kommen, daß diese zwerghafte, nahe dem Boden vegetierende Pflanze und der benachbarte Riese so nahe Verwandte seien. Was hat das rauhe und kalte Klima der Südspitze Amerikas aus dieser Pflanze gemacht! Man sieht ihr die Dürftigkeit des Bodens, die Kürze der Vegetationsperiode, denen sie sich hat anpassen müssen, sofort an. — Eine ganze Reihe von ähnlichen Beispielen liefert das Alpinum. Das Hochgebirge hat gewisse Eigentümlichkeiten, die alle seine Bewohner zu bestimmten Anpassungen zwingen, wenn sie daselbst fortkommen wollen. Das harte Gestein trägt nur geringe Ansammlungen von Erde in seinen Spalten und Schluchten, der starken Erwärmung während des Tages folgt eine bedeutende Abkühlung in jeder Nacht, das Licht ist außerordentlich grell, die Bewässerung zwar reichlich, aber nicht haltbar; austrocknende Winde haben ungehinderten Zutritt; die Stürme haben leichtes Spiel gegenüber den flachwurzelnden Gewächsen, denen keine Bodentiefe zur Verfügung steht. Wie haben die Pflanzen sich damit abgefunden? Ein Gang durch das Alpinum zeigt es uns. Die allermeisten Arten sind kleine, niedrige, dem Boden anliegende Formen. Entweder breiten sie flache Blattrosetten aus, wie die Fetthennen (Sedum)) und ihre Verwandten, die Sempervibumarten, wie viele Steinbrecke (Saxifraga), Primeln (Primula und Androsace und Euriane), oder viele Pflänzchen wachsen in dichten, moosartigen Polstern vereinigt, aus denen die kleinen Blüten auf kurzen Stielen herausragen wie Nadeln aus einem Nadelkissen, so ist es bei vielen Nelkengewächsen der Gattungen Silene, Alsine, Sagina, Gypsophila und anderer, Paronychia (die kleinen Blüten sitzen auf dem Kissen), Waldmeister (Asperula); wenigstens bilden sie dichtrasige Ueberzüge über dem Boden, wie manche Rosengewächse aus den Gattungen Dryas, Geum, Steinbrecharten (Saxifraga), Strandnelken (Armeria), Kreuzblütler (Aubretia, Iberias, Alyssum und andere). Selbst Holzgewächse machen es den Kräutern nach: Clematis, Alpenrosen (Rhododendron), Weiden (Salix), Knieholzkiefern, Wacholderarten. Der dichte, niedrige Wuchs schützt den Boden vor zu rascher Austrocknung und Abkühlung, er bietet den Stürmen wenig Angriffsfläche, er sammelt Regen wie in einem Schwamm, er erfordert wenig Baustoffe. Wer die Anlage aufmerksam durchsieht, wird die Beispiele noch um zahlreiche andere vermehren können und beim Suchen manches Schöne in Formen und Farben entdecken.

Abholstellen für Wertpakete. Vom 12. Juni ab werden bei den Postämtern 5, 21, 22, 23, 26,35 und im Postgebäude Binderstraße für Empfänger, die ihre gewöhnlichen Pakete durch die Paketbesteller empfangen, Abholstellen für Wertpakete eingerichtet. Die Ausgabestelle in der Ringstraße bleibt bestehen. Von welchem Postamt die Pakete abzuholen sind, ist aus dem der Paketkarte beigefügten Zettel ersichtlich. In der Ausgabe für Wertpakete für regelmäßige Abholer und der postlagernden Wertpakete tritt eine Aenderung nicht ein.

Verlegung des Friedhofsbureaus. Das Friedhofsbureau wird am 16. Juni d. J. von der Neuen ABC-Straße Nr. 13 b nach dem Altenwall Nr. 76, 1. Stock, verlegt und ist an diesem Tage nur für dringende Angelegenheiten geöffnet.

Sonderzug für Heideansiedler. Die Eisenbahndirektion in Hannover gibt bekannt, daß für die Heideansiedler am 9. Juni ein Zug von Schneverdingen nach Hamburg-Altona abgelassen wird und zwar wie folgt: Schneverdingen ab 7 Uhr 38 nachmittags, Wintermoor 7 Uhr 55, Handorf-Welle 8 Uhr 7, Holm-Seppensen 8 Uhr 17, Buchholz 8 Uhr 36, Klecken 8 Uhr 45, Hittfeld 8 Uhr 54, Harburg 9 Uhr 8, Hamburg-Hauptbahnhof an 9 Uhr 34, Altona-Hauptbahnhof an 10 Uhr 3. Es werden zu diesem Zuge nur Reisende zugelassen, die einen Ausweis bei sich führen, daß sie Heideansiedler sind. Dieser Zug wird voraussichtlich bis auf weiteres jeden Sonntag verkehren.

Anmeldung von Schülern und Schülerinnen für die Aufnahme in staatliche höhere Schulen zu Michaelis 1919. Anmeldungen neuer Schüler und Schülerinnen für das Winterhalbjahr 1919/20 werden in der Woche vom 30. Juni bis 5. Juli täglich in den Sprechstunden der Schulleiter entgegengenommen. Anmeldebogen, die zugleich alle Angaben über die vorzulegenden Urkunden enthalten, können schon jetzt beim Pedellen der betreffenden Anstalt in Empfang genommen werden. Die Anmeldung kann in der Anmeldewoche auch schriftlich erfolgen. Erwünscht bleibt jedoch mündliche Anmeldung. Die Reihenfolge der Anmeldungen ist für die Aufnahme der angemeldeten Schüler nicht maßgebend. In die fremdsprachenlosen Michaelis-Sexten der höheren Knabenschulen und siebenten Klassen der Lyzeen werden die Schüler und Schülerinnen der staatlichen Volks- und Vorschulen sowie der prüfungsberechtigten Privatschulen und der privaten Lyzeen nach mindestens dreijährigem erfolgreichen Schulbesuch ohne Prüfung aufgenommen, Schüler aus anderen Privatschulen nach Prüfung. Für die untersten Vorschulklassen und die 10. Klassen der Lyzeen werden Anmeldungen nicht angenommen.

Berichtigung. In unserem Bericht über die Demonstration gegen die Erschießung von Levinés ist dem Genossen Bergmann in den Mund gelegt, daß die Unabhängigenfraktion einen Dringlichkeitsantrag in der Bürgerschaftssitzung einzubringen beabsichtige, dahingehend, daß am Freitag abend sämtliche Cafés und Lokalitäten geschlossen würden. Genosse Bergmann teilt uns berichtigend mit, daß dies nicht den Tatsachen entspricht und er nicht davon gesprochen habe; ihm sei mitgeteilt, daß auf dem Heiligengeistfelde ein solcher Antrag an die Bürgerschaft gestellt worden ist.

In die Höhle des Löwen begab sich ein 20 Jahre alter Zimmerer, der bei einem Einbruch überrascht wurde und sich auf der Flucht vor den Verfolgern befand. Ein auf der Uhlenhorst wohnender Kriminalbeamter hörte zur Nachtzeit einen Schuß fallen und vernahm einen gellenden Schrei. Der Beamte sprang aus dem Bette und öffnete die Wohnungstür, da der Schuß direkt vor dem Hause gefallen war. Während der Kriminalist von Leuten hörte, daß ein verfolgter Einbrecher ins Haus geflüchtet und entkommen sei, drängte sich ein Mann durch die Wohnungstür. Der Unbekannte flüsterte dem Wohnungsbesitzer zu, daß er von Beamten verfolgt würde und bat, sich in der Wohnung verbergen zu dürfen. Der Beamte ließ den Mann in die Wohnung und kleidete sich an, während sich der nächtliche Besucher unters Bett verkroch. Als der Beamte sich völlig angekleidet hatte, nahm er in die eine Hand seine Dienstwaffe, in die andere Hand seine Taschenlampe und leuchtete dem Unbekannten ins Gesicht. Dieser mußte nun aus seinem Versteck in der Wohnung des Kriminalbeamten hervorkommen und den Weg zur Wache antreten. Der Festgenommene ist ein 20 Jahre alter Zimmerer, der vermutlich einen Einbruch in ein Fahrradgeschäft ausgeführt hat, denn während der Flucht vor den verfolgenden Sicherheitsbeamten hatte er zwei neue Fahrräder sowie eine Anzahl Laternen und Fahrradschlüssel im Stich gelassen.

Einbrecher erbeuteten Kaiser Wilhelmstraße 115 Kleidungsstücke und Stiefel im Werte von M 3000. — Am Schulterblatt 106 haben Einbrecher Kleidungsstücke gestohlen. — Aus einer Wohnung in der Hansastraße entwendeten Einbrecher für M 4000 Zigarren, Zigaretten, Kleidungsstücke und Lebensmittel. — Ladenscheibenzertrümmerer waren am Pferdemarkt 42 tätig. Die Täter eigneten sich einen Kassakteppich mit Fransen im Werte von M 1800 an. — Einbrecher haben Bohnenstraße 15 eine Schreibmaschine, Marke „Continental", sowie eine Anzahl Rasierapparate und Fenstervorhänge im Gesamtwerte von M 4000 gestohlen; ferner waren sie tätig Glockengießerwall 16, Königstraße 48, Hopfensack 19 und Hohe Bleichen 28. Es wurden ausschließlich Schreibmaschinen der Marken „Ideal", „Oliver" und „Typewriter" als Beute mitgenommen.

Berliner Autoräuber in Hamburg. Am Freitag nachmittag stellte ein unbekannter Herr das Berliner Auto I A 3549 in die Garage eines Privatdetektivs am Grindelberg ein. Dem Garagenbesitzer kam das verdächtig vor und er benachrichtigte die Kriminalpolizei, die in Berlin telegraphisch anfragte, ob das Auto als gestohlen gemeldet sei. Diese Anfrage wurde heute beantwortet. Da man meldete, daß der Mercedeswagen in Berlin in der Nacht zum 6. Juni gestohlen worden ist, wurde der Autoeinsteller, als er zur Abholung des Wagens erschien, verhaftet.

Als Lebensmittelschwindler und Logisdiebe traten zwei Männer in St. Pauli an die Oeffentlichkeit. Die beiden Männer, von denen der eine Marineuniform, sein Begleiter Infanterieuniform trug, mieteten sich in der Kielerstraße ein Zimmer. Einer Nachbarsfrau versprachen die beiden Lebensmittellieferungen und erhielten von der Frau M 50 im voraus. Der Logiswirtin entwendeten die beiden Uniformierten verschiedene Sachen, die sie sofort zu Geld machten. Als Polizeibeamte zur Festnahme der beiden Diebe und Schwindler erschienen, war der eine bereits auf und davongegangen, während sein Kollege im Zimmer unterm Bett vorgefunden und verhaftet werden konnte.

Zum fünften Mal wieder ergriffen. Wie wir kürzlich mitteilten, gelang es dem Einbrecher Max Rieckmann zum vierten Male zu entweichen. Rieckmann war in Harburg wieder ergriffen worden. In einem unbewachten Augenblick gelang es ihm, durch ein Fenster zu entkommen. Jetzt hat man den Ausreißer in der Wohnung einer Freundin in Borgfelde ermittelt. Da man wußte, daß Rieckmann im Nebenhaus logierte, von dort aber stets, wenn für ihn Gefahr im Verzuge war, über den Balkon vor seiner Behausung in das Heim seiner Freundin kletterte, besetzte man beide Wohnungstüren und drang dann in die Wohnungen ein. R. wurde in der Wohnung seiner Freundin im Kohlenkasten versteckt gefunden. Ob der Einbrecher nun in sicheres Gewahrsam genommen wird?

Ein Zuchthäusler aus dem Zellenwagen entsprungen. Am Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr brach der Zuchthäusler, Bäcker Max Josef Bauer, während der Fahrt aus einem Zellenwagen aus. Es gelang Bauer, den Fußboden des Zellenwagens zu durchbrechen, worauf er an der Borsteler Chaussee aus dem Wageninnern sprang und entkam, in Richtung Groß-Borstel.

Ausgesetztes Kind. Am 29. Mai 1919 ist gegen 7½ Uhr vormittags ein Kind weiblichen Geschlechts, etwa 1½ Jahre alt, bekleidet mit hellblauem Kleidchen, abgetragenem grünen Mantel und roter Stoffkappe, im Hausflur Wilhelminenstraße 71 ausgesetzt worden. Es lag in einem gelblackierten Kinderwagen. Personen, welche über Herkunft und Eltern des Kindes Auskunft geben können, werden gebeten, entsprechende Mitteilungen einem der Polizeibezirksbureaus, oder im Stadthause, Zimmer 48, zu machen. Untergebracht ist das Kind vorläufig im hiesigen Waisenhause.

Hafen und Schiffahrt.

Die Tätigkeit der Hafensicherheitstruppe der Reichsmarinekommandantur der Niederelbe gestaltete sich im Monat Mai wie folgt: Die Hafensicherheitsbehörde stellte im Monat Mai täglich 27 feste Wachen an sämtliche Eingänge zum Freihafen. Sämtliche Zollgrenzen auf den Wasserstraßen wurden durch Mannschaften der Hafensicherheitstruppe verstärkt. An Lebensmittelschiffen wurden bewacht: 23 deutsche, 21 amerikanische, 8 englische, 4 holländische, 4 norwegische, 3 dänische, 2 schwedische und außerdem 23 Kartoffelleichter. Eine große Menge der verschiedensten Lebensmittel sowie Metalle wurden angehalten. Es wurden beschlagnahmt: zirka 1800 kg Mehl, 1000 kg Speck, 600 kg Zucker, 270 kg Reis und außerdem Waffen. 83 Diebstahlssachen wurden an die Polizeibehörde weitergeleitet und 56 Personen der Kriminalpolizei zugeführt.

Altona und Umgegend.

Eine neue Pfingstüberraschung

bringen die Herren Hauswirte den Mietern. Nachdem erst um Weihnachten herum den Mietern eine Heraufsetzung der Mieten auferlegt wurde, die schon damals viel böses Blut bei den Mietern hervorrief, kommen jetzt die Hausbesitzer wieder mit Mietesteigerungen. In kurz und bündigen Erklärungen, wie: „Durch die Zeitumstände gezwungen, erhöhe ich Ihnen usw.", werden die Mieten einfach um 10 oder 15 pZt. erhöht. Wofür die Zeitumstände nicht alles herhalten müssen. Hat man je gehört, daß „durch die Zeitumstände" einmal eine Herabsetzung der Mieten erfolgte, oder daß „durch die Zeitumstände" einmal von den Mietern erklärt worden wäre, wir setzen die Miete um 10 pZt. herab? Wie werden die Arbeiter beurteilt, die „durch die Zeitumstände" gezwungen sind, ihren Lohn zu erhöhen, weil „durch die Zeitumstände" die Lebensmittel rasend teuer geworden sind. Wenn man die Hauspaschas heute hört, so müßte man meinen, wunder wie teuer ihnen die Verwaltung und Erhaltung ihrer Häuser zu stehen kommt. Gerade bei der Mietesteigerung aber zeigt sich der Wucher mit den Wohnungen so offenbar, wie auf kaum einem andern Gebiete. Kann man auf dem Gebiet des Lebensmittelmarktes eine Steigerung der Löhne und der Rohmaterialien, die letzten Endes auch nur auf eine Steigerung der Löhne neben der noch gewaltigeren Profitsteigerung zurückzuführen sind, wohl noch einigermaßen verstehen, so treffen diese Voraussetzungen bei den Wohnungen ja gar nicht einmal oder doch nur in sehr geringem Maße zu. Die Produktionskosten eines Hauses beruhen auf den Lohnverhältnissen und dem Grundstückspreis zur Herstellung der Häuser. Nur zum geringen Teile, nämlich den, der die Verzinsung der Hypotheken und die Erhaltung des Hauses durch Reparaturen erfordert, könnte eine Steigerung gerechtfertigt werden. Das könnte aber schon mit einer geringen Steigerung der Mieten erreicht werden, ohne daß dadurch und immer wieder eine Beunruhigung in die Bevölkerung hineingetragen zu werden brauchte. Es ist einfach ein Spiel mit dem Feuer, wenn jetzt durch die auf dem Wohnungsmarkte bestehende Konjunktur diese durch die Herren Hauswirte derart ausgenutzt wird, daß das Wort Wucher kaum ausreicht, das Gebaren zu kennzeichnen. Schon machen sich Zeichen bei der Bevölkerung bemerkbar, die einer organisierten Verweigerung der Mietezahlung überhaupt das Wort reden. Hüte man sich, mit dem Feuer allzu sehr zu spielen. Es könnte denjenigen, die die Situation für ihre Taschen jetzt ausnützen wollen, doch vielleicht einmal später sehr leid tun, den Bogen allzu straff gespannt zu haben.

Die Butter für die nächste Woche, 70 Gramm pro Kopf, kann infolge der Pfingstfeiertage erst am Donnerstag, 12. Juni, bei den Händlern entnommen werden.

Arbeiter-Turnverein „Fichte", Abteilung Altona. Am Freitag, 13. Juni, beginnt in der Schulturnhalle der dritten Knabenschule in der Arnkielstraße unser Turnbetrieb wieder. Alles nähere ist aus einer Anzeige im heutigen Anzeigenteil des „Echo" zu ersehen.

Einbruchsdiebstähle. Gestohlen wurden von einem Boden in der Humboldtstraße elf Autoschläuche und mehrere Autodecken im Gesamtwerte von M 3000 sowie aus einer Fettwarenhandlung in der Hamburgerstraße 225 Pfund Butter, 80 Pfund Talg, 30 Pfund Mehl, ein Tranchiermesser und zwei Butterstecher im Gesamtwerte von M 2500.

---

e. **Stellingen-Langenfelde.** Die Ausgabe der Fleischkarten erfolgt in der Kartenausgabestelle (Ratskeller) am 10. Juni von 9—10 Uhr für Bezirk 1, von 10—11 Uhr für Bezirk 2, von 11—12 Uhr für Bezirk 3, am 11. Juni von 9—10½ für Bezirk 4, von 10½—12 für Bezirk 5, am 12. Juni von 9—10½ für Bezirk 6, von 10½—12 für Bezirk 7, am 13. Juni von 9 bis 10½ für Bezirk 8, von 10½—12 für Bezirk 9. — Für die nächste Woche kommen 5 Pfund Kartoffeln zur Verteilung.

e. Gaseinschränkung. Die Gaslieferung von Altona nach hier erfolgt bis auf weiteres nur 10 Stunden täglich. Die Gasabgabe für Stellingen und die angeschlossenen Gemeinden findet deshalb morgens von 5—8 Uhr, mittags von 10—1 Uhr und abends von 6,30 bis 10,30 Uhr statt.

e. **Lokstedt.** Einen nächtlichen Kampf mit Einbrechern hatte die hiesige Einwohnerwehr kürzlich zu bestehen. Etwa drei bis vier Männer hatten einen Einbruch in die Verkaufsstelle der „Produktion" in Eppendorf ausgeführt, wobei sie zwei Faß Butter und einige Sack Mehl erbeuteten. Den Raub versteckten sie in den nahen Lauben einer Schreberkolonie. Mit einem Sack Mehl gingen sie über die Grenze auf Lokstedter Gebiet, wo sie auf eine Patrouille der Einwohnerwehr stießen. Als die Einbrecher von der Patrouille angerufen wurden, warfen sie den Sack Mehl von sich und eröffneten sofort das Feuer. Daraufhin machte die Patrouille von ihren Schußwaffen Gebrauch und verletzte den einen Einbrecher in den Oberschenkel schwer. Der Verletzte wurde dem Eppendorfer Krankenhause übergeben; dort ist er seiner Verwundung erlegen. Die geraubten Waren wurden der „Produktion" wieder zugestellt.

e. Eine Einbrecherbande hatte kürzlich nachts einen Raubzug in das einsam am Gehölz gelegene Restaurant „Waldeslust" geplant. Nachdem die lichtscheuen Gesellen zunächst von außen die Telephon- und die elektrische Lichtleitung durchschnitten hatten, entfernten sie ein Kellerfenster und stiegen in das Haus ein. Hier jedoch wurden sie durch einen großen Hund an der Ausführung ihres Vorhabens verhindert. Die Einbrecher machten den Hund durch Kugelschuß in ein Hinterbein kampfunfähig, sahen alsdann aber doch das Nutzlose ihres Planes ein, überkletterten schleunigst eine hohe Planke am angrenzenden Mutzenbergschen Park und entkamen durch diesen in das Niendorfer Gehölz.

e. **Niendorf.** Die Ausgabe der Reichsfleischkarten erfolgt gegen Rückgabe der Stammkarte im Gemeindeamt vormittags von 8—12 Uhr an die Inhaber der Karten Nr. 1 bis 250 am 10. Juni, Nr. 251—500 am 11. Juni und Nr. 501 bis 750 am 12. Juni 1919.

Wandsbeck und Umgegend.

Zur Beachtung! Im Anzeigenteil sind Bekanntmachungen, betreffend „Sonderzuteilung", „Umsatzsteuerordnung" und „Koksverkauf", abgedruckt, auf die wir unsere Leser auch an dieser Stelle hinweisen möchten.

s. **Meldepflicht zur hamburgischen Gemeindeeinkommensteuer.** Die Steuerdeputation weist darauf hin, daß ihre Bekanntmachung vom 2. Juni 1919 über die Meldung zur Gemeindeeinkommensteuer der Stadtgemeinde Hamburg sich nur erstreckt auf Personen, die, ohne in der Stadtgemeinde Hamburg einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt zu haben, aus einer in der Stadt Hamburg ausgeübten, auf Erwerb gerichteten Tätigkeit ein Jahreseinkommen von mehr als M 6000 beziehen.

s. **Straßenbahn.** Im städtischen Interesse ersuchen wir alle Fahrgäste, die in die Straßenbahn auf Wandsbecker Gebiet einschl. der Haltestelle Hammer-Holstenstraße einsteigen, darauf zu bestehen, daß sie Wandsbecker Fahrkarten ausgehändigt erhalten. Diese sind entweder mit „Wandsbeck" oder mit einem übergedruckten W bezeichnet.

s. **Sommerfahrplan.** Wegen Verbesserung des Sommerfahrplans ist der Verkehrs-Verband Hamburg-Oldesloe bei der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Direktion vorstellig geworden. Die Direktion gestand auf dringende Forderung zu, den 5 Uhr 30 Min. früh ab Hamburg fahrenden Zug außer in Wandsbeck auch in Alt-Rahlstedt und Ahrensburg zum Aussteigen freizugeben. Hinsichtlich der unhaltbaren Zustände auf dem Bahnhof Alt-Rahlstedt wurde empfohlen, einen Niedergang zum Tunnel anzustreben. Die Ausführung des Projekts wird schon für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

s. **Dachstuhlbrand.** In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend entstand um 3½ Uhr Litzowstr. 43 ein größerer Dachstuhlbrand. Während der Gebäudeschaden M 20 000 beträgt, fiel dem Feuer auch Mobilier im Werte von M 4500 zum Opfer, an dem zwei Familien beteiligt sind.

---

t. **Bramfeld.** Der Sozialdemokratische Verein von Bramfeld und Umgegend veranstaltet am ersten Pfingsttage ein Vergnügen, verbunden mit Konzert, Tanz, Preiskegeln, Tombola und Kinderbelustigungen, im Lokale „Wilhelmstal" in Hellbrook, Kaiser Friedrichstraße 40. — Das Fest beginnt um 3½ Uhr nachmittags. Preis der Karte M 1.

t. Säuglingskarten gibt die Lebensmittelkommission am Mittwoch, 11. Juni, von 9—12 Uhr vormittags in der Geschäftsstelle aus.

t. Hühnerfutter wird am Mittwoch, 11. Juni, von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags beim Futterhändler Kählcke ausgegeben. Es gibt ein Pfund für jedes Huhn.

t. Eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung findet statt am Dienstag, 10. Juni, abends 8 Uhr, im Sitzungssaale des Verwaltungsgebäudes.

Schiffbeck. Steuerhebetermine. Die Steuern für April bis Juni sind vom 10. bis 16. Juni an die Gemeindekasse, Hamburgerstraße 40, zu zahlen. Es wird wiederholt gebeten, Zahlungen am Kassenschalter abgezählt bereit zu halten, andernfalls auf eine Abfertigung nicht gerechnet werden kann. Die Steuerhebung findet statt vormittags von 9 bis 12 Uhr.

Mittwoch, nachmittags von 1 bis 3 Uhr, wird bei Herrn Jenkel Pferdefutter für gewerbliche Pferde ausgegeben.

Die Schiffbecker Hebammen machen bekannt, daß sie sich wegen der jetzt herrschenden Teuerung genötigt sehen, von jetzt an zu berechnen: Mindestgebühr für eine Geburt mit Besuchen M 40, für eine Fehlgeburt mit Besuchen M 25, für alle anderen Verrichtungen 50 pZt. Aufschlag auf die Sätze der Gebührenordnung vom 20. März 1918.

Wellingsbüttel. Am Mittwoch, 11. Juni, abends 8 Uhr, findet bei Johann Dietrichs, „Grüner Jäger", eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt. Tagesordnung: 1. Was geht in Wellingsbüttel in der Partei vor? Referent Genosse Wentzel, Hamburg. 2. Bericht des Arbeiterrats. 3. Verschiedenes. Wir bitten die Genossen, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

t. **Alt-Rahlstedt.** Aus der Gemeindevertretung ist u. a. folgendes zu berichten: Ueber die Lustbarkeitssteuer erstattete die Finanzkommission ausführlichen Bericht. Danach soll künftig bei jeder Festlichkeit, ganz gleich, ob sie öffentlich oder in geschlossener Gesellschaft veranstaltet wird, eine Steuer erhoben werden, die nach der Zahl der verkauften Eintrittskarten berechnet wird, eventuell nach der Zahl der Besucher. Die Vertretung nahm den Kommissionsentwurf einstimmig an. — Ein Antrag des hiesigen Männer-Turvereins, in dem verlangt wird, daß die Turnhalle endlich wieder ihrem eigentlichen Zwecke zugänglich gemacht wird, fand Annahme. Der Schulvorstand forderte deshalb die Versorgungsstelle 3 auf, die Turnhalle von den dort lagernden Kartoffelvorräten zu räumen. — Der Vorsitzende legte ein Schreiben der hiesigen Milchhändler vor, in dem Protest dagegen erhoben wird, daß sie die übrigbleibende Vollmilch in der Holstenmeierei abliefern sollen. Die Milchhändler ersuchen deshalb die Vertretung, sie in dieser wichtigen Existenzfrage und in dem Bestreben, für die Milchversorgung der Einwohnerschaft zu sorgen, zu unterstützen. Die Vertretung erkannte diese Gründe an und beschloß sich dem Protest anzuschließen.

Hamburger Landgebiet.

Bergedorf. Unter dem Vorsitz des Landherrn Senator Stubbe fand im Hamburger Rathaus die erste Sitzung der von den Gemeindevertretungen der beteiligten elf Gemeinden Moorfleth, Reitbrook, Curslack, Altengamme, Allermöhe, Ochsenwärder, Tatenberg, Spadenland, Neuengamme, Kirchwärder und Ost-Krauel gewählten Vertreter des zu gründenden Zweckverbandes für Versorgung des Landgebiets mit elektrischer Energie statt. Man kam darin überein, daß die Versorgung mit Elektrizität für Licht- und Kraftzwecke durchaus notwendig sei. Die Beleuchtung für die Straßen würde jedoch zu teuer werden, da sich die Kosten auf M 5,50 auf den Kopf der Bevölkerung stellen. Sämtliche Gemeinden erklärten sich außerstande, diese Verpflichtungen zu übernehmen. Man war der Ansicht, entweder auf Straßenbeleuchtung zu verzichten, oder eine Beihilfe aus Staatsmitteln zu beanspruchen. Es wurde beschlossen, den zu wählenden Vorstand mit den nötigen Verhandlungen zu beauftragen und bei den Gemeindeversammlungen die Bewilligung von zunächst 10 ₰ pro Kopf zu beantragen.

n. Bergedorf. Die Arbeitslosen haben an Magistrat und Bürgervertretung den nachfolgenden Antrag gerichtet: 1. Anerkennung des Erwerbslosenausschusses als berufene Vertretung der Erwerbslosen durch den Magistrat und die Bürgervertretung; 2. ein Vertreter des Ausschusses hat an allen die Arbeitslosenfrage und Arbeitsbeschaffung behandelnden Sitzungen stimmberechtigt teilzunehmen, während er bei anderen Sitzungen als beratendes Mitglied zu betrachten ist; 3. des ferneren fordern die Erwerbslosen die Genehmigung der Kontrolle aller im Arbeitsamt befindlichen Abteilungen und der Stempelstelle durch den Ausschuß; 4. Befreiung von der Abstempelung der Kontrollkarte für die Mitglieder des Ausschusses; denselben darf Arbeit nur auf eigenen Wunsch zugewiesen werden. Sie erhalten neben ihrer Unterstützung eine Entschädigung von pro Tag M 2 und Erstattung sämtlicher Auslagen; 5. Tragen der Kosten der Geschäftsführung des Erwerbslosenausschusses durch den Magistrat. — Wie wir hören, hat die Arbeitslosenkommission den zweiten Punkt ihres Antrages jetzt dahingehend abgeändert, daß die Arbeitslosen sich auf Sitz und Stimme im Arbeitsamt beschränken.

n. Beschlagnahmtes Fleisch. Die „hungernden Kreise" im Villenviertel mit einem saftigen Pfingstbraten zu versorgen, hatte der Viehhändler Lange in der Blumenstraße unternommen. Der Arbeiterrat war jedoch hinter diese Schliche gekommen und ließ am Donnerstag abend einen eben geschlachteten Ochsen beschlagnahmen. — Auch in Wentorf wurde bei einem Pferdeschlachter eine größere Menge Fleisch, das ebenfalls von einem kurz zuvor geschlachteten Stück Vieh stammt, durch den Gendarmen beschlagnahmt. Das Fleisch wurde den zuständigen Behörden zur Verteilung überwiesen.

n. Eine Versammlung von Magistrat und Bürgervertretung findet am Donnerstag, 12. Juni, abends 7½ Uhr, im Sitzungssaale des Stadthauses statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Neuwahl der ehrenamtlich tätigen Magistratsmitglieder und die Stellungnahme zur Eingemeindungsfrage und Bürgermeisterwahl.

n. Der Sozialdemokratische Verein Bergedorf hält am Dienstag, 10. Juni, abends 7½ Uhr, in der Aula der Stadtschulen, Hessestraße, eine Mitgliederversammlung ab. Die wichtigen Punkte der Tagesordnung, Eingemeindungsfrage und Bürgermeisterwahl, dürfte allen Parteigenossen sicherlich Veranlassung geben, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind am Eingang vorzuzeigen.

n. Lebensmittelverteilung. Soweit im voraus bestellt, werden in der Woche vom 8. Juni bis 14. Juni seitens der Stadt verteilt: 30 g Butter (pro Pfund M 8,34), 30 g Margarine (M 2,16), 150 g Haferflocken (62 ₰), 500 g Kunsthonig (80 ₰) und 4 Pfund Kartoffeln (12 ₰). Ferner werden in beliebiger Menge Dörrweißkohl (M 2,20), Dörrwirsingkohl (M 2,52), Dörrgrünkohl (M 2,80) und Sauerkraut (25 ₰) bei sämtlichen Händlern und in „Stadt Lübeck" Dienstags von 9 bis 12 Uhr vormittags ausgegeben. — Zusatzkarten auf Mehl werden für den Ausgabebezirk Bergedorf am Mittwoch, 11. Juni, von 9 bis 12 Uhr und von 1 bis 4 Uhr gegen Vorlage von Brot- und Säuglingskarten verabfolgt.

Finkenwärder. Gegen die Erhöhung der Fahrpreise der Hafen-Dampfschiffahrt-Gesellschaft nahm eine von der Gemeindevertretung eingeladene Versammlung der Einwohner von Finkenwärder Stellung. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die Versammlung der Einwohner von Finkenwärder spricht der Gemeindevertretung ihren Dank aus für die feste Haltung, die sie der H.-D.-A.-G. gegenüber bei der Erhöhung der Fahrpreise eingenommen hat. Sie steht geschlossen hinter ihr und hält am Vertrage fest."

Harburg und Wilhelmsburg.

w. **Pfingstvergnügungen.** Die sozialdemokratische Partei Wilhelmsburg hält am ersten Pfingsttage in den Lokalen Strunk am Sperlsdeich, J. Sonneborn-Georgswärder und J. Wettern Ww., Reiherstiegdeich, ihre Pfingstvergnügen ab, wozu wir unsere Freunde und Gönner, Parteigenossen und Genossinnen herzlichst einladen. Außerdem findet am Morgen des ersten Pfingsttages bei Wettern im Garten ein Frühkonzert statt, wobei bemerkt sei, daß bei ungünstiger Witterung im Saal Tanz veranstaltet wird. Hoffen wir, daß sich die Sonne bis morgen aus dem in den letzten Tagen so verdeckten Himmel durchringt und uns ein wirkliches Pfingstwetter beschert, ohne das eine wahre Pfingststimmung nicht aufkommen kann.

w. **Lebensmittel** gibt es in Wilhelmsburg in der kommenden Woche wie folgt: Brot: wie in der Vorwoche, 2000 Gramm und 170. Zucker: wie in der Vorwoche, 175 Gramm. Nährmittel: 150 Gramm Suppenwürze auf die Marke „Grieß" und 125 Gramm Graupen auf die Marke „Graupen". Es kosten: Gerstensuppen 83 ₰, Graupen 44 ₰ pro Pfund. Amerikanisches Weizenmehl und Speck: Ist noch nicht eingetroffen. Sofort nach Eintreffen erfolgt besondere Bekanntmachung. Zusatznährmittel: Für Kinder im ersten Lebensjahre ½ Pfund Nährmittel. Die Kinder im zweiten Lebensjahre erhalten auf die Marke 7 der grauen 1 Liter-Vollmilchkarte je 1 Pfund Nährmittel bei den Krämern, die Nährmittel für Kranke und Kinder führen, für die Zeit vom 8. Juni bis 21. Juni 1919. Butter: 70 Gramm, Selbstversorger 100 Gramm. Aufstrich: 300 Gramm für die Zeit vom 8. Juni bis 21. Juni 1919. Marmelade kostet M 1,30 pro Pfund. Magermilch und Buttermilch: 1 Liter je Person und Woche, soweit Vorrat reicht. Vollmilch: Die auf den Milchkarten angegebene Milchmenge, soweit Vorrat. Fleisch: Bekanntmachung erfolgt noch.

w. **Beurlaubt.** Der Bezirksvorsteher für den Bezirk Reiherstieg ist bis zum 28. Juni beurlaubt. Er wird während dieser Zeit von seinem Beigeordneten, Bäckermeister Ivers, Reiherstiegdeich 196, vertreten.

w. **Kein Ersatz für verlorene Marken oder Warenbezugskarten.** Wie der Bürgermeister in Wilhelmsburg mitteilt, mehren sich hier wieder die Fälle, in denen Ersatz für verloren gegangene Warenmarken oder Warenbezugskarten beantragt wird. Es wird deshalb erneut darauf hingewiesen, daß Ersatz in keinem Falle gegeben werden kann. Jeder möge also vorsichtig mit seinen Bezugskarten umgehen.

Bodeneinbruch. In der Freihafenstraße in Neuhof wurde die Bodenkammer eines Arbeiters erbrochen und Wäsche im Werte von M 650 daraus gestohlen.

w. Seinen Verletzungen erlegen. Der Schrankenwärter Kanzler in Harburg, der, wie wir berichteten, bei dem Zusammenstoß eines Automobils mit einer Lokomotive am Bahnübergang in der Schloßstraße schwer verletzt wurde, ist seinen erlittenen Verletzungen im Krankenhause erlegen.

Schleswig-Holstein.

Segeberg. Eine große Demonstration gegen Schleichhandel und Wucher wurde vom hiesigen Gewerkschaftskartell und der sozialdemokratischen Partei veranstaltet. In einer Entschließung, die eine Kommission dem Bürgermeister und dem Landrat überreichte, wurde u. a. schärfere Kontrolle der drei hiesigen Bahnhöfe, Bekämpfung des Schleichhandels mit den höchsten zulässigen Strafen, Versorgung der Einwohner mit Brennmaterial, sofortige Ausweisung aller Badegäste, die Wucherpreise zahlen oder Schleichhandel treiben, Schließung der Hotels und Pensionate auf drei Monate, wenn sie Lebensmittel ohne Karten abgeben, Ueberwachung der Milchversorgung, sofortiger Bau von Wohnungen und Anerkennung einer von der Arbeiterschaft gewählten Kommission, die in Verbindung mit der Polizei befugt ist, dort Haussuchungen abzuhalten, wo Schleichhandel und Hamsterlager vermutet werden. Der Bürgermeister und Landrat erklärten sich mit den Forderungen einverstanden und sagten Abhilfe zu.

Mecklenburg.

s. **Erleichterungen im mecklenburgischen Bäderverkehr.** Nach einer Mitteilung des Schweriner Ministeriums des Innern vom 31. Mai ist Ortsfremden der Aufenthalt in mecklenburgischen Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen sowie in Orten mit weniger als 6000 Einwohnern zu Erholungszwecken gestattet, wenn der Aufenthalt gesundheitlich notwendig ist. Eine Einreichung des amtsärztlichen Zeugnisses beim Landesgesundheitsamt in Schwerin ist nicht mehr erforderlich. Auch die bisher vorgeschriebene Beschränkung des Aufenthalts auf vier Wochen ist nicht mehr vorhanden. Eine weitere Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 3. d. M. bestimmt, daß vom 1. Juli ab in den obenbezeichneten Orten ein Aufenthalt bis zu vier Wochen genommen werden darf, ohne daß ein amtsärztliches Zeugnis notwendig ist.

Arbeiterbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Streik in der Instrumentenbranche!

In der Hofpianofortefabrik von Fr. Helmholz, Glockengießerwall 25/26, sind die Polierer, Stimmer und Techniker wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Die Firma konnte sich trotz hoher Gewinne während des Krieges, trotz gesteigerter Absatzpreise in der jetzigen Zeit nicht entschließen, die Löhne ihrer hochqualifizierten Arbeiter den teuren Lebensverhältnissen anzupassen. Ein Lohn von M 2,16 pro Stunde ist ein durchaus ungenügender Lohn für diese Kategorien von Arbeitern. Der Betrieb ist deshalb gesperrt!

Polierer, Stimmer und Techniker, meidet diesen Betrieb!

Deutscher Holzarbeiterverband, Zahlstelle Hamburg.

Sprechsaal.

Achtung! Erwerbslose! Der Kursus in Nationalökonomie findet am Dienstag, 10. Juni, nachm. 4 Uhr, in der Großen Theaterstraße 44, 4. Stock, statt. Der Bildungsausschuß des Hamburgischen Arbeitsamtes.

Spielklub Vorwärts, Groß-Borstel. Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes. Alle ehemaligen Mitglieder vom Spielklub Vorwärts und alle Freunde des Sports machen wir darauf aufmerksam, daß wir unsern Spielbetrieb wieder aufgenommen haben. Durch den schweren Verlust vieler treuer Mitglieder unseres Vereins sind wir bestrebt, mit allen Mitteln unsern Spielklub wieder ins alte Geleis zu bringen. Wir bitten daher alle Freunde, Gönner und Genossen um recht rege Beteiligung und zahlreiches Erscheinen zu unsern Veranstaltungen. Erstmalige Versammlung und Neugründung am Dienstag, 10. Juni, 8 Uhr abends, im Lokale P. Dose, Groß-Borsteler-Chaussee 103/105. Der Vorstand.

Einwohnerwehr! Wie nötig es ist, daß sich unsere Genossen mehr an der Einwohnerwehr beteiligen müssen, mag folgendes beweisen: Am Mittwoch, 4. dieses Monats, fand im Realgymnasium Armgartstraße eine Zusammenkunft der sich zur obengenannten Wehr Gemeldeten und Wahl der Gruppenführer statt. In dieser Zusammenkunft beklagte sich einer der ziemlich rechtsstehenden Herren, daß noch keine Waffenscheine bezw. noch keine Waffen zur Verteilung gekommen wären, und was noch weit wichtiger sei, daß keine Schießübungen stattfänden, damit diejenigen, die noch kein Gewehr oder keinen Revolver in der Hand gehabt haben, diese auch zu handhaben wissen, denn sie wollten doch keine Löcher in die Luft schießen, sondern auch diejenigen treffen, worauf sie angelegt haben. Nach stattgefundener Wahl hörte ich, wie der neugebackene Gruppenführer diesem Herrn das Versprechen gab, dafür sorgen zu wollen, daß man eventuell nach dem Schützenhof pilgern könne, um hier die Schießübungen abzuhalten. Ich bin nun der Meinung, um Schützenfeste zu veranstalten, ist die Zeit zu ernst und kostbar, und letzten Endes auch die Einwohnerwehr nicht berufen. Und mögen diese blutrünstigen Herren, die da meinen, wenn sie auf einen Menschen anlegen, auch sicher treffen zu müssen, auf eigene Kosten sich diese Fähigkeiten aneignen, und nicht auf Staatskosten. Können sie das nicht und reichen diese nicht aus, dann mögen sie zu Hause bleiben. Unsere Genossen mögen hieraus die Lehre ziehen, daß es notwendig ist, sich möglichst zahlreich an der Einwohnerwehr zu beteiligen.

Chr. Lorenzen, Hohenfelde, Mühlendamm 47b, I.

Neueste Nachrichten.

Ende des Proteststreiks in Berlin.

WTB. **Berlin**, 7. Juni. Nachmittags um 4 Uhr nahmen die Straßenbahnen den Verkehr wieder auf. Der Proteststreik ist überall ruhig verlaufen. Gestern abend erfolgte die Betriebseinstellung der Postämter. Sie ist lediglich darauf zurückzuführen, daß die Beamten teilweise weite Wegstrecken laufen mußten, und deshalb vorzeitig zu entlassen waren. Morgens wurde der Schalterdienst überall vollständig aufgenommen. Verschiedene Abendblätter konnten wieder erscheinen.

Kritik der englischen Politik.

WTB. Rotterdam, 7. Juni. In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 6. Juni erklärte, wie der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" aus London meldet, der liberale Führer McLean, die Härte der Blockade falle auch auf diejenigen nieder, die für die im Kriege begangenen Ungerechtigkeiten nicht verantwortlich seien. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Blockade so bald wie möglich behoben wird. McLean kritisierte scharf die Politik der englischen Regierung in Rußland und erklärte, wenn man Koltschak unterstützt habe, weil er siegreich zu sein schien, habe man anscheinend auf das falsche Pferd gesetzt. In seiner Rechtfertigungsrede sagte Churchill, daß England keine unabhängige Aktion in Rußland unternehme, sondern daß die Politik gegenüber Rußland in gemeinsamer Erwägung mit den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Japan fortgesetzt werde.

Briefkasten.

Mehrere Einwohner, Canalstraße. Wenden Sie sich umgehend an das Mieteamt im Oberlandesgerichtsgebäude.

Bartels 36. Erster Vorsitzender des Mieterrats St. Pauli ist E. Morgenroth, Sternstraße 115, IV.

E. B. 16. Maschinenstickerinnen sind im Verband der Schneider organisiert. Geschäftsstelle: Gewerkschaftshaus, 2. Stock.

A. W. 20. Wenden Sie sich an den Hamburgischen Landesausschuß für Kriegsbeschädigte, Mönckebergstraße 7 (Levantehaus).

Alter Abonnent. Nach dem Gesetz vom 19. Juni 1918 (Erhöhung des Wassergeldes um 4 Pfennig) und dem Gesetz vom 3. Februar 1919 (Erhöhung des Wassergeldes um weitere 5 Pfennig) ist der Vermieter berechtigt, diesen Mehrbetrag sich von dem Mieter ersetzen zu lassen.

Eine besorgte Kriegerfrau 143. Wenden Sie sich an das Rote Kreuz, Ferdinandstraße 75.

Hörste 12. Nach § 54 der Strafprozeßordnung kann jeder Zeuge die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihm selbst oder einem seiner Angehörigen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuziehen würde. — Die Tatsache, auf welche der Zeuge die Verweigerung des Zeugnisses stützt, ist auf Verlangen glaubhaft zu machen. Es genügt die eidliche Versicherung des Zeugen.

B. G. Ja; vorausgesetzt, daß das Einkommen mindestens 1000 Mk. beträgt.

Quittung.

Für das deutsche Hilfswerk für die Kriegs- und Zivilgefangenen gingen bei uns folgende Beträge ein: E. D. M 5. Gustav Rink, Ankelmannstraße 4, M 5. Otto L. Heitgreß, 2. Rate, M 20. Zusammen M 30. Vorher quittiert M 4240,03. Summa M 4270,03.

Die Expedition des „Hamb. Echo".

Versammlungs-Kalender.

Dienstag, 10. Juni. Sozialdemokratischer Verein Barmbeck, Frauen-Mitgliederversammlung (Heine-Abend), 7½ Uhr, Mause, Schleidenplatz. — Metallarbeiterverband, arbeitslose Bauschlosser von Hamburg, Altona und Wandsbeck, nachmittags 3 Uhr, Gewerkschaftshaus, Wandelhalle.

☞ Des Pfingstfestes wegen erscheint die nächste Nummer Dienstag nachmittag.

Hierzu eine Beilage.

Margherita Lohse
Emil Dittmann
Verlobte
Altona Hohenstein-Er.
Pfingsten 1919

Die Verlobung ihrer Tochter **Alma** mit Herrn **Heinrich Mumme** zeigen ergebenst an
Joh. Staak u. Frau.
Pfingsten 1919.

Statt Karten
D. Zacharias
H. Cathor
Verlobte
Pfingsten 1919

Statt Karten.
Alma Boldt
Hans Rahl
Verlobte.
Pfingsten 1919.

Marie Ahmling
Ernst Peemöller
Verlobte.
Innien. Wandsbeck.
Pfingsten 1919.

Elsa Hoff
Gustav Böhm
Verlobte.
Pfingsten 1919.

Frida von Borstel
Wilh. Koch
Verlobte.
Hamelwörden, zurz. Hamburg. Hamburg.
Pfingsten 1919.

Elsa Mussfeldt
Hans Thiem
Verlobte.
Pfingsten 1919.
Fuhlsbüttel. Barmbeck.

Minna Lühr
Willy Trieglaff
Verlobte.
Hamburg, 8. Juni 1919.

Verlobte:
Minna Kölln
Hans Mronga.
Pfingsten 1919.
Hamburg. Wandsbeck.

Statt Karten.
Ella Gottsche
Albert Krosz.
Verlobte.
Hamburg, d. 9. Juni 1919.

Erna Meißner
Arthur Imbeck
Verlobte.
Hamburg — Pfingsten 1919.

Elfriede Becker
Theodor Knickrehm jr.
Verlobte.
Hamburg, 9. Juni 1919.

Statt Karten.
Mathilde Oellerich
Hubert Pischel
Verlobte.
Wilhelmsburg,
8. Juni 1919.

Statt Karten.
Johanna Brinckmann
Hans Fricke
Verlobte.
Ottensen. Eimsbüttel.
Pfingsten 1919.

Als Verlobte empfehlen sich:
Minna Heinrich
verw. Freyer
Heinrich Oberdieck
Pfingsten, 8. Juni 1919.

Bertha Dekarski
Richard Luth
Verlobte.
Pfingsten 1919.

Meta Francke
Richard Grieger
Verlobte.
Hamburg. Soldin i. M.
Pfingsten.

Käthe Buhr
Rudolf Best
Verlobte.
Hamburg. Pfingsten 1919.
Zurzeit Bremen-Thedinghausen.

Als Verlobte empfohlen sich:
Emma Köhnk
Wilhelm Grönholm
Pötrau Hamburg
Pfingsten 1919.

Emmi Dürr
Emil Hamer
Verlobte.
Hamburg,
Pfingsten 1919.

Martha Bohlick
Rudolf Ellerbrock
Verlobte.
Eilbeck. Hamburg.
Schellingstraße 24, I.
Pfingsten 1919.

bizzi Dieckmann
Carl Müssig
Verlobte.
Hamburg, Pfingsten 1919.

Martin Diermißen
Dorothea Diermißen
verw. Nölting, geb. Meyer
Vermählte

Artur Rohde
Karoline Rohde
geb. **Bohnsack**
Vermählte.
Hamburg, 5. Juni 1919.

Das frohe Fest der Silber-Hochzeit begehen am 10. Juni 1919 unsere lieben Eltern
A. Dau u. Frau, geb. Sievers.
Dieses zeigen an **Die Kinder.**

Infolge einer im Dezbr. auf dem Rücktransport aus Rußland zugezogenen Armvergiftung ist mein lieber Mann und treu sorgender Vater
Alb. Sommer
im Alter von 38 Jahren am Freitag, 6. Juni, nach einem schweren, schmerzensreichen Krankenlager verstorben.
In tiefer Trauer:
Frau Sommer Wwe, nebst seinen drei unmündigen Söhnen.
Die Beerdigung findet am Dienstag, 10. Juni, vom Lazarett Altona, Kl. Gärtnerstr., aus statt.
Etwaige Kranzspenden erbitte dorthin.

Liedertafel Matanza von 1895.
Hierdurch erfüllen wir die traurige Pflicht, das Ableben unseres langjährigen Sangesbruders
Wilh. Behn
anzuzeigen.
Die Einäscherung findet am Montag, 9. Juni, mittags 1 Uhr, im Krematorium statt.

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Mutter sage ich allen Verwandten und Bekannten, sowie den Arbeitskollegen u. dem Beerdigungsübernehmer Herrn **Gremmer** für die schöne Ausführung meinen herzlichen Dank.
Karl Dittmer.

Statt besonderer Anzeige.
Am 6. Juni entschlief nach langer, schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, Schwager und Onkel, der Schmiede-Invalide
Friedrich August Hildebrandt
im 74. Lebensjahre.
In tiefer Trauer:
Frau Marie Hildebrandt Wwe.
Hugo Hildebrandt u. Familie, Halstenbeck.
Otto Hannemann u. Familie, Farmsen.
Otto Hildebrandt u. Familie, Hamburg.
Willi Hildebrandt u. Familie, Celle bei Hannover.
Beerdigung am Montag, 9. Juni, vormittags 11 Uhr, von der 7. Kapelle in Ohlsdorf.

Nachruf
zum Sterbetage unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes und Bruders
Edmund Gerhardt
gefallen am 10. Juni 1918.
Wenn Liebe könnte Wunder tun
Und Tränen Tote wecken,
So würde Dich, geliebter Sohn,
Nicht fremde Erde decken.
In schmerzlicher Erinnerung:
Oskar Gerhardt und Frau, geb. Bernitt, und seine Brüder Oskar und Carl.

Nach langem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden entschlief heute sanft meine liebe, herzensgute Frau, unsere treusorgende Mutter
Minna Warning,
geb. **Oldenburg,**
im 41. Lebensjahre.
In tiefer Trauer:
Heinrich Warning
nebst Kindern.
Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von Kapelle 9 des Ohlsdorfer Friedhofes aus statt.
Besichtigung am Dienstag, nachm. 3 Uhr, in der Wohnung, Ausschläger Billdeich 33, III.

Danksagung.
Für die mir erwiesene herzliche Teilnahme und die überaus reiche Kranzspende anläßlich der Bestattung meines lieben, unvergeßlichen Mannes
Otto Sahling
sage ich hierdurch allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere den Herren Inhabern, dem Kontorpersonal, d. Kontrolleuren, Arbeitern u. Kutschern d. Firmen **Bein & Kruse, J. C. W. Dabelstein Söhne, Norin & Co.,** d. Einwohnern u. Nachbarn, sowie dem Herrn Pastor **Beneke Dr.** für die trostreichen Worte am Sarge und dem Beerdigungsübernehmer Herrn **Freiberg** für die feierliche Ausstattung meinen tiefgefühlten Dank.
Frau Henny Sahling Wwe.,
Pröbenweg 45.

Für die uns anläßlich unserer Silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Verwandten, Nachbarn, sowie den Kollegen u. Beamten d. Kupferschmiede I u. II der Fa. Blohm & Voß unsern herzlichsten Dank.
Horst Herford
und **Frau,** geb. **Neu.**

G. M. Beul, Sarg-Magazin.
Uebernahme von Beerdigungen.
Früher: Jacobstr. 52, 54, 56, jetzt: Venusberg 33.
Fernspr.: Vulkan 1005.
Inh. Ed. Grönhagen & Spottke.

Trauer-
Kleider, Jackenkl., Blusen, Röcke, Unterröcke, Hüte, Schleier, Trauerflore etc.
Auswahlsendung sofort.
Teleph. Hansa 1021, 1022, 1023.
Robinsohn
Neuerwall 25/33

Adolf Simon
Behandlung von Nerven- u. Gemütsleiden, nervöse Herz-, Magen-, Kopfleid., Zittern rc.
mit **Suggestion** und **Magnetismus.**
Altona, Kl. Gärtnerstr. 167, b. Holstenbahnh. Sprechz. 4-8 U.

Nach langjähriger Assistententätigkeit a. d. Universitäts-Augenklinik Heidelberg habe ich mich hier als
Augenarzt
niedergelassen und übe meine Praxis im Hause des verstorbenen Augenarztes **Dr. Weiland, St. Pauli, Annenstr. 26,** aus.
Sprechstunden vorläufig nur **9—10 Uhr vormittags.**
Dr. med. Ludwig Ruben.

Arbeitsmarkt

Möbeltischler
gesucht.
Bornholdt & Schweim,
Barmbeck, Langenfort 11.

Vorarbeiter für Modelltischlerei gesucht.
H. Femerling & Co.,
Haidberg 16.

Für meinen klein. Haushalt von 2 Personen suche für halbe Tage, event. Stunden
sauberes Mädchen.
Frau Walter Jonas,
Hamb. 20, Oger Kostr. 7, Hpt.
Vorzustellen Mittwoch, 12-41.

Geld- Forderungen, Hypotheken, Erbschaften etc. kauft
Kaiser Wilhelmstr. 15, II.

Kleineren Teppich
za. 2 mal 3 m, gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angebote mit Farbe und Preis an **Herbert Lindemann,** Dovenfleth 20.

Kranken- u. Sterbekasse zu Hamburg
früher Krankenkasse des Bildungsvereins (E. H. 63).
(Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.)
Bureau: Gerhofstr. 38, I. — Telephon: Hansa 4113.

Die Kasse ist in vier Abteilungen eingeteilt.

Abteilung A.

Gewährt ausser freier ärztlicher Behandlung und Medizin sowie Brillen, Bruchbändern und kleinen Heilmitteln für **nachstehende Beiträge ein Krankengeld**
Kl. 1: Wöchentl. Beitr. M. 1,10, Krankeng. pro Tag M. 3,30
„ 2: „ „ „ —,90, „ „ „ „ 2,70
„ 3: „ „ „ —,75, „ „ „ „ 2,25
„ 4: „ „ „ —,50, „ „ „ „ 1,50
Beitrittsgeld Kl. 1—3 M. 1,50, Kl. 4 M. 1.

Abteilung B.

Gewährt nur Kranken- und Sterbegeld. — **Beiträge und Leistungen:**
Kl. 1: Wöchentl. Beitrag 80 ₰, Krankeng. pro Tag M. 2,80
„ 2: „ „ 70 „ „ „ „ „ 2,45
„ 3: „ „ 60 „ „ „ „ „ 2,10
„ 4: „ „ 50 „ „ „ „ „ 1,75
„ 5: „ „ 40 „ „ „ „ „ 1,40
Beitrittsgeld in allen Klassen M. 1,—.

Als **Sterbegeld** wird in beiden Abteilungen der vierzigfache Betrag des täglichen Krankengeldes gezahlt.

Abteilung C. Familienversicherung, in beiden Abteilungen, für freiärztliche Behandlung im Hause. Dauer des Anspruchs auf ärztliche Hilfe 26 Wochen. Beitrittsgeld 20 ₰. Monatlicher Beitrag M. 1,40.

Abteilung D. Sterbegeldversicherung. Für Mitglieder dieser Abteilung wird ausser dem Sterbegeld aus der Abteilung A oder B ein weiteres Sterbegeld gezahlt.
Beiträge und Leistungen sind:
Klasse 1: Monatlich 50 ₰, Sterbegeld bis zu M. 160,—
„ 2: „ 25 „ „ „ „ „ 80,—

Aufnahme von Mitgliedern vom 14. bis zum 50. Lebensjahre **im Hauptbureau, Gerhofstrasse 38, I.,** werktäglich von 8½ bis 4 Uhr, Sonntags von 9 bis 11 Uhr vormittags. (Festtags geschlossen.) Ebenso werden Beitrittserklärungen von 4 bis 6 Uhr nachmittags bei **nachstehenden Bezirkskassierern** entgegengenommen:

Bez.:
1. **R. Denker,** Rosenhofstrasse 12, part.
2. **W. Braasch,** Heußweg 106, Hochparterre.
3. **F. Köster,** Krayenkamp 6, I.
4. **Hauptbureau,** Gerhofstrasse 38, I.
5. **B. Nolle,** Brennerstrasse 80/82, I.
6. **P. Grahl,** Billhorner Röhrendamm 251, I.
7. **A. Beinsen,** Eilbeck, Schlegelsweg 11, I.
8. **C. Höltje,** Weidestr. 40.
9. **C. Bremer,** Erikastrasse 47, II.
10. **A. Rode,** Altona, Schauenburgerstrasse 112, I.
11. **C. Hoffmann,** Louisenweg 49, Hochparterre.
12. **F. Gotzel,** Wilhelmsburg, Vogelhüttendeich 80.

Die in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg, Mecklenburg und den Hansestädten wohnenden männlichen Personen können bis zum Alter von 50 Jahren der Abteilung B und D beitreten. Ebenso können die nach den genannten Provinzen verziehenden Mitglieder in der Kasse verbleiben, wenn sie der Abteilung B angehören oder zu dieser übertreten.
Zahlstellen sind bisher errichtet:
Altrahlstedt, **F. Apholz,** Grubes Allee 8.
Bergedorf, **W. Wiesner,** Brookstrasse 15.

Sprechzeit des Vorsitzenden: werktäglich von 10 bis 3 Uhr, des **Bevollmächtigten für Unfallsachen:** Donnerstags von 12 bis 2 Uhr. (Auskunft und schriftliche Arbeiten unentgeltlich.)
Der Vorstand.

Landverkauf
am Berner Bahnhof, Gemarkung Meiendorf.
Am Dienstag, 10. Juni 1919,
nachmittags 3 Uhr anfangend,
sollen im **Gasthof** der **Frau Eggers Wwe.** daselbst die
Rest-Ackerländereien
in einzelnen Parzellen von 1500 bis 2000 qm in der Preislage von **M. 1,80** pro Quadratmeter öffentlich meistbietend nach Verlesung **guter Bedingungen versteigert werden.**
Die Ländereien befinden sich in höchster Kultur, liegen in nächster Nähe des Berner Bahnhofes (Walddörferbahn) und wird der Ankauf daher als beste Kapitalanlage empfohlen.
Kaufliebhaber ladet ein
Gustav Tiedgen,
beeidigter Versteigerer.
Altrahlstedt, den 6. Juni 1919.
NB. Besichtigung der Ländereien eine Stunde vor Eröffnung des Termins von Eggers' Gasthof aus. D. O.

Zu verkaufen!
(Nur in unseren Händen.)
Hafenschleppdampfer-Neubau bei erstkl. deutscher Werft, etwa 120 bis 140 PS, Lieferung Juli 1919. **M. 130 000.**
2 Leichterfahrzeuge, à zirka 80 Tonnen, gebaut 1919 ganz aus Eisen, mit Mast und Ladegeschirr. **Preis pro Stück M. 25 000.**
Kastenschuten, 1899 gebaut, za. 200 Tons, **M. 25 000.** 1902 gebaut, za. 125 Tons, **M. 18 000.**
Offener eiserner Kahn, za. 158 Tons, gebaut 1910, **M. 18 000.**
Kessel, lt. Hamburger Vorschrift, sofort lieferbar, za. 74 qm Heizfläche. **M. 16 000.**
Lues & Wilhelms,
Kontorhaus Barkhof 3, I. Elbe 625.

Brennholz in Wagenladungen abzugeben.
Holm & Molzen, Rendsburg.

Achtung! Radfahrer!
Fahrrad-Gabelfederung
seit 18 Jahren bewährt, mehrf. gef. gesch.
für Vorderrad für Hinterrad

Nachahmungen weise man zurück.
Preis komplette Garnitur Mk. 20.—
Geräuschloses Fahren
für **Gummibereifung** vorteilhaft
für **volle Bereifung** unentbehrlich
Die bestens bekannte
Papierradbereifung M. 30
Nicolaus Fleck,
Hamburg 3, Michaelisstraße 8-10.

Fensterreinigungs-Institut vereinigter Hamburger Fensterputzer
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht

Bilanz am 31. Dezember 1918.

Aktiva.

An Kassenkonto	M.	69,53
„ Bankkonto	„	251,95
„ Sparkassenkonto	„	152,09
„ Inventarkonto	„	1,—
„ Außenstände	„	3223,05
„ Gewinn- und Verlustkonto	„	1722,60
Summa	M.	5420,22

Passiva.

Per Anteilkonto	M.	1476,—
„ Betriebsfondskonto	„	1925,39
„ Reservefondskonto	„	2018,83
Summa	M.	5420,22

Mitgliederbewegung.

Bestand am 31. Dezember 1917	13
Zugang	—
Abgang	3
Bestand am 31. Dezember 1918	10
Mithin weniger	3

Geschäftsguthaben.

Bestand am 31. Dezember 1917	M.	929,—
Zugang	„	630,—
	M.	1559,—
Abgang	„	83,—
Bestand am 31. Dezember 1918	M.	1476,—
Mithin mehr	„	547,—

Haftsumme.

Bestand am 31. Dezember 1917	M.	980,—
Zugang	„	560,—
	M.	1540,—
Abgang	„	100,—
Bestand am 31. Dezember 1918	M.	1440,—
Mithin mehr	„	460,—

Der Aufsichtsrat: F. Vallos. E. Dahm. R. Schreiber.
Der Vorstand: H. Ohlsen. H. Kistler.

Ansiedlungslustige, lest:
Heim und Scholle.
Zentralblatt für das gesamte deutsche Siedlungswesen.
Organ der Auskunftsstelle für Ansiedlungswesen.
Wochenschrift für Ansiedler und alle, die sich ansiedeln wollen, insbesondere für Kriegsbeschädigte in Dorf und Stadt.
Preis vierteljährlich M. 1,50, bei freier Zustellung ins Haus 12 ₰ mehr.
Herausgegeben von Prof. **R. Sohnrey.**
Das preußische Rentengut.
oder: **Wie kann man ohne große Barmittel zu einem eigenen ländlichen Besitz mittleren und kleineren Umfanges gelangen?**
Von **Delius,** Geh. Justizrat.
Mit Abbildungen. — Preis M. 1,80.
Probenummern und Schriftenverzeichnis kostenlos!
Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H.,
Berlin SW. 11, Dessauerstr. 7 f.

Rennbahn Gr. Borstel:
Sonntag, den 15. Juni, 2 Uhr:
Grosser Preis 100 000 Mk.
und 7 Rennen 60 000 Mk.
Dienstag, den 17. Juni, 2 Uhr:
8 Rennen 80 000 Mk.
Donnerstag, d. 19. Juni, 2 Uhr:
7 Rennen 75 000 Mk.
Sonnabend, d. 21. Juni, 2 Uhr:
7 Rennen 83 000 Mk.

Die städtischen Leihhäuser
Bäckerbreitergang 73,
St. Pauli, Herrenweide 27,
Gt. Georg, Rosenallee 35,
St. Pauli, Amandastraße 58,
Barmbeck, Heitmannstraße 3,
beleihen Juwelen, Uhren, Gold- und Silbersachen, ferner Kleidungsstücke, Leinen, Wäsche, Stoffe, Pelzwaren, Fahrräder, Nähmaschinen und sonstige Wertsachen aller Art. Bei der Verleihung wird den **gegenwärtigen Preisen** der Gegenstände nach Möglichkeit Rechnung getragen.
Auszahlung des Dahrlehens **ohne jeden Abzug.** Gebühren 1 Pfennig für jede Mark und jeden Monat, zahlbar bei Einlösung oder Erneuerung.
Geöffnet werktäglich von **9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.**
Die Lombardverwaltung.

Streichfertige Farbe
harttrocknend, für Balkonkästen, Lauben, Stakete, Gartenmöbel usw.
Preis M. 2,75 pro Pfund.
Auch einzelne Pfunde. Gefäße mitbringen.
Fabrik'ager: Kl. Bäckerstr. 29.

Jeder zurückgekehrte **Kriegsgefangene**
Jeder zurückgekehrte **Zivilinternierte**
Jeder Flüchtling
erhält kostenlos
Rat
Auskunft
und soweit irgend möglich, weitgehendste
Hilfe
bei der
Heimkehrstelle
für
Kriegs- u. Zivilgefangene
Hamburg, am Hauptbahnhof.
Hauptbureau: Trostbrücke 1, III.
Geöffnet von 9—6 Uhr.
Telephon: Elbe 1714—1718.
Altona: Altes Rathaus, Rathausmarkt.
Wandsbeck: Magistrat, Wandsbeck, Rathaus, Zimmer 19.

Zwirn Garne Z. f. gef. Strick-, Wehr-, Stick-Garne. Schnlek, Winklerstr. 3, b. d. gr. M.-Kirch. Hansa 481.

„Olos"
Schuhcreme
kein Teerprodukt
Bohnerwachs
konkurrenzlose Preise.
Th. R. Richard Stange
Hamburg 5, Danzigerstr. 41.
Fernsprecher: Merkur 2842.

Holzrouleaux, Jalousien, echte Friedensware, liefert A. Pätzer, Altona, Friedrstr 74, p.

Für Bahn- und Postbeamte
Präzisions-Herrenuhr
schwer Silber und neu, (Zenithfabrikat) verkauft Rathey, Peter Marquardst. 21.

Maß-Stepperei
nimmt noch Arbeit für einige Schuhmacher an. Gewissenhafte und schnellste Lieferung.
J. Fick,
Barmbeck, b. Bahnhof, Wachtelstr. 61, I. l.

Weisse Korallenschnüre empfiehlt
Martin Meyer
Altona, Rathausmarkt 16.
Juni, Juli, August Geschäftsschluß 6 Uhr.

3 Worte
L. Adlers Stärke
(kein Ersatz).
Verkaufspreis pro Paket Mk. 1,45.
Probe-Karton à 50 Pakete.
Verlangen Sie Offerte.
Grossisten u. Wäschereien Spezial - Offerte.
Vertreter: **Paul Fränckel,** Hamburg 36, Gerhofstr. 3, Z. 35. — Elbe 5094.
Grossist.-Vertr. gesucht!

Hochfeine Küchen
naturlas., weiss u. gestr. von Mk. 285 bis Mk. 350.
Hochmod. Wohnz.-Garnitur.
in jeder Farbe v. M. 450 an.
Möbelhaus Müller, Steindamm 107.

Rennen in Farmsen
Pfingstmontag, 9. Juni | Nachm.
Donnerstag, 12. Juni | 2 Uhr.

Carlsruh Altona, Am Felde 5, Ottensener Marktpl.
An beiden Pfingstfeiertagen: **Gr. Tanz-Musik.** Anfang 4 Uhr.

Sozialdemokratischer Verein für das Hamb. Staatsgebiet.
Distr. St. Georg-Süd (1. Wahlkreis).
Montag, den 9. Juni:
Grosses Pfingst-Vergnügen.
Abmarsch morgens 6 Uhr vom Hochbahnhof (Ecke Süderstraße und Nagelsweg) durch Süderstraße, Hammerbrookstraße, Spaldingstraße, nach dem Horner Park.
Daselbst:
Garten-Konzert ▪ Bücher-Tombola ▪ Im Saal Tanz
Karten: Herren M. 1, Damen 50 Pfg., Kinder frei.
Um rege Beteiligung bittet
Die Distriktsleitung.

Sozialdemokratische Partei Hamburg.
Ehemaliger zweiter Wahlkreis.
Distrikt Neustadt, St. Pauli-Süd und -Nord.
Pfingst-Vergnügen
Montag, den 9. Juni (2. Pfingsttag),
im „Langenfelderhof" und in der „Franzenburg" in Langenfelde.
Abmarsch präzise 7 Uhr morgens
vom Heiligengeistfeld, neben der Turnhalle, gegenüber der Kieler- und Eimsbüttelerstraße.
Nach Ankunft: **Gartenkonzert, Kinderbelustigungen, Preiskegeln und Preiswürfeln.**
In beiden Sälen:
Großer Tanz.
Kartenpreis à Person 50 ₰, Kinder frei.
Tanzpreis à Person 50 ₰ extra.
Karten sind bei den Bezirksführern und in den Bezirkslokalen zu haben. Um rege Beteiligung bitten
Die Distriktsleitungen.
Der Fest-Ausschuß.

Kartoffelhacker
2,—, 2,30, 2,40, 2,50,
Preise ohne Stiel.
Prinz, Altona,
Gr. Johannisstr. 66.

Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. ::: Abteilung Buchhandlung ::: Hamburg 36, Fehlandstr. 11
Wir empfehlen:
An unserer Unterelbe
Marsch- und Geest-Novellen und Skizzen
von
J. D. Gennerich
Zweite Auflage :: **Erweiterte Volksausgabe**
Preis broschiert Mk. 2,40
einschließlich Teuerungszuschlag
Bestellungen nehmen sämtliche Filialleiter und Kolporteure des „Hamburger Echo" entgegen

Bandonion u. Konzertina-Spieler! lest Euer Fachblatt „Gut Ton" mit Notenbeilage (Probenummer 30 Pfg.) Gut Ton-Verlag, Dresden-A. 21/230

In dieser ernsten Zeit kommt das Harmonium-Spiel ganz besonders zur **Geltung.** Es ist in der häuslichen **Musik Tröster und Erbauer zugleich.**
Harmonium m. eingeb. Selbst-Spielapp. sof. ohne Notenkenntn. spielb.
Welzel-Pianos. Hallerstr. 1.

Zu verk. 2 Jackett-Anzüge, 2 Paletots, einz. Hosen usw. **Tietzel, Rosenhofstraße 16, I.,** b. Schulterbl.

Weiße Kinderbettstelle mit Matratze zu verkaufen. Altona, Lornsenstr. 24, I. l.

Eidelstedter Hof.
Eidelstedt.
An beiden Pfingsttagen:
Ball-Musik
Anfang 3 Uhr.
Grosser Saal.
Garten u. Doppel-Kegelbahn.
Das Lokal ist zu erreichen mit Linie 5 und 39.
Es ladet freundlichst ein
Max Dethloff.

BACH-Theater - Bachstr. 72
Ally Kolberg:
Arme, kleine Helga,
Drama in 4 Akten.
Myla de Yongh:
Ihr letzter Tanz,
Filmschauspiel in 5 Akten.

Arbeiter-Turnverein „Fichte"
(M. d. A.-T.-B.)
Abteilung Altona.
Am **Freitag, 13. Juni,** beginnen wir in der Schulturnhalle der zweiten Knabenmittelschule Arnkielstraße unseren Turnbetrieb. Alle Turner und Turnerinnen werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.
Neuaufnahmen werden auf dem Turnplatze entgegengenommen.
Turnstunden regelmäßig Dienstags und Freitags abends von 8—9½ Uhr.
Der Vorstand.

Hohe Belohnung!
Einbruch Mühlenkamp 2, II. u. A.: Lila Tuchkostüme, seid. Blusen, blaues Taffetkleid, Wäsche F. B., Wertsachen, goldene Damenuhr W. G., Stiefel, Schuhe.
20 p.Ct. für Wiederbringer.

Sonntag, 8. Juni.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 260.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Sidelungsbestrebungen.

Ein sozial- und wirtschaftspolitischer Lichtblick.

Der Horizont unseres Vaterlandes ist dunkel, niemand weiß, ob wir zum Frieden kommen und wie dieser Friede dann aussehen wird. Nur das eine dürfte für jeden feststehen: die Zeiten und das Leben, wie wir sie vor dem Kriege gekannt und meist sehr wenig geschätzt haben, kommen in den nächsten 20 bis 30 Jahren nicht wieder. Mag man sich ruhig der Erfolge der Revolution, der Herrschaft der Demokratie und des Volkes freuen, die Freude kann das Hungerdasein, das wir gegenüber 1913/14 fortab führen müssen, nicht ersetzen. Geringe Ausfuhr — und die wohl nur zur Abzahlung und Verzinsung von Kriegsschulden — keine Einfuhr und Millionen von Kriegsbeschädigten und Krieger-Hinterbliebenen. In unserem Vaterland, in dem stark verstümmelten und verarmten Deutschland, sieht's dunkel aus, in unserer engeren Heimat, unserem Hamburg, dessen Leben so eng mit dem Blühen von Handel und Schiffahrt verbunden ist, sind die Farben der nächsten Zukunft das schwärzeste Schwarz. Nun soll gebessert, soll sozialisiert werden, um der großen Masse ihr Schicksal zu erleichtern, um jedem den vollen Verdienst seiner Arbeit zuzuführen. Ist das möglich, wie ist das möglich und wo muß begonnen werden?

Da wir mit wenig oder gar keiner Einfuhr rechnen dürfen, da Millionen Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene von Kriegsgefallenen von der gesunden Bevölkerung miternährt werden müssen, so gilt es, jeden Quadratmeter unseres vaterländischen Bodens ausgiebigst auszunützen und alle Kräfte zu nützen, die zur Verfügung stehen. Wasser und Luft müssen uns einen großen Teil der Kohlen, die wir zur Bezahlung unserer Kriegsschulden gebrauchen, als Kraftspender ersetzen, und auch die menschliche Kraft muß bei gesunder Lebensweise und Arbeitsteilung nur da eingesetzt werden, wo sie der Allgemeinheit nützt. Bekanntlich ist es um die Schmackhaftigkeit der Arbeit gerade in der Jetztzeit nicht sehr glänzend bestellt, und es bedarf eines starken Anreizes zum Arbeiten, um unser Volk zu dem zurückzuführen, was es 1914 verließ.

Der kräftigste Anreiz zur Arbeit besteht wohl in dem vollen Genuß ihres Ertrages, und je reiner dieser Genuß von der Nichtarbeit des Kapitals und der Minderarbeit weniger intelligenter oder strebsamer Mitarbeiter gehalten werden kann, desto schneller wird sich ein großer Teil der Bevölkerung dazu bekehren.

Heute ist bei der Armut unseres Volkes nur da Sozialisieren möglich, wo eine Schädigung der ohnehin schwachen Arbeitslust und Arbeitskraft vermieden wird. Und diese Möglichkeit besteht in ganz hervorragendem Maße bei einem richtig angefaßten Siedlungsbestreben.

In Bauernsiedlungen auf dem flachen Lande und in praktischen Eigenheimsiedlungen in der Nähe der Großstadt kann man Hunderttausenden von willenskräftigen und schaffensfreudigen Menschen die Grundlage zur Betätigung und Auswirkung als Einzelperson geben, ohne daß für die Gesamtheit irgend ein Schaden zu befürchten steht. Es ist im Gegenteil zu erwarten, daß durch die dadurch zu schaffende größere Masse an Lebensmitteln der Allgemeinheit in hervorragender Weise genützt wird. Die notwendigen Eingriffe seitens des Staates treffen nur wirkliche Drohnen unseres Wirtschaftslebens, nämlich Terraingesellschaften, von denen die Teilhaber vielfach den Boden niemals gesehen haben, und Besitzer von Gütern, denen das Gut nur als Besitztitel oder, wie in hunderten von Fällen, nur zur gesicherten Ausübung der Jagdrechte dient. Hier kann ohne irgend einen Schaden Enteignung eintreten, und zwar nicht zu dem Gestehungspreise zuzüglich Verzinsung und Geschäftsgewinn, sondern zum derzeitigen Nutzwert. Nicht bloß unbewirtschaftetes Gelände, Moor- und Oedländereien müssen dieser Enteignung unterliegen, wie es jetzt der Entwurf zum Reichssiedlungsgesetz vorsieht, sondern alle Ländereien, die nicht vom Besitzer selbst oder seiner Familie entsprechend ihrer Lage und Güte genügend wirtschaftlich ausgenützt werden. Tannenschonungen, die nur als Kaninchenherberge dienen und die ganzen umliegenden, zu Gartenzwecken geeigneten Ländereien gefährden, müssen verschwinden.

Nicht nur Ländereien in einer Größe über 25 Hektar müssen der Enteignung unterliegen. Das nützt vielleicht den Bauernsiedlungen. In der nächsten Nähe der Großstadt, 25 bis 30 Kilometer vom Zentrum entfernt, muß alles Land über einen Hektar Größe, soweit es nicht intensiv wirtschaftlich ausgenützt wird, der Enteignung zur Verfügung stehen. Haben wir genügend preiswertes Land, das in bis zu 2500 Quadratmeter große Teilstücke den einzelnen Siedlungslustigen als Eigentum zugeteilt und von ihnen innerhalb zehn Jahren durch Kapitalisierung des eigenen Ertrags abgezahlt und erworben werden kann, so müssen diese Grundstücke auch möglichst bald mit Wohnhäusern bebaut werden, um dem Besitzer die ungemein zeitraubenden Wege zur Gartenarbeit zu sparen und auch der Frau und den erwachsenen Kindern die Gartenarbeit zu ermöglichen.

Es werden Zeiten kommen, wo Staat und Gemeinden nicht bloß ausgeben, sondern auch einnehmen müssen. Die Zeiten der Arbeitslosigkeit werden bleiben und nur sehr wenige Mittel zur Arbeitslosenunterstützung vorhanden sein. Tausende werden nicht bloß außerhalb ihrer achtstündigen Arbeitszeit Zeit zur Gartenarbeit haben, sondern froh sein, wenn sie an 3 oder 4 Tagen der Woche berufliche Arbeit finden und die übrige Zeit gesunder, nutzbringender Beschäftigung widmen können. Allen Elementen, die sich nach Arbeit sehnen, denen das Faulenzertum nach guter deutscher Art ein Greuel ist, muß der Staat nicht alle möglichen Papierlappen zur Unterstützung, sondern eigenes Heim in eigenem großem Garten zu schaffen suchen. Haus und Hof sollen dem einzelnen in schlimmen Zeiten den Unterhalt seiner Familie sichern helfen und dem Staat die Mittel voll und ganz verzinsen und zurückzahlen, die er zunächst geben muß.

Bei allem, was geschaffen wird, müssen die Zeiten und ihre Notwendigkeiten an erste Stelle gerückt werden. Siedeln wir heute im Flachbau, anstatt weitere Großstadtkasernen zu bauen, so müssen diese verschönernden und gesundheitlich guten Absichten mit einem praktischen Zweck in Verbindung gesetzt werden. Darüber dürfte doch wohl vollständige Klarheit herrschen, daß die Lebensbedingungen an und für sich nicht besser, sondern bedeutend schlechter geworden sind. Wir müssen daher genügsamer sein als vor dem Kriege und haben nichts zu vergeuden. Erst heißt es, Notwendigkeiten zum Leben erfüllen, und die bestehen zuerst in Essen und Trinken, können wir darüber hinaus noch gesundheitliche Verbesserungen für die Masse unseres Volkes schaffen, so ist das gut; und können wir darüber hinaus auch noch sein Leben durch die äußere Umgebung und innere Ausstattung seiner Wohnung verschönern, so wäre das ohne Zweifel sehr gut.

Nun sucht man in Hamburg bei der Linderung der Wohnungsnot das Gute mit dem Schönen zu verbinden. Der Senat hat 25 Millionen für die Langenhorner Siedlung beantragt, und die Bürgerschaft sie bewilligt. Fast 1000 Heimstätten sollen dort möglichst bald in Gärten erstehen. Nur einen Fehler hat man zwar zu umgehen versucht, ohne sich vollständig von ihm zu trennen: in der ersten Planung waren nur Heimstätten auf 200 bis 500 Quadratmeter großen Grundstücken vorgesehen, um in Würdigung der teuren Bodenpreise, an deren Wurzel man die Axt nicht zu legen wagt, möglichst vielen Familien diese Wohltat der Heimstätte im Garten zuteil werden zu lassen. Auf die Vorstellungen aus Kleingarten- und Siedlungskreisen hin, daß die Grundstücke erst in einer Größe von 1000 bis 2000 Quadratmeter praktisch nutzbar seien, ist man auf Grundstücksgrößen bis zu 750 Quadratmeter gegangen und stellt noch Parzellen zu langjähriger Pacht zur Verfügung. Diese Pachtparzellen stellen natürlich nur einen Notbehelf dar, denn es ist nicht bloß angenehmer, sondern auch ungleich zweckvoller, seinen Garten in direkter Verbindung mit dem Hause zu haben. Nach Abzug des Hausplatzes verbleiben von den 750 Quadratmeter noch 650 Quadratmeter Garten. Die praktische Ausnutzung der jetzt ungemein teuren Straßen ist ja sehr anerkennenswert, doch wird der an und für sich schon kleine Garten dadurch bei ca. 60 Meter Länge nur 11,75 und 12,50 Meter breit und in seiner praktischen Ausnutzung als Obst- und Gemüsegarten stark beeinträchtigt. Die zu pflanzenden Obstbäume füllen später mit ihrem Schatten den Garten in seiner ganzen Breite und im Schatten gedeiht bekanntlich kein Gemüse.

Wen wird nun diese neue Siedlung nach Langenhorn ziehen? Zunächst Leute, die ein dringendes Bedürfnis nach Wohnung haben und diese Wohnung nicht in der Stadt bekommen können. Dann Leute, die sich ein Haus mit Garten leisten können, ohne den Ertrag des Gartens in Betracht zu ziehen, Leute, die für ihre Naturbegeisterung gern einige hundert Mark im Jahr mehr ausgeben können und wollen. Drittens Leute, die das weniger Gute nehmen, da ihnen das Bessere nicht erreichbar ist, Leute, die es zunächst einmal mit diesem Gartengrundstück versuchen wollen, trotzdem ihnen ein größeres und praktischeres Grundstück erwünscht wäre. Die letzten werden sich und der Allgemeinheit noch am meisten in dieser Kolonie nützen, sie werden aus der teuren Erde möglichst viel herauszuwirtschaften suchen, sehr bald aber einsehen müssen, daß der wirtschaftliche Nutzen durch Größe und Form des Grundstückes gehemmt ist. Die Naturbegeisterten werden während der Zeit der dringendsten Nahrungsnot noch selbst oder durch bezahlte Kräfte einige Nutzpflanzen ziehen, dann aber die Unannehmlichkeit der Kleintierhaltung und der Arbeit überhaupt sehr schnell einsehen und nur mehr der Naturbegeisterung in ihrem Garten gerecht werden. Diejenigen, die auf der Wohnungssuche nach der Langenhorner Siedlung geraten, werden als echte Kinder der Großstadt sehr bald die Umgebung ausgenossen, die Arbeit im Garten kennen gelernt haben und keinen Nutzen, sondern nur die Arbeit und den Weg sehen und in die sie beglückenden Mauern der Großstadt mit der größten Kientopp-, Kaffee- und Bierstubennähe zurückwandern. Die Kolonie wird dann nach einigen Jahren nur noch von „Naturbegeisterten" und Leuten, denen die Grenzen ihres Gartens zu eng sind, gefüllt sein; die letzteren werden, sobald sich ihnen zweckvollere Kleinsiedlungen bieten, verschwinden und die ganze 25-Millionen-Anlage nur mehr der Naturbegeisterung gewidmet sein.

Das wäre sicher wunderschön, wenn wir nicht in einer Zeit schlimmsten wirtschaftlichen Zusammenbruches lebten und es nicht in erster Linie darauf ankäme, neue Grundlagen für unser Wirtschaftsleben zu schaffen. Das eigene Haus auf eigener Scholle ist etwas Herrliches, es muß aber nicht bloß dem einzelnen, sondern der großen Masse unseres Volkes ermöglicht werden. Und die große Masse unserer arbeitskräftigen Bevölkerung ist während 4¼ Jahre Krieg durch preußischen Drill an „Stillgestanden!" und „Rührt Euch!" und daran gewöhnt worden, sich stundenlang ohne jede nutzbringende Tätigkeit zu behelfen.

Die Rückkehr zu nutzbringender Arbeit auf eigener Scholle müssen wir durch unsere Siedlungspolitik unter die Massen tragen und sie mit gesundem Wohnen und dem Sinn für Naturschönheit zu verbinden suchen. Nicht nur Tausende, sondern Zehntausende von Familien müssen die Möglichkeit einer Existenzsicherheit in dem Erwerb einer Heimstätte mit genügend großem Garten sehen.

Und dieser Erwerb der eigenen Scholle ist jedem strebsamen Arbeiter, Angestellten und Beamten und auch einer großen Anzahl von Gewerbetreibenden möglich, wenn die betreffenden nur einen Teil ihrer freien Zeit der gesunden Beschäftigung im Garten widmen wollen. Dazu sind folgende Vorbedingungen unerläßlich:

1. Das Gartengrundstück muß genügend groß sein, um den notwendigen Unterhalt einer Familie, die Kleintierzucht treibt, an Obst, Gemüse und Kartoffeln sicherzustellen. Die Kleintierzucht liefert den notwendigen Bedarf an Fleisch, Milch und Eiern.
2. Der Bodenpreis dieses Gartengrundstückes darf den gärtnerischen Nutzwert unter keinen Umständen übersteigen und soll durchweg dem derzeitigen Nutzungswert der Grundstücke entsprechen. Dann wird der Besitzer, der das Grundstück in seiner freien Zeit bearbeitet, aus den Erträgen ungefähr innerhalb 10 Jahre das Grundstück und dann das Haus abzahlen können.
3. Dazu ist Staatshilfe ohne staatliche Sonderbelastung nötig, und diese muß bestehen:
   a) in einer Enteignung des notwendigen Siedlungsgeländes zum Nutzungswert zugunsten wirklich gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften und Sicherung des Wiederkaufsrechts;
   b) in der Forderung des Wohnungsbaus in diesen Siedlungen durch billige, verzinsliche Baugelder und durch staatliche Garantie von Hypotheken dieser Grundstücke bis zu 90 pZt. des Wertes. Solange nur mit dem Ueberteuerungszuschuß gebaut werden kann, muß dieser für derartige Siedlungen so schnell wie möglich gegeben werden.
4. Der Behinderungsgrund der preußisch-hamburgischen Grenze muß unter allen Umständen fallen. Auf das politische Groß-Hamburg kann nicht gewartet, sondern es müssen schleunigst die notwendigen Vereinbarungen getroffen werden, um 10 000 bis 20 000 solche Siedlungen bis spätestens zum Herbst nächsten Jahres zu bebauen.
5. Auch solchen Siedlern, die aus landwirtschaftlichen Familien und Berufen stammen und ernsthaft gesonnen sind, sich als Kleinbauern eine Existenz zu schaffen, muß von Hamburg aus die Möglichkeit gegeben werden.

Hier gibt es ein sozial-wirtschaftliches Problem zu lösen, das sofort lösbar ist, das Zehntausenden Nutzen gewährt und der Allgemeinheit nützt. Hier kann sozialisiert werden durch volle Auswirkung der Einzelperson zum Nutzen von Staat und Volk. Zufriedenheit, Freude an der Arbeit und dem Leben und echte Vaterlandsliebe, gegründet auf der Liebe zum eigenen Heim auf eigener Scholle, werden wieder einziehen und Tausende glücklich machen.

Jugendschutz.

Die sozialdemokratischen Frauen des Bezirksverbandes Groß-Berlin der sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben an den Justizminister den dringlichen Antrag gerichtet, der Nationalversammlung alsbald den Entwurf eines Gesetzes zur Beschlußfassung vorzulegen, das bestimmt:

1. Die Strafmündigkeit wird auf das 14. Lebensjahr festgesetzt.
2. Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr dürfen zu Gefängnisstrafen nicht verurteilt werden; sie sind ausschließlich von Jugendgerichten abzuurteilen und Erziehungsmaßnahmen zu unterwerfen.
3. Jugendliche bis zum vollendeten 18. Lebensjahr dürfen den Strafbestimmungen des Gesetzes über den Belagerungszustand nicht unterstellt werden; sie sind auch bei Straftaten, die unter den Belagerungszustand fallen, den Jugendgerichten zu überweisen.
4. Die Bestimmungen zu 3 haben insofern rückwirkende Kraft für alle derartigen nach dem 9. November 1918 abgeurteilten Fälle, als die von Kriegsgerichten ausgesprochenen Gefängnisstrafen für Jugendliche aufgehoben werden und durch ein Jugendgericht zu verfügende Erziehungsmaßnahmen an ihre Stelle treten.

In der Begründung wird ausgeführt:

Die traurigste Folgeerscheinung des Krieges ist die sittliche Notlage unserer Jugend, die in einer bisher noch nie erreichten Steigerung der Kriminalität der Jugendlichen zum Ausdruck kommt.

Schule und Haus werden durch die mannigfachsten Anforderungen des Krieges an der Erfüllung ihrer Erziehungsaufgaben behindert. Erschien uns Sozialdemokraten die Voraussetzung des Vorhandenseins der erforderlichen Einsicht für die Strafbarkeit einer Handlung schon unter normalen Verhältnissen bei einem zwölfjährigen Kinde nicht gegeben, so muß sie angesichts der Vernachlässigung der sittlichen Pflege der Jugend und der durch den Krieg angerichteten allgemeinen sittlichen Begriffsverwirrung erst recht verneint werden. Die prinzipielle Anerkennung, die dieser Erkenntnis durch ein Notgesetz, das die Strafmündigkeit auf das 14. Lebensjahr heraufsetzt, entspricht dem sozialen Rechtsempfinden der breiten Volksmassen.

Die Aburteilung Jugendlicher zu Gefängnisstrafen widerspricht unserer sozialpädagogischen Einsicht und den Anforderungen, die eine sozialistische Volksgemeinschaft an die sittliche Fürsorgetätigkeit des Staates stellt. Notbehelfe, wie Strafaufschub und Gnadenerlasse bei guter Führung, können das tatsächliche Bekenntnis des Staates zum Erziehungsprinzip nicht ersetzen. Das muß angesichts der augenblicklichen Verhältnisse baldigst durch das Gesetz ausgesprochen werden.

Die Unterstellung Jugendlicher unter die Strafbestimmungen des Gesetzes über den Belagerungszustand anläßlich der jüngsten politischen Unruhen hat berechtigten Unwillen nicht nur sozialpädagogisch geschulter Kreise, sondern breiter Volksmassen überhaupt erregt. Ihre Aufhebung entspricht durchaus den Gedankengängen der vorausgegangenen beiden Punkte. Den bei solchen Gelegenheiten begangenen strafbaren Handlungen Jugendlicher liegen häufig wertvolle Charaktereigenschaften zugrunde, wie die Hingebung an eine Idee, die Entflammbarkeit zu groß scheinenden Taten. Die Ungeklärtheit dieser Eigenschaften der Jugendlichen schafft der Phraseologie unverantwortlicher Hetzer einen aufnahmefähigen Boden. Die Tatsache, daß selbst Erwachsene derselben häufig unterliegen, fällt für die Beurteilung der Vergehen der Jugendlichen auf diesem Gebiete durchaus mildernd ins Gewicht. Es muß in solchen Fällen Aufgabe einer wirklichen Fürsorgeerziehung sein, die Jugendlichen in richtige Bahnen zu lenken. Das Gefängnis kann hier nur verderblich wirken. Die einfache Tatsache einer Aburteilungsmöglichkeit nach kriegsrechtlichem Brauch ist aber an sich allein schon geeignet, das Rechtsempfinden der breiten Volksmassen zu verletzen. Angesichts der politisch erregten Zeit ist die Wiederholung politischer Vergehen Jugendlicher mit absoluter Sicherheit zu erwarten. Die Vorwegnahme der strafrechtlichen Behandlung Jugendlicher aus dem Gesamtkomplex der allgemeinen Strafrechtsform ist daher eine der dringlichsten Aufgaben der Gegenwart. Das rege Interesse an der Jugendpflege ist ein besonders wertvoller Wesenszug breiter Massen unseres Volkes, namentlich unserer Frauen. Schleunige Maßnahmen auf dem Gebiet der Strafrechtspflege für Jugendliche werden das Vertrauen dieser Kreise in den sozialen Rechtswillen der Regierung wesentlich stärken. Sie geben aber insbesondere uns Frauen auch formell die Sicherheit, daß wir in der deutschen Republik, befreit von den Fesseln veralteter Traditionen, unsere Fürsorgetätigkeit für die Jugend Hand in Hand mit den Organen des Staates nach sozialpädagogischen Grundsätzen zum Wohle unserer Jugend, zum Wohle unserer ganzen Zukunft ausüben können.

Parteigenossen, werbt unverdrossen für euer Blatt!

Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer in Hamburg.

K. Hamburg, 7. Juni 1919.

Fortsetzung des Berichtes vom 6. Juni. Die Versammlung nimmt einstimmig folgenden Antrag an: „Die zur Zeit in Hamburg tagende Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimerer spricht ihre Entrüstung über die Ausführung des Bluturteiles an dem Revolutionär Lewiné aus, gleichzeitig ihre Verachtung der bayrischen Regierung Hoffmann wegen Nichtbegnadigung Lewinés und Ausführung des Todesurteiles."

Es wird dann in die Beratung der Anstellungsbedingungen der Angestellten eingetreten. Eine Kommission hat darüber beraten, und der Berichterstatter Kube-Berlin berichtet, daß die Kommission empfiehlt: Die Gehälter für alle Angestellten des Verbandes werden aus der Zentralkasse gezahlt. Die Gehälter betragen: Für die Angestellten im Zentralbureau: Erster Vorsitzender, erster Kassierer und erster Redakteur monatlich je ℳ 675, die übrigen Mitglieder des Zentralvorstandes je ℳ 650, die im Verbandsbureau gegen Monatsgehalt angestellten Hilfskräfte ℳ 600; für die Gauleiter und die auf verantwortungsvollen Posten stehenden Zahlstellenangestellten (z. B. Vorsitzenden und Kassierer) ℳ 625. Der Verbandsvorsitzende erhält für seine Tätigkeit eine Jahresvergütung von ℳ 600. Das Gehalt wird zu Beginn des Monats ausgezahlt. Bei ärztlich beglaubigten Krankheitsfällen wird das Gehalt auf die Dauer von drei Monaten fortgezahlt. Weitere Gehaltszahlungen über die Frist von drei Monaten hinaus unterliegen der besonderen Beschlußfassung der zuständigen Instanzen des Verbandes. Beim Tode des Angestellten wird das Gehalt unter Anrechnung der Hinterbliebenenrente der Unterstützungsvereinigung für drei Monate an die Hinterbliebenen weitergezahlt. Dem Angestellten werden vom zweiten Jahre seiner Tätigkeit an eine Woche, vom fünften bis zum zehnten Jahre zwei Wochen und vom elften Jahre an drei Wochen Ferien gewährt. Die Beiträge für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung werden vom Verbande voll, diejenigen zur Unterstützungsvereinigung zur Hälfte vom Verbande und zur andern Hälfte vom Angestellten getragen.

Die Zahlstellen, die Angestellte haben, sollen als Gegenleistung einen besonderen Beitrag an die Hauptkasse abführen. Die Diskussion ist eine recht eingehende; von allen Rednern wird anerkannt, daß der Verband als Arbeitgeber anständige Löhne zahlen muß. Ueber die Höhe gehen die Ansichten auseinander. Es wird die Ansicht vertreten, daß die Angestellten nicht allzubesser gestellt sein dürften als wie die bei den Unternehmern in Arbeit stehenden Kameraden. Die Vorlage der Kommission wird dann mit wenigen Abänderungen angenommen. Die Wahlkommission zum Gewerkschaftskongreß erstattet Bericht. Abends um ½10 findet Schluß der Sitzung statt.

In der Sitzung am 7. Juni wird über das Verhältnis der Gauleiter zum Verbande verhandelt. Die Gauleiter sind auf Grund der Beschlüsse früherer Generalversammlungen vom Zentralvorstand angestellt; es wird nun verlangt, daß die Wahl der Gauleiter alle Jahre stattfindet. Beschlossen wird, daß vor Stattfinden der Generalversammlungen Gaukonferenzen abgehalten werden, in denen auch die Wahlen der Gauleiter erfolgen. Eine Neueinteilung der Gaugrenzen wird erfolgen, wenn die Grenze Deutschlands festgesetzt ist. Es werden nun alle übrigen Anträge erledigt und wird beschlossen, daß der Verband seinen Sitz in Hamburg behalten soll. Die bisherigen Vorstandsmitglieder werden wiedergewählt, desgleichen auch der bisherige Vorsitzende des Verbandsausschusses. Der Vertreter des holländischen Zimmererverbandes, Genosse van des Waal, spricht seine Freude aus, die deutsche Organisation wieder vorwärts marschieren zu sehen, und er hofft auf baldige Einigung des Proletariats, denn nur diese allein sei imstande, die Arbeiterklasse zu befreien. Mit einem die ganzen Verhandlungen wiedergebenden Schlußwort schließt Witt die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation.

Zur Generalversammlung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer.

k. Der Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands hält am 8. Juni und folgende Tage in Halle a. S. seine 13. Verbands-Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen neben den Geschäftsberichten, der Aenderung der Statuten und sonstiger Verbandsangelegenheiten eine Reihe anderer wichtiger Verhandlungsgegenstände: Die Reichstarifverträge und die Gewerkschaften, die staatliche Prüfung für Maschinisten und Heizer, die Uebernahme der Dampfkesselrevision durch Organe des Reichs und Anstellung von Assistenten aus Berufskreisen usw. Welch lebhaftes Interesse aus den Mitgliederkreisung der Tagung entgegengebracht wird, erhellt daraus, daß nicht weniger wie 153 Anträge bis jetzt zur Beratung eingegangen sind. Beispielsweise wird verlangt, daß der Zentralvorstand für die volle Herbeischaffung der in Kriegsanleihe angelegten Gelder verantwortlich gemacht werden soll, daß dem Verbandsvorstand für seine Politik in den letzten Jahren das Mißtrauen ausgesprochen werde, daß die Generalkommission der Gewerkschaften aufzufordern ist, einen allgemeinen Abbau der Krankenunterstützung in sämtlichen freien Gewerkschaften in die Wege zu leiten, daß der Verschmelzungsfrage mit dem Metallarbeiter-Verband nähergetreten werde, daß nunmehr auch weibliche Mitglieder in den Verband aufgenommen werden usw.

Einem umfangreichen gedruckten Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß der Verband bei Kriegsausbruch rund 26 000 Mitglieder zählte. Die Ziffer sank bis auf 7251 in der Mitte des Jahres 1917. Seitdem hat sie sich wieder gehoben und hat jetzt mit etwa 50 000 den doppelten Stand von vor dem Kriege. Während des Krieges wurde weit über eine halbe Million Mark an reinen Unterstützungen ausgegeben. Der größte Teil entfällt davon auf die Krankenunterstützung, sodann auf die Arbeitslosenunterstützung. Das Vermögen des Verbandes beträgt rund eine halbe Million Mark, wovon die Hälfte in Wertpapieren angelegt ist. Der Bericht führt zahlreiche abgeschlossene Tarifverträge auf, welche die erfolgreiche Wirksamkeit des Verbandes beweisen. Die Löhne haben, namentlich in der Schiffahrt, eine ansehnliche Erhöhung erfahren. Der Verband besitzt rund 300 Zweigstellen. Der letzte ordentliche Verbandstag fand im Mai 1914 in Leipzig statt. Wir werden über die bevorstehende Tagung berichten.

Hamburger Staatsangelegenheiten.

Einiges zu dem Gesetzentwurfe über die Bodenreform im hamburgischen Staatsgebiet.

Von Severus.

Das „Echo" brachte in seiner Nummer vom 3. Juni d. Js. die Veröffentlichung eines Gesetzentwurfs zur Sozialisierung der Grundrente. Was hier vorgeschlagen wird, ist schon seit langem Bedürfnis. Gerade in Hamburg ist durch unverantwortliche Gründungen von Terrainspekulationsgesellschaften ein Wucher mit dem wichtigsten Produktionsmittel bisher getrieben worden, der selbst den widerlichsten Schleichhandel mit Lebensmitteln noch in den Schatten stellt. Hausmakler, die ohne einen Pfennig angefangen haben, wußten durch Gründung von Spekulationsgesellschaften die Massen der kleinen Sparer über das Ohr zu hauen, haben sich Einnahmen verschafft, die ihnen heute eine Jahresrente von ℳ 80—100 000 gewährleisten und aus den Sparpfennigen kleiner armer Leute zusammengekratzt sind.

In dieser Beziehung wird das Gesetz großen Segen schaffen, indem es jeden Spekulationsgewinn von Grundstücken durch Erhebung einer Wertzuwachssteuer nahezu unmöglich macht. Der Gedanke ist richtig, seine Ausführung dringend notwendig.

Im Einzelnen geben jedoch die Bestimmungen des Gesetzentwurfs zu allerhand Bedenken Anlaß, von denen einige im folgenden erwähnt seien.

Zweifelhaft erscheint nach § 1, ob auch der landwirtschaftliche Grund und Boden unter das Gesetz fällt. Da gerade hier mit Rücksicht auf die zu erwartende industrielle Ausdehnung der Großstadt im Hamburger Landgebiet unverantwortlich gewirtschaftet worden ist, wäre hier nicht nur in Zukunft die vorgesehene Besteuerung erforderlich, sondern es wäre zu erwägen, ob nicht noch für die Vergangenheit eine Besteuerung Platz greift, so daß die betrügerischen Gründer jener Terraingesellschaften heute noch gefaßt werden können. Andererseits muß bei landwirtschaftlichem Boden berücksichtigt werden, daß gerade im Hamburger Marschgebiet beispielsweise vielfach ein Wertzuwachs eintritt, der auf tatsächlicher mühsamer Bearbeitung des Bodens beruht, indem die kleinen Gemüsebauern des Marschgebiets mit unsäglicher Mühe dauernd Wiesenland in Gemüse- und Gartenland umarbeiten. Hier wird der Wert der Verbesserungen von dem Wertzuwachs, wie auch in dem Entwurfe vorgesehen, in Abzug zu bringen sein.

Für die in § 2 des Entwurfs vorgesehene Bodenwertsteuer soll der vom Eigentümer selbst eingeschätzte Wert des nackten Bodens zu Grunde gelegt werden. Der Wert dieses nackten Bodens soll dann nach § 8 des Entwurfs auch bei etwaiger Enteignung maßgebend sein. Unausgesprochen ist, was das Gesetz unter „nacktem Boden" versteht. Berücksichtigt werden muß doch, ob auf dem Grundstück Obstbäume oder Obststräucher stehen, ob es eine Marschwiese ist oder Ackerland. Daher ist hier eine bestimmtere Fassung unbedingt erforderlich.

Für den Fall, daß kein Besitzwechsel stattfindet, soll die Wertzuwachssteuer gemäß § 4 Buchstabe b nach Ablauf von 25 Jahren erhoben werden. Wenn die Wertzuwachssteuer in diesem Falle nun erhoben ist und kurz darauf ein Besitzwechsel ohne Preiserhöhung stattfindet, darf die Wertzuwachssteuer doch nicht schon gleich wieder erhoben werden. Bemerkt werden muß daher noch, daß in diesem Falle eine Erhebung der Steuer nicht stattfindet.

In § 4 Buchstabe e ist der an sich sehr verständige Gedanke vertreten, daß der Staat nicht verpflichtet ist, bei Ankauf des Grund und Bodens auch die auf dem Boden errichteten Gebäude mit zu übernehmen, daß er vielmehr seinen Erwerb nur auf den Grund und Boden beschränken darf. So gut gemeint diese Vorschrift ist, so ist sie unzulässig und wird durch die Hamburger Bürgerschaft nicht bewilligt werden können, da nach den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches, das als Reichsgesetz auch für Hamburg gilt, an einem Gebäude, als einem wesentlichen Bestandteil eines Grundstücks, Sonderrechte nicht bestehen können.

Endlich ist in § 7 Absatz 2 ein Grundsatz ausgesprochen, wie er unter den heutigen Verhältnissen nicht unbedenklich erscheint. Wenn der Staat hiernach Staatsgrund nicht mehr verkaufen darf, so wird die natürliche Folge die sein, daß die Preise für Privatgrund enorm in die Höhe schnellen, daß ferner der Staatskredit, der sich heute in erster Linie auf den Grundbesitz des Staates gründet, beeinträchtigt wird, denn eine Ware, die man nicht verkaufen kann, ist für den Besitzer weniger wert als eine Ware, die er jederzeit zu Geld machen kann. Der Verkauf von Grundstücken war für den Staat eine erhebliche Einnahmequelle. Fällt diese Quelle weg, so soll erst wieder eine neue beschafft werden. Dies ist aber unter den heutigen Verhältnissen selbst für einen findigen Kopf ziemlich schwierig. Zu überlegen wäre daher, ob man sich nicht damit begnügen sollte, die Grundstücksverkäufe von der Genehmigung der Bürgerschaft abhängig zu machen. Die Bürgerschaft hätte es dann als oberste Kontrollinstanz in der Hand, die Bodenpolitik Hamburgs jederzeit nach ihrem Sinne zu lenken.

Abgesehen von diesen kleineren Bedenken zeigen die Grundsätze des Gesetzentwurfs, wie in verständiger Weise praktisch Sozialisierungsarbeit geleistet wird. Wird der Gesetzentwurf Wirklichkeit, so hat damit die Sozialdemokratie Hamburgs vor dem ganzen Reiche bewiesen, daß sie aus dem Stadium der Redereien zur Tat geschritten ist. Daß dies den bürgerlichen und gerade den sogenannten demokratischen Herrn Spekulanten sehr auf die Nerven fällt, beweist, daß schon kurz nach der Veröffentlichung des Entwurfs demokratische Blätter das Loblied der Bodenspekulation, allerdings mit etwas gequälter Stimme, angestimmt haben. Für uns kann es nur heißen: Ausrottung jeder Bodenspekulation!

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Verteilung von Pferdefleischkonserven. Das Kriegsversorgungsamt beabsichtigt, in nächster Zeit Pferdefleischkonserven zur Verteilung zu bringen. Die Verteilung soll nach dem sogenannten Bestellsystem erfolgen. In der in dem Anzeigenteil abgedruckten Bekanntmachung werden diejenigen, welche Pferdefleischkonserven beziehen wollen, aufgefordert, die Bestellungen in der Zeit vom Dienstag, 10. Juni, bis Sonnabend, 14. Juni, bei einem Roßschlachter oder einer der Pferdefleischverkaufsstellen der Handelsgesellschaft „Produktion" anzubringen. Das Nähere geht aus der Bekanntmachung hervor.

Sauerkohl zu herabgesetztem Preise. Das Kriegsversorgungsamt hat noch größere Bestände von Sauerkohl übrig behalten, die das Amt sich zu Anfang des Winters beschafft hatte, um für alle Fälle, vor allem für den Fall eines Kartoffelmangels im Winter, größere Mengen an die Bevölkerung zur Verteilung bringen zu können. Dieser Sauerkohl wird jetzt zu einem so billigen Preise an die Kleinhändler vom Amt abgegeben, daß die Kleinhändler mit einem Verkaufspreis von 15 ₰ für das Pfund auskommen können.

Vereine und Versammlungen.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Filiale Hamburg und Umgegend. Mitgliederversammlung am 4. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der gefallenen Kollegen Carl Despotavies, Valentin Quint, Josef Müller und des im Lazarett verstorbenen Carl Müller. Zu Punkt 1: Kündigung der Tarife in der Herren- und Damenmaßschneiderei, führte Spreeberg aus: Durch die Vorgänge nach den Jenaer Verhandlungen, die die Kollegenschaft im Reiche nicht befriedigten, sah sich der Hauptvorstand veranlaßt, die Tarife zum 1. August dieses Jahres zu kündigen. Hauptvorstand und Beirat haben folgende Richtlinien aufgestellt: Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden. Arbeitsschluß des Sonnabends um 2 Uhr unter Vollzahlung des Lohnes. Für Herren- und Damenschneider wird der gleiche Lohn gefordert. Selbständig arbeitende weibliche Arbeitskräfte erhalten den gleichen Lohn wie die männlichen Arbeitskräfte. Es werden Zeitlöhne gefordert. Die Einteilung erfolgt in fünf Städtegruppen, für jeden Ort darf nur eine Lohnklasse eingeführt werden. Die geforderten Mindestwochenlöhne betragen in der Städteklasse I, zu welcher Hamburg gehört, für selbständige Herren- und Damenschneider ℳ 132, Hilfsarbeiter nach beendeter dreijähriger Lehrzeit im ersten Jahre ℳ 105,60, im zweiten Jahre ℳ 118,80, nach vierjähriger Lehrzeit im ersten Jahre ℳ 118,80. Nach dieser Zeit erhalten diese Arbeiter den Lohn der selbständigen Arbeiter. Reparaturschneider ℳ 125,40. Herrenschneider, die zur Damenschneiderei übergehen, in der ersten Saison ℳ 105,60, in der zweiten Saison ℳ 118,80, nach der zweiten Saison ℳ 132. Selbständige Mantel- und Kostümarbeiterinnen einschließlich Aenderinnen dieser Art ℳ 132. Alle übrigen selbständigen Arbeiterinnen einschließlich Konfektionsänderinnen ℳ 99, Zuarbeiterinnen nach zweijähriger Lehrzeit ℳ 49,50, ℳ 66, ℳ 74,25, nach dreijähriger Lehrzeit ℳ 66, ℳ 74,50. Ferien werden gefordert 6 bis 12 Arbeitstage. Die Befugnisse der Betriebsräte beziehungsweise Vertrauensleute sollen vertraglich festgelegt werden. — Bezüglich der Heimarbeit beziehungsweise Werkstättenfrage soll es bei den hierorts getroffenen Abmachungen bleiben. Für die Heimarbeiter soll der Prozentaufschlag von 115 auf 175 erhöht werden. Es ist nicht zu erwarten, daß durch örtliche Verhandlungen etwas erreicht wird, da der Hauptvorstand des Adav seinen Ortsgruppen untersagt hat, örtliche Vereinbarungen zu treffen. Die Kollegen, insbesondere die Kolleginnen haben Ursache, jetzt den Dingen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden, daß, wenn es wegen Durchführung dieser Forderung zu einem ernsten Kampf kommen sollte, wir erfolgreich daraus hervorgehen. Die Forderungen wurden einstimmig gutgeheißen. Sodann berichtete Liebing, daß die Aemter die Uebernehmer nunmehr angewiesen haben, die neuen Löhne zu zahlen. Für die Zeit vom 14. Februar dieses Jahres bis zum Inkrafttreten der neuen Lohnsätze wird allen Arbeitern und Arbeiterinnen der Außenbetriebe ein Lohnaufschlag von 25 pZt. auf die gezahlten Löhne gewährt. Bezüglich des vom Kriegsministerium geplanten überstürzten Abbaues der Aemter ist von seiten der Organisation alles unternommen worden, diesen Termin hinauszuschieben. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß die Aemter noch mehrere Monate Beschäftigung haben. Dem Hamburger Senat ist gleichfalls eine Eingabe übersandt worden mit dem Ersuchen, alle bei den Staatsbehörden beziehungweise Staatsbetrieben benötigten Arbeiten den Aemtern zu überweisen, eventuell das Bekleidungsamt zu übernehmen. Die nächste Zeit muß uns Gewißheit bringen, in welcher Form die Aemter weiterbestehen sollen. Die in Berlin tagende Konferenz aller Bekleidungs- und Instandsetzungsämter hat eine Kommission eingesetzt, um mit den in Frage kommenden Reichsbehörden Maßnahmen zu treffen, die das Weiterbestehen der Bekleidungsämter ermöglichen. Zur Gaukonferenz nach Kiel werden Spreeberg, Nowack, Ziegler, Timme, Liebing, Possehl, Halfpap, Kunkel, Tesch und Hübl delegiert. Ein Antrag der Angestellten des Verbandes um Gewährung einer einmaligen sowie laufenden Teuerungszulage findet einstimmige Annahme. Lohm machte auf den jetzt errichteten paritätischen Arbeitsnachweis für das Bekleidungsgewerbe, Raboisen 50, aufmerksam und ersucht die Kollegen und Kolleginnen, nur diesen zu benutzen.

Eintritt der Ebbe und Flut in Hamburg

am 8. Juni:
Ebbe: 12 Uhr 26 Min. nachm. | Flut: 8 Uhr 15 Min. nachm.
am 9. Juni:
Ebbe: 1 Uhr 34 Min. vorm. | Flut: 9 Uhr 22 Min. vorm.

Bekanntmachung,
betreffend
Verkehr im Freihafengebiet.

In Verfolg der Verordnung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg und der Kommandantur Groß-Hamburg, vom 21. Mai 1919, wird für den Verkehr im Freihafengebiet folgendes angeordnet:

1. Verkehr im Freihafen, Ausweise:
Der Verkehr im Freihafengebiet ist mit folgenden Einschränkungen frei:

a) Die Kaiflächen vor fremden Kriegs- und Lebensmittelschiffen, alle Lebensmittelschiffe selbst, sowie alle Schuppen, in denen Lebensmittel bezw. besonders wertvolle Güter lagern, sind durch militärische Posten abgesperrt.

Diese abgesperrten Gebiete und Schiffe dürfen nur von den Personen der Zivilbevölkerung betreten werden, die einen Ausweis der Marinekommandantur der Niederelbe haben. Jeder Ausweis ist auf den Namen des Inhabers für eine bestimmte Gültigkeitsdauer ausgestellt. Er trägt Stempel und Unterschrift der Marinekommandantur, sowie die laufende Nummer seiner Eintragung. Die Ausweise sind unübertragbar.

Zur Erlangung eines Ausweises zum Betreten der Kaiflächen vor fremden Kriegsschiffen ist die Vorlage eines Antrages des Kommandanten des betreffenden Kriegsschiffes durch den Gesuchsteller bei der Marinekommandantur erforderlich.

b) Alle Personen, die in der Zeit von 8 Uhr nachmittags bis 6 Uhr vormittags den Freihafen betreten wollen, müssen sich über den Grund ihres Aufenthaltes im Freihafengebiet genügend ausweisen können.

Als Ausweise genügen: Bescheinigungen von Hafenbehörden. Für Personen, die im Freihafengebiet wohnen, genügt der Einwohnermeldeschein als Ausweis.

c) Jugendlichen (bis 14 Jahren) und Kindern ist der Eintritt in das Freihafengebiet von 8 Uhr nachmittags bis 6 Uhr vormittags verboten. Während der Tagesstunden ist nur den Jugendlichen und Kindern der Eintritt zum Freihafengebiet gestattet, die in ihm im Auftrage Erwachsener dringende Besorgungen zu machen haben.

d) Verdächtige Personen sind durch die Posten, Zoll- und Sicherheitsbeamten nach dem Zweck ihres Aufenthaltes im Freihafengebiet zu befragen; bei ungenügender Aufklärung über den Zweck ihres Aufenthaltes sind sie aus dem Freihafengebiet zu weisen. Liegt ein begründeter Verdacht vor, daß solche Personen im Freihafengebiet ungesetzliche Handlungen vorgenommen haben, so sind sie vorläufig festzunehmen und der nächsten Kriminal-, Stadt- oder Hafenpolizeiwache zu übergeben.

Verdächtige Frauen dürfen von den Posten nicht untersucht werden; sie sind den von der Zollbehörde bestellten Revisionsfrauen zuzuführen.

e) Das Photographieren fremder Kriegsschiffe ist verboten.

2. Anhalten von Personen, Wagen und Fahrzeugen.

Alle Personen, Führer von Wagen oder Fahrzeugen, die die Freihafengrenze überschreiten oder innerhalb des Freihafengebiets angehalten werden sollen, haben auf Anruf der Posten oder Beamten zu halten und deren weiteren Anordnungen Folge zu leisten.

Soll ein Fahrzeug zum Halten und Herankommen aufgefordert werden, so ist ein roter Stern in Richtung auf das anzuhaltende Fahrzeug zu feuern; entspricht das Fahrzeug diesem Haltesignal nicht, so ist ein zweiter roter Stern in der gleichen Richtung zu schießen. Erst wenn das Fahrzeug auch dann noch nicht hält bezw. herankommt und der Posten den Eindruck hat, daß das Fahrzeug zu entkommen sucht, ist von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Das Anhalten von Booten soll im allgemeinen nicht durch Posten von Land aus geschehen. Für die Ueberwachung des Wasserverkehrs sind Patrouillenboote vorhanden, denen das Anhalten von Fahrzeugen obliegt.

Die Führer der Patrouillenboote haben stets einen Ausweis der Marinekommandantur oder Hafenpolizeibehörde bei sich zu führen, der sie berechtigt, Fahrzeuge anzuhalten und zu durchsuchen.

Die Patrouillenboote haben nachts grundsätzlich stets Positionslichter zu führen. Abgeblendetes Fahren im Hafen ist verboten.

3. Anlegestellen für Fahrzeuge, die den Verkehr mit Lebensmittelschiffen und Schuppen vermitteln.

Diejenigen Personen, die von Lebensmittelschiffen und Lebensmittelschuppen auf dem Wasserwege nach der Nordseite des Hafens befördert werden, sind an folgenden Stellen abzusetzen und dort von Zollbeamten und den zur Unterstützung zugeteilten Posten zu untersuchen:

a) an St. Pauli Markt- und Landungsbrücken, Fähre VII;
b) am Ponton Niederbaumbrücke,
c) am Ponton der Zollassistentur Hafentor, für die Arbeiter der Hamburg-Amerika-Linie, werktags von 7 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachm.;
d) am Ponton „Kehrwiederspitze" (bei der Niederbaumbrücke innerhalb des Freihafens) für Fahrzeuge, die vom oberen Freihafengebiet kommen.

4. Das Verbot des früheren „Obersten Marinerats der Niederelbe", daß ein Fahren von Fahrzeugen im Freihafengebiet, von 9 Uhr nachmittags bis Hellwerden, untersagt ist, wird aufgehoben. Ebenfalls werden alle sonst etwa für den Hafenverkehr vom früheren „Obersten Marinerat der Niederelbe" gegebenen Anordnungen hierdurch aufgehoben.

5. Die die Zollgrenze und die Werte im Freihafengebiet bewachenden Posten, Beamten der Hafenpolizei, Stadtpolizei und der Oberzollinspektion für die Grenzaufsicht sind verpflichtet, die für die Sicherung und den Schutz des Freihafengebiets und aller seiner Einrichtungen und Werte erlassenen Vorschriften mit allen Mitteln durchzuführen.

Die Posten sowie die vorgenannten Beamten sind mit Schußwaffen ausgerüstet und haben bei Widerstand oder Ungehorsam gegen ihre Anordnungen von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

Die Bevölkerung von Groß-Hamburg wird in ihrem eigenen Interesse dringend gebeten, diese Anordnungen genau zu beachten.

Hamburg, den 6. Juni 1919.

Marinekommandantur der Niederelbe.

Bekanntmachung,
betreffend Abgabe von Feuerungsmaterialien auf die Kohlenausweiskarten A und B.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 30. März 1918 (Amtsblatt 1918 Seite 589) in Verbindung mit der Bekanntmachung des Senats vom 1. August 1917) Amtsblatt 1917 Seite 1325) wird hierdurch für das Gebiet der Stadt Hamburg angeordnet:

§ 1.

Die zurzeit bestehenden öffentlichen Brennstoffverkaufsstellen werden an einem bekanntzugebenden Tage aufgehoben. Die Belieferung der Kohlenausweiskarten A und B wird alsdann ausschließlich dem Kohlenhandel übertragen.

§ 2.

Diejenigen Kohlenfirmen und Kohlenkleinhändler, welche sich nach Aufhebung der öffentlichen Verkaufsstellen an der Belieferung der Kohlenausweiskarten A und B beteiligen wollen, haben sich in der Zeit vom Freitag, den 13., bis einschließlich Montag, 16. Juni d. J., bei der Kohlenabteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes, Gr. Burstah 31, zu melden und unter Anerkennung der Lieferungsbedingungen die erforderlichen Vordrucke für die zur Einführung kommenden Kundenlisten in Empfang zu nehmen, und zwar:

a) Freitag, 13. Juni, die Firmen und Händler aus Altstadt, St. Georg, St. Pauli, Eimsbüttel und Hoheluft;
b) Sonnabend, 14. Juni, die Firmen und Händler aus Neustadt, Rotherbaum, Harvestehude, Eppendorf, Gr.-Borstel, Winterhude, Fuhlsbüttel, Langenhorn, Kl.-Borstel, Ohlsdorf und Barmbeck;
c) Montag, 16. Juni, die Firmen und Händler aus Hammerbrook, Uhlenhorst, Hohenfelde, Eilbeck, Borgfelde, Hamm, Horn, Billwärder Ausschlag, Billbrook und Veddel.

§ 3.

Von Dienstag, den 17., bis einschließlich Donnerstag, den 19. Juni, haben die Inhaber der Kohlen-Ausweiskarten A und B unter Vorlage ihrer Kohlenkarte und ihres Meldescheins in den durch Aushang kenntlich gemachten Geschäften sich zur Eintragung in die Kundenliste zu melden. Der Kohlenhändler hat die Anmeldungen in der Reihenfolge des Eingangs in die Kundenliste einzutragen und zwar in getrennte Listen für die A-Karten und für die B-Karten. Jede Liste ist doppelt auszufertigen.

Ueber die erfolgte Eintragung hat der Händler dem Verbraucher unter Rückgabe seiner Kohlenkarte eine Bescheinigung zu erteilen.

§ 4.

Von dem gemäß § 3 aufgestellten A- und B-Kundenlisten ist je eine Ausfertigung spätestens Sonnabend, den 21. Juni, bei der Kohlen-Abteilung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes einzureichen, während die anderen Ausfertigungen bei dem Händler verbleiben.

§ 5.

Die zurzeit bestehenden Kohlen-Ausweiskarten A u. B werden bei der am Freitag den 27. Juni, beginnenden Lebensmittelkarten-Ausgabe in den zuständigen Bezirks-Ausgabestellen (Schulen) gegen neue Karten umgetauscht. Die neuen Karten treten an einem später noch zu bestimmenden Tage in Kraft.

Hamburg, den 7. Juni 1919.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung
über die
Verteilung von Pferdefleischkonserven.

§ 1.

Wer bei der demnächst stattfindenden Verteilung von Pferdefleischkonserven berücksichtigt werden will, hat sich in der Zeit von Dienstag, den 10. bis Sonnabend, den 14. Juni 1919 bei einem Roßschlachter oder einer der Pferdefleisch-Verkaufsstellen der Handelsgesellschaft „Produktion" unter Vorlegung der Bezugskarte für Sonderverteilungen anzumelden. Die Anmeldestellen sind durch Aushang im Schaufenster kenntlich gemacht.

Personen, die nicht zum dauernden Aufenthalt in Hamburg polizeilich gemeldet sind, nehmen an der Verteilung nicht teil. Ueber die Verteilung von Pferdefleischkonserven für nicht an der Truppenverpflegung teilnehmende Militärpersonen, für die eine Bezugskarte für Sonderverteilungen nicht ausgegeben ist, sowie für Schiffer, ergehen noch besondere Bestimmungen.

§ 2.

Bei der Anmeldung hat der Händler den Abschnitt 5a der Bezugskarte für Sonderverteilungen abzutrennen und einzubehalten und den Abschnitt 5b auf der Rückseite mittels Tinte, Tintenstifts oder Stempelaufdrucks mit seinem Namen und seiner Wohnung zu versehen.

§ 3.

Der Händler hat die von ihm gesammelten Abschnitte 5a am Montag, 16. Juni, in der Zeit von 12—4 Uhr nachmittags, der Abteilung Fleischverbrauch des Kriegsversorgungsamts, Raboisen 30, einzuliefern. Tüten für die Einlieferung hat der Händler am Sonnabend, 14. Juni, daselbst zwischen 8 und 4 Uhr abzufordern. Der Händler muß den Aufdruck auf der Tüte vor der Einlieferung mit Tinte oder Tintenstift ausfüllen.

Hamburg, den 5. Juni 1919.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Koksverkauf

Lydiastraße 17, von 9—1 Uhr vormittags,

auf Ordnungskarten Nr.	9521— 9620	am Dienstag,	10. Juni
„ „ „	9621— 9720	„ Mittwoch,	11. „
„ „ „	9721— 9820	„ Donnerst.,	12. „
„ „ „	9821— 9920	„ Freitag,	13. „
„ „ „	9921—10020	„ Sonnab.,	14. „

Ordnungskarte und Meldeschein sind vorzulegen. Es werden auf die Ordnungskarten jeweils 1 D.-H. Brechkoks oder Grobkoks abgegeben. Die Abgabe des Koks auf dem Gaswerk findet an Werktagen von 7—11 Uhr vormittags und von 1—4½ Uhr nachmittags statt. Die auf Grund vorstehender Ausschreibung eingelösten Kokskarten, für welche der Koks nicht abgeholt wird, verfallen am 21. Juni 1919. Die auf solche Karten eingezahlten Beiträge werden zurückerstattet.

Städtisches Betriebsamt Wandsbeck.

---

1. Nachtrag
zur Umsatzsteuerordnung der Stadt Wandsbeck
vom 22. April 1912.

Auf Grund der §§ 13, 18, 60, 70 und 82 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 wird gemäß des Beschlusses der städtischen Kollegien vom 9. Mai 1919 zu der Umsatzsteuerordnung der Stadt Wandsbeck vom 22. April 1912 folgender Nachtrag erlassen:

Artikel I.

Der Absatz 3 des § 1 erhält folgende Fassung:

Der Steuersatz beträgt 2 vom Hundert des Wertes des erworbenen Grundstücks oder Rechtes. Wird das Eigentum eines Grundstücks im Zwangsversteigerungsverfahren erworben, so ist eine Steuer von 1 vom Hundert von dem Betrage des Meistgebots, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung des Wertes der von dem Ersteher übernommenen Leistungen zu entrichten.

Artikel II.

Der § 19 erhält folgende Fassung:

Der Magistrat ist auf Empfehlung der Finanzkommission befugt, die nach dieser Steuerordnung fällige Steuer aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise zu erlassen. Er kann hiervon insbesondere in den Fällen Gebrauch machen, in denen ein Hypotheken- oder Grundschuldgläubiger das ihm verpfändete Grundstück oder Recht zur Vermeidung des sonst unabwendbaren Zwangsversteigerungsverfahrens freihändig erwirbt.

Artikel III.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Wandsbeck, den 9. Mai 1919.

Der Magistrat. Rodig.

Vorstehender Nachtrag wird hierdurch auf Grund der §§ 13, 18 und 77 des Kommunalabgabengesetzes genehmigt.

Schleswig, 13. Mai 1919.

(L. S.) Namens des **Bezirksausschusses:**
Der Vorsitzende. In Vertretung: Brauer.

B IIa 386.

Zu vorstehender Genehmigung wird die nach § 77 des Kommunalabgabengesetzes erforderliche Zustimmung hiermit erteilt.

Kiel, 30. Mai 1919. **Der Oberpräsident**
(L. S.) der Provinz Schleswig-Holstein.
8 B 2/53 Im Auftrage: Berthold.
Veröffentlicht
Wandsbeck, 7. Juni 1919. **Der Magistrat.**

Sonderzuteilung.

Am Mittwoch, 11. Juni d. Js., erhalten

1. Stillende und werdende Mütter je ½ **Pfund Schokolade** zum Preise von ℳ 4,50 für ½ Pfund, ferner ½ **Pfund Gerstenflocken** zum Preise von 31 ₰ für ½ Pfund.
2. a) Kinder im 1. und 2. Lebensjahre je ½ **Pfund Reis** zum Preise von ℳ 1 für ½ Pfund.
   b) Kinder im 3. und 4. Lebensjahre je **1 Pfund Gerstenflocken** zum Preise von 62 ₰ das Pfund.
   c) Personen vom 70. Lebensjahre ab je **1 Pfund Gerstenflocken** zum Preise von 62 ₰ das Pfund.

Die stillenden und werdenden Mütter haben Abschnitt 2 des Berechtigungsscheins für Juni, Kinder und Personen vom 70. Lebensjahre ab Abschnitt 7 des Berechtigungsscheins abschneiden zu lassen. Die Abgabe an die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre erfolgt gegen Vorlegung der Milchkarte, welche vom Geschäftsinhaber mit Stempel und Datum zu versehen ist. Die abgetrennten Abschnitte sind vom Verkäufer gesammelt an die Lebensmittel-Kommission, Rathaus, Zimmer 9, abzugeben.

Folgende Geschäfte geben ab:

Schokolade und Gerstenflocken für stillende und werdende Mütter: Heinr. Duve, Bramfelderstraße 47, Emil Ahlers, Kampstraße 20, K. F. W. Kasch, Stormarnerstraße 34.

Gerstenflocken (für b und c): Johs. Kunstein, Neustraße 22, A. Landgraf, Königsland 46, E. Lohalm Volksdorferstraße 21, M. Struckmeyer, Kirchhofstraße 16.

Reis: E. Teich, Königstraße 22.

Ware ist für alle Berechtigten vorhanden, so daß ein Anstehen völlig zwecklos ist, nötigenfalls liefert die Einkaufsgenossenschaft nach.

Wandsbeck, den 7. Juni 1919.

Die Lebensmittelkommission.

Ordnung über die Erhebung von Zuschlägen zur Zuwachssteuer in der Stadt Wandsbeck.

§ 1.

Auf Grund des § 59 des Zuwachssteuergesetzes vom 14. Februar 1911 und des Beschlusses der städtischen Kollegien vom 9. Mai 1919 werden zu dem Anteile, welcher der Stadt Wandsbeck nach § 58 des Zuwachssteuergesetzes in Höhe von 40 v. H. der veranlagten Zuwachssteuer zufließt, Zuschläge erhoben.

§ 2.

Die Zuschläge betragen 100 pZt. des der Stadt Wandsbeck zukommenden Betrages.

§ 3.

Die Zuschläge werden nicht erhoben bei der Uebertragung eines Grundstücks auf einen Kriegsbeschädigten, wenn die Uebertragung auf Grund eines zwischen dem Grundstückseigentümer und dem Kriegsbeschädigten abgeschlossenen Veräußerungsgeschäfts erfolgt und der Wert des veräußerten Grundstücks bei bebauten Grundstücken nicht mehr als ℳ 20 000 und bei unbebauten Grundstücken nicht mehr als ℳ 5000 beträgt. Diese Erleichterung wird jedoch nur dann gewährt, wenn das steuerpflichtige Einkommen des Erwerbers ℳ 5000 nicht übersteigt oder wenn es sich um einen Kriegsbeschädigten handelt, der mit den ihm aus dem Kapitalabfindungsgesetz gewährten Mitteln das Grundstück erwirbt.

Als unbebaut gelten auch solche Grundstücke, auf denen sich Gartenhäuser, Schuppen, Lagerstätten und ähnliche zu vorübergehenden Zwecken dienende Baulichkeiten befinden.

§ 4.

Die Veranlagung der Zuschläge geschieht durch den Magistrat.

§ 5.

Gegen die Festsetzung der Zuschlagsbeträge steht dem Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruchs zu.

Mit diesem Rechtsmittel kann jedoch nur die Verpflichtung zur Zahlung der Zuschlagsbeträge oder die Berechnung dieser Zuschlagsbeträge nach Maßgabe dieser Ordnung, nicht aber die der Berechtigung dieser Zuschläge zugrunde liegende Veranlagung zur Zuwachssteuer angefochten werden.

§ 6.

Der Einspruch ist binnen einer Frist von vier Wochen nach Zustellung des Zuwachssteuer- oder Zuschlagsbescheides beim Magistrat schriftlich anzubringen. Der Antrag ist zu begründen.

Ueber den Einspruch beschließt der Magistrat. Gegen dessen Beschluß steht dem Steuerpflichtigen binnen einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden Frist von 2 Wochen die Klage an den Bezirksausschuß offen.

Durch Einspruch und Klage wird die Verpflichtung zur Abführung der Zuschlagsbeträge nicht aufgehoben.

§ 7.

Eine im reichsgesetzlichen Rechtsmittelverfahren erfolgte Herabsetzung oder Aufhebung der Zuwachssteuerveranlagung hat eine entsprechende Ermäßigung oder Abgangstellung der Zuschlagsbeträge von selbst zur Folge.

§ 8.

Diese Ordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Wandsbeck, den 9. Mai 1919.

J. V.: Witthöfft.

Vorstehende Ordnung wird hierdurch genehmigt.

Schleswig, den 14. Mai 1919.

(L. S.) **Namens des Bezirksausschusses:**
Der Vorsitzende.
In Vertretung: Brauer.

B II. a 398.

Zu vorstehender Genehmigung wird die nach § 77 des Kommunalabgabengesetzes erforderliche Zustimmung hiermit erteilt.

Kiel, den 30. Mai 1919.

(L. S.) **Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein.**
Im Auftrage: Berthold.

8 B 2./53.

Veröffentlicht Wandsbeck, den 7. Juni 1919.
Der Magistrat.

Zusatzkarten auf Mehl

werden für den Ausgabezirk Bergedorf am Mittwoch, 11. Juni 1919, von 9—12 Uhr vorm. und von 1—4 Uhr nachm., im Sitzungssaale des Schlosses gegen Vorlage der Brot- und Säuglingskarten verabfolgt.

Bergedorf, den 7. Juni.

Die Landherrenschaft Bergedorf.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Hamburg I.

Sektion Hafenarbeiter.

Versammlung der Branchenleitungen, Lohnkommissionen, Obleute und Betriebsräte am Freitag, 13. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Kaffee.

Tagesordnung: **Berichterstattung über die Tarifberatungen.**

Betriebssitzung

für alle auf den Kies- und Sandlagerplätzen Beschäftigten am Dienstag, 10. Juni, abends 7 Uhr, bei Asmussen, Heidenkampsweg 218.

Tagesordnung: **Besprechung über die Lohnverhältnisse in den Betrieben.**

Branche Werkstättenarbeiter.

Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, hochlieg. Restaurant.

Tagesordnung: 1. Lohn- u. Arbeitsbedingungen. 2. Tarifbesprechung.

Branche Fensterputzer.

Dienstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, bei H. Planeth, Michaelisstraße 50.

Branche Wäschekutscher und Mitfahrer.

Dienstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal oben.

Branche Brotkutscher und Mitfahrer.

Mittwoch, den 11. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, kleiner Saal part.

Distrikt Wandsbeck.

Dienstag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Högerl, Ecke Hirsch- und Dietrichstr.

Nächste Verwaltungssitzung: Dienstag, den 10. Juni, abends 7 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Verein für das Hamburger Staatsgebiet

Distrikt Bergedorf.
Mitglieder-Versammlung

Dienstag, 10. Juni d. J., abends 7½ Uhr,
in der Aula der Stadtschule, Hassestraße.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu der Eingemeindungsfrage und Bürgermeisterwahl. 2. Frauenagitation. 3. Vereinsangelegenheiten.

Recht zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Distriktsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Zahlstelle Hamburg.

Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!

Gemeinsame Versammlung

am Dienstag, 10. Juni, abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Musiksaal.

Tagesordnung:

Bericht über den Stand unserer Lohn- und Tarifbewegung.

Die Vorstände.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse aller Parteien und aller Berufe Groß-Hamburgs.

Freitag, den 13. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, großer Saal:

Versammlung.

Tagesordnung:

Bericht der nach Berlin gesandten Delegation über deren Verhandlungen.

Die 12. Kommission der Betriebsräte.

Sozialdemokratischer Verein für das Hamburger Staatsgebiet

Mitgliederversammlungen.

Freitag, 13. Juni, abends 7 Uhr:

Distrikt Barmbeck im großen Saale des „Viktoriagartens".
1. Vortrag: Demokratie und Sozialismus im Wirtschaftsleben. Referent: Gen. Fr. Laufkötter. 2. Freie Aussprache. 3. Verschiedenes.

Distrikt Hohenfelde in der Aula, Steinhauerdamm.
1. Abrechnung. 2. Vortrag des Dr. Isenberg: Neue Wege zur Sozialisirung und politischen Gestaltung. 3. Sommervergnügen. 4. Verschiedenes.

Distrikt Farmsen **abends 8 Uhr** bei P. Mösing, Hauptstraße.
1. Protokollverlesung. 2. Bericht des Vorstandes und Neuwahl. 3. Halten wir ein Sommerfest ab? 4. Vorschläge zu Steuerschätzungsbürgern. 5. Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erwünscht.

Die Distriktsleitungen.

Frauen-Mitgliederversammlungen:

Barmbeck **Dienstag, 10. Juni, abends 7½ Uhr,** bei G. Mause, „Produktion", Schleidenplatz.
Heine-Abend.
Vortrag — Gesang — Rezitation — Diskussion.

Altstadt—St. Georg-Nord, Gemeinschaftliche, im Café Gewerkschaftshaus.
Dienstag, 10. Juni, abends 7½ Uhr:
Heine-Abend.
Vortrag — Gesang — Rezitation. — Diskussion.

Den Besuch aller Genossinnen erwarten

Die Distriktsverwaltungen.

Fabrikarbeiter-Verband
Zahlstelle Hamburg

Versammlungen der Distrikte:

Mittwoch, den 11. Juni 1919:

Barmbeck
in Weber's Eck, Schleidenplatz 30.

Altona-Ottensen-St. Pauli-Süd
bei Johs. Rothnagel, Altona, Wilhelmstraße 85.

Donnerstag, den 12. Juni 1919:

Eimsbüttel-Langenfelde-St. Pauli-Nord
bei Struck, Fruchtallee 70.

Rotenburgsort-Veddel
bei E. Röhl, Billhorner Röhrendamm 126.

Eppendorf-Winterhude
bei H. Schulz, Winterhuder Marktplatz 16.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Berichte. 2. Verschiedenes.

Sonnabend, den 14. Juni 1919:

Wilhelmsburg-Georgswärder
bei F. Schnack, Vogelhüttendeich.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht. 3. Verschiedenes.

Beginn der Versammlungen 7½ Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband
Bezirksverein Hamburg und Umgeg.

Achtung! Kriegsteilnehmer! Achtung!

Unsere Mitglieder, die Kriegsteilnehmer waren, und deren Bücher für die Kriegszeit noch nicht in Ordnung sind, werden auf die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes im letzten „Grundstein" aufmerksam gemacht. Danach können auch ohne Militärpaß Kriegsmarken geklebt werden, wenn Soldbuch und Entlassungsschein oder eine Bescheinigung über die Dauer der empfangenen Familienunterstützung von der Polizei- oder Ortsbehörde vorliegt. Im eigenen Interesse der Kollegen ersuchen wir, möglichst umgehend die Mitgliedsbücher mit oben angegebenen Papieren im Bureau abzuliefern oder dem Kassierer mitzugeben, **da nach dem 14. Juni Kriegsmarken nicht mehr geklebt werden dürfen, also die Anrechnung der Kriegsdienstzeit fortfällt.**

Achtung! Bau- und Geschäftsdelegierte.

Nach Pfingsten findet sofort eine wichtige Sitzung aller Delegierten des gesamten Hoch-, Tief- und Straßenbaugewerbes statt. Es ist deshalb notwendig, daß auf allen Baustellen und für alle Geschäfte des Baugewerbes Delegierte zu wählen sind. Wir ersuchen unsere Mitglieder, dieses zu beachten und rechtzeitig die Delegierten zu bestimmen. Die angezeigte Sitzung wird noch näher bekannt gegeben im „Echo". Keine Baustelle, kein Geschäft der Spezialbranchen darf unvertreten sein.

Zahlstelle Bergedorf.

Am Mittwoch, 11. Juni, abends 7½ Uhr, findet eine **Mitgliederversammlung** bei **Piehl, Am Pool,** statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verschiedenes.

Erscheinen recht vieler Mitglieder dringend erwünscht.

Der Vorstand.

Ein kluger Kopf
verlangt nur
Suppenwürze mit dem Wappen
Ueberall erhältlich.
Verlangen Sie Offerte vom Generalvertreter Pag. Fränckel, Hamburg 36, Gerhofstr. 8, Z. 35. Elbe 5094.
Grössten gesucht!

Achtung! Schneidermeister!
Neutuch, Militärtuch, Abfälle
kaufen zu hoh. Preisen und holen prompt ab
Strauß & Hillers
Altona, Gr. Mühlenstr. 51.
Hamburg, Eimsb. Chaussee 37.
Industrieh., Merkur 9212.

Fahnen Fleck
Hamburg 3, Michaelisstr. 10
Fernspr.: Hansa 7448
Neuanfertigung u. Umarbeitung von
Fahnen, Bannern etc.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Hamburg.

Versammlungen:

Sektion der Klein- und Holzbundmacher.

Mittwoch, 11. Juni, abends 7 Uhr, bei Böckmann, Altona, Allee 220.

Tagesordnung: 1. Unsere Lohnbewegung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Sektion Modelltischler.

Freitag, 13. Juni, abends 8 Uhr präzise, bei P. Petersen (früher Eberhard), Eimsbüttelerstraße 12.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Sektion Bürstenmacher.

Sonnabend, 14. Juni, abends 7½ Uhr, bei Bauke, Kohlhöfen 23.

Zu diesen Versammlungen ladet ein

Die Ortsverwaltung.

Streik der Ensemble-Musiker!

Der Verein der Kaffeehausbesitzer lehnte jede weitere Verhandlung mit unserer Organisation ab. Wo gestern die Forderung auf Anerkennung unserer Organisation nicht unterschrieben ist, darf kein Musiker in Arbeit treten.

Heute morgen, 9 Uhr:

Versammlung
sämtlicher Streikenden
bei **Hüttmann**, in der Poolstraße.

Keiner darf fehlen!

Streikbureau: Poolstraße bei Hüttmann.

Deutscher Musikerverband.
Ortsgruppe Groß-Hamburg.

Zentralverband der Hausangestellten.
Ortsgruppe Hamburg.

Mitgliederversammlung.

Donnerstag, 12. Juni, abends 7½ Uhr, im oberen gr. Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung: Rezitation: Genossin **Dahn.** Gesang: Genossin **Hartjen.**

Recht rege Beteiligung erwünscht.

Der Vorstand.

Höchste Zeit ist es
mit
Gemüsebau, Obstbau Kleintierzucht zu beginnen.

Die besten Anleitungen dazu geben aus der **Lehrmeister-Bücherei** die Bändchen:

Anleitung zum Gemüsebau. Von Fr. Huch. 18 Abb. 80 Pf. (Nr. 38/9)
Düngung im Gemüsegarten. Von K. Müller. 40 Pf. (Nr. 322)
Feldgemüsebau. Von H. Heinrich. 24 Abb. 80 Pf. (Nr. 128/9)
Lohnender Kartoffelbau. Von Joh. Hoffmann. 9 Abb. 40 Pf. (Nr. 111)
Das Mistbeet. Von K. Franz. 36 Abb. 80 Pf. (Nr. 260/1)
Der Hausgarten. 8 Abb. 40 Pf. (Nr. 1)
Die Kultur der Erdbeere. Von F. Saftenberg. 31 Abb. 40 Pf. (Nr. 240)
Gurke, Melone und Kürbis. Von D. Gaebler. 19 Abb. 40 Pf. (Nr. 339)
Tomatenbüchlein. Von K. Wortmann. 2 Abb. 40 Pf. (Nr. 233)
Neuzeitlicher Tabakbau. Von Ph. Hoffmann. 10 Abb. 40 Pf. (Nr. 399)
Buschobstbau. Von F. Saftenberg. 14 Abb. 40 Pf. (Nr. 223)
Monatskalender für Obstbau. Von R. Oppermann. 40 Pf. (Nr. 45)
Pflanzung und Pflege der Obstbäume. Von Fr. Saftenberg. 16 Abb. 40 Pf. (Nr. 116)
Düngung der Obstbäume. Von Fr. Saftenberg. 40 Pf. (Nr. 44)
Leitfaden der Bienenzucht. Von J. Weigert. 23 Abb. 80 Pf. (Nr. 10/11)
Nutzbringende Hühnerzucht. Von P. Hohmann. 33 Abb. 80 Pf. (Nr. 225/6)
Nutzbringende Gänsezucht. Von P. Hohmann. 9 Abb. 40 Pf. (Nr. 262)
Nutzbringende Kaninchenzucht. Von Joh. Schneider. 50 Abb. 80 Pf. (Nr. 170/1)
Nutzbringende Ziegenzucht. Von J. Schneider. 46 Abb. 1.20 Mk. (Nr. 336/8)
Die Milchverwertung im Haushalte (Käsebereitung). Von J. Schneider. 26 Abb. 1.20 M. (Nr. 396/8)
Schweinezucht u. -Haltung. Von Johs. Schneider. 3 Abb. 40 Pf. (Nr. 65)

Zu beziehen durch die Buchhandlung
Auer & Co., Hamburg 36, Fehlandstr. 1
Bestellungen nehmen sämtliche Filialleiter und Kolporteure des „Hamburger Echo" entgegen.